



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Inselstaat Österreich? Eine Analyse der Positionen
österreichischer Parteien zu Staatsbürgerschaft von
1998 bis 2020“

verfasst von / submitted by

Michael Gaisberger BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde K. Rosenberger

Danksagung

Der Beginn eines neuen Studiums ist mit vielen Emotionen verbunden. Aufregung, Vorfreude, Spannung aber auch etwas Nervosität mögen sich da in der Brust eines Menschen ansammeln. Für mich war dies nicht anders als ich zum ersten Mal den Hörsaal D im Alten AKH betrat. Doch nach kurzer Zeit war bereits jede Anspannung verflogen, denn ich hatte schon am ersten Tag meines Bachelorstudiums der Politikwissenschaft jene Gruppe von Menschen kennengelernt, die meine Studienzeit und mein Leben in den kommenden Jahren so sehr bereichern sollten.

In diesem Sinne gilt mein erster Dank euch, Elmar, Julia, Sophie und in weiterer Folge natürlich Irina, Martin sowie Adnan und Thomas. Vielen Dank, meine Freunde, mit denen ich so manches Bier getrunken, so manches Spiel gespielt, so manche Diskussion geführt, so manches Projekt erarbeitet, so mancher Vorlesung gelauscht und, ohne Zweifel, so manch schöne Stunde meiner Studienzeit habe verbringen dürfen – und auf noch viele mehr!

Ein besonderer Dank ergeht an meine Betreuerin Sieglinde Rosenberger, die mir nicht nur durch ihr Feedback und ihre Ratschläge eine unermessliche Unterstützung für diese Arbeit zu Teil werden ließ, sondern es mir auch als Tutor für ihre Vorlesung ermöglichte, spannende Einblicke in das wissenschaftliche Arbeiten zu erhalten.

Zu guter Letzt gilt mein Dank meinen Eltern, Angelika und Walter. Ohne euch wäre all dies nicht möglich gewesen. Eure Liebe, euer Verständnis und eure Unterstützung sind mit keinem Gold dieser Welt aufzuwiegen! Egal was auch passiert, ich kann euch immer an meiner Seite wissen, und ein Mensch, der dies behaupten kann, hat im Spiel des Lebens schon längst gewonnen.

Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	8
1.1 Forschungsinteresse	8
1.2 Ziele und Forschungsfragen	9
1.3 Methoden und Aufbau der Arbeit	10
1.4 Literaturbericht	10
2. Die Entwicklung des Staatsbürgerschaftsrechts in Österreich	13
2.1 Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich in den Jahren vor 1998	13
2.2 Staatsbürgerschaftsrecht von 1998 bis 2000	15
2.3 Staatsbürgerschaftsrecht von 2000 bis 2007	16
2.4 Staatsbürgerschaftsrecht von 2007 bis 2017	18
2.5 Staatsbürgerschaftsrecht von 2017 bis 2019	19
2.6 Das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich	20
2.6.1 Das Abstammungsprinzip	20
2.6.2 Gewöhnliche Einbürgerung	21
2.6.3 Erleichterte Einbürgerung	21
2.6.4 Staatsbürgerschaftsverlust	21
2.7 Resümee	22
3. Theoretische Einbettung des Forschungsthemas	23
3.1 Ein eindimensionales politisches Spektrum	23
3.2 Ein zweidimensionales politisches Spektrum	25
3.3 Das zweidimensionale politische Spektrum dieser Arbeit	30
3.3.1 Idealtypische Haltungstypologien	31
4. Methode	36
4.1 Die political claims analysis	36
4.1.1 Ein political claim	36
4.2 Begründung der Methodenwahl	37

4.2.1 PCA und Parteipositionen.....	38
4.3 Durchführung der political claims analysis.....	39
4.3.1 Zuordnung der Daten in einem politischen Spektrum.....	40
4.3.2 Operationalisierung.....	42
4.3.3 Codierung.....	46
4.4 Datenerhebung und Fallauswahl.....	47
5. Empirische Analyse.....	49
5.1 Die Freiheitliche Partei Österreichs.....	49
5.1.1 Die Pressemitteilungen der FPÖ von 1998 bis 2020.....	49
5.1.2 Zusammenfassung der Positionen der FPÖ.....	57
5.2 Die Grünen – Die Grüne Alternative.....	59
5.2.1 Die Pressemitteilungen der Grünen von 1998 bis 2020.....	59
5.2.2 Zusammenfassung der Positionen der Grünen.....	66
5.3 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs.....	68
5.3.1 Pressemitteilungen der SPÖ von 1998 bis 2020.....	68
5.3.2 Zusammenfassung der Positionen der SPÖ.....	77
5.4 Die Österreichische Volkspartei.....	79
5.4.1 Die Pressemitteilungen der ÖVP von 1998 bis 2020.....	79
5.4.2 Zusammenfassung der Positionen der ÖVP.....	86
5.5 Die Ergebnisse der untersuchten Parteien im Vergleich.....	88
6. Conclusio.....	94
6.1 Beantwortung der Forschungsfragen.....	94
6.2 Fazit und Ausblick.....	98
7. Literaturverzeichnis.....	100
7.1 Literatur.....	100
7.2 Internetquellen.....	102
8. Anhang.....	107
8.1 Codierungstabellen.....	107

8.1.1 Die Codierung der FPÖ	107
8.1.2 Die Codierung der Grünen.....	112
8.1.3 Die Codierung der SPÖ	115
8.1.4 Die Codierung der ÖVP	117
8.2 Abstract	119

1. Einleitung

1.1 Forschungsinteresse

Die Politikwissenschaftler Joachim Stern und Gerd Valchars interpretieren das österreichische Staatsbürgerschaftsregime als das Ergebnis eines historisch gewachsenen Kompromisses, in welchem restriktive Tendenzen vorherrschen. Der darin liegende Mangel an Strukturen spiegele das fast vollständige Fehlen einer umfassenden politischen Debatte über Prinzipien und Bedeutung der österreichischen Staatsbürgerschaft seit der Gründung der Ersten Republik im Jahr 1919 wider (vgl. Stern/Valchars 2013: 45).

Grundsätzlich ist es angesichts dieser historischen Lagebeschreibung keine Überraschung, dass Österreich auch im 21. Jahrhundert noch immer über ein sehr restriktives Staatsbürgerschaftsregime verfügt. Maarten Peter Vink und Rainer Bauböck beschreiben die österreichische Staatsbürgerschaftspolitik gar als „insulär“ – insulär steht in diesem Zusammenhang für Staaten, die ein ausschließendes Staatsbürgerschaftsrecht verfolgen. Merkmale hierfür sind unter anderem: hohe staatliche Kontrolle bezüglich Staatsbürgerschaftsgewinn und -verlust, sowie geringe individuelle Wahlmöglichkeit über den eigenen Staatsbürgerschaftsstatus (vgl. Vink/Bauböck 2013: 639).

Doch wie kommt es zu jener restriktiven Staatsbürgerschaftspolitik? Es reicht nicht aus, diese Situation einfach mit ihrer historischen Herausbildung zu erklären. Unter den Bedingungen der Globalisierung, der Zunahme von Migration und der Abwesenheit großer Konflikte kann in jüngster Vergangenheit, vor allem im globalen Westen, ein Wandel von Staatsbürgerschaftsregimes festgestellt werden. Harpaz und Mateos nennen hier speziell den Wandel der Einstellungen gegenüber Doppelstaatsbürgerschaft in den letzten drei Jahrzehnten (vgl. Harpaz/Mateos 2019: 845-847). Im Gegensatz zu diesem europäischen Trend, hat sich Österreich, spätestens seit 1998, noch weiter in eine restriktive Richtung bewegt, was darauf schließen lässt, dass diverse außer- und innerstaatliche Einflussfaktoren sich entweder anders auf die österreichische Politik ausgewirkt haben (oder dies von den jeweiligen Machthabern zumindest so wahrgenommen wurde) als auf Staaten, die eine liberale Route in der Staatsbürgerschaftspolitik eingeschlagen haben.

Wahrscheinlicher ist aber, dass innenpolitische Akteur*innen¹ es geschafft haben, die globale und/oder österreichische Situation anders darzustellen, bzw. schlichtweg ihre restriktiveren Inhalte erfolgreicher durchsetzen konnten. Die wichtigsten innenpolitischen Akteure*innen sind die politischen Parteien. Die ideologischen Ausrichtungen dieser Parteien (bzw. die Haltungen, die sie kommuniziert haben) sollen in dieser Arbeit untersucht werden.

1.2 Ziele und Forschungsfragen

Ziel dieser Arbeit ist es, tiefere Einblicke in die Positionen bzw. Haltungen² der österreichischen Parteien in Bezug auf Staatsbürgerschaft zu erlangen. Vorliegende wissenschaftliche Arbeiten beschäftigen sich primär mit der Gesetzeslage, historischen Entwicklungen oder mit theoretischen Überlegungen zum Thema Staatsbürgerschaft. In Erweiterung dazu soll diese Arbeit die Haltungen/Positionen der größten vier österreichischen Parteien³ seit 1998 bis 2020 herausarbeiten und mögliche Veränderungen in der Parteilinie offenlegen, um zu verstehen, wie bzw. warum sich die österreichische Staatsbürgerschaftspolitik in eine restriktive Richtung bewegt (hat). Hierfür wurden folgende Forschungsfragen gestellt:

- 1) Inwiefern können die österreichischen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE anhand ihrer Haltungen zu Staatsbürgerschaftsfragen innerhalb des Untersuchungszeitraums (1.1.1998 -22.10.2020) Haltungs-Typologien zugeordnet werden?*
- 2) Inwiefern können Unterschiede der Haltungen bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik zwischen den Parteien festgestellt werden?*
- 3) Inwiefern können Veränderungen der Haltungen der Parteien bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik festgestellt werden?*

¹ Für diese Arbeit wurde eine möglichst geschlechtergerechte Sprache angestrebt. Alle Formulierungen, die dieser Schreibweise nicht entsprechen (z.B. Staatsbürgerschaft) sind genderneutral zu verstehen und alle Geschlechteridentitäten werden ausdrücklich mitgemeint.

² Die Begriffe „Position“ und „Haltung“ werden in dieser Arbeit synonym behandelt. Gemeint ist die (Grund-) Einstellung in Bezug auf Staatsbürgerschaftsfragen, welche u.a. das politische Handeln der Parteien prägt.

³ Die angesprochenen Parteien lauten: ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne. Sie wurden gewählt, da sie von 1998 bis 2020 durchgängig existierten und (mit Ausnahme der Grünen von November 2017 bis Oktober 2019) durchgängig im österreichischen Nationalrat vertreten waren.

1.3 Methoden und Aufbau der Arbeit

Vink/Bauböck haben diverse Staaten anhand ihrer Staatsbürgerschafts-Policies in einer Typologie verortet und verglichen (vgl. Vink/Bauböck 2013). In Anlehnung daran will auch diese Arbeit eine Typologie anhand eines Datensatzes erarbeiten, um einen Vergleich zu ermöglichen. Jeremias Stadlmair hat in seiner Arbeit zu „*Party Positions on Economic Criteria for Naturalization in Austria*“ Parteienpositionen hinsichtlich ökonomischer Parameter untersucht (vgl. Stadlmair 2018a). Stadlmair hat die untersuchten Parteien in einem zwei-dimensionalen Raster verortet und sie einer gewissen, wenn auch nicht strikten Typologie zugeordnet. Die hier vorliegende Arbeit wird über ökonomische Aspekte hinausgehen und versuchen, ein möglichst vollständiges Staatsbürgerschaftspolitik-Spektrum abzudecken. Hierfür wird ein eigenes, auf Theoriearbeiten zu zweidimensionalen politischen Spektren basierendes, Schema erstellt werden.

Die verwendete Methode ist die „Political Claims Analysis“ (vgl. Koopmans/Statham 1999). Für die Analyse werden alle Pressemitteilungen, die von den untersuchten politischen Parteien zum Thema Staatsbürgerschaft seit 1998 bis 2020 ausgegeben wurden, untersucht. Hierfür wurde das Archiv der Austria Presse Agentur (APA) herangezogen, welche Pressemitteilungen seit dem 1. Jänner 1998 bereitstellt. Es wurde unter dem Channel „Politik“ der Begriff „Einbürgerung“ und der Suchzeitraum 01.01.1998 - 22.10.2020 gewählt, was insgesamt 617 Einträge in der Datenbank hervorbringt (vgl. OTS-Homepage, abgerufen am 22.10.2020). Bei der Analyse wurden all jene Einträge aussortiert, welche lediglich durch Zufall oder Themenüberschneidung in die Suchkategorie gerieten, oder den Begriff „Einbürgerung“ enthielten, sich jedoch nicht mit Einbürgerung im Kontext von Staatsbürgerschaft befassten (etwa „Einbürgerung von Nutztvieh“), oder nicht von den untersuchten politischen Parteien stammten (bzw. nicht von einer Person stammten, welche klar einer der untersuchten Parteien zuzuordnen ist). Abschließend wurden die ermittelten Ergebnisse jeder Partei verglichen und im zweidimensionalen Spektrum verortet.

1.4 Literaturbericht

Das Forschungsthema wurde für Österreich, insbesondere mit dem in dieser Arbeit angewandten methodischen Zugang, bisher wenig bearbeitet. Der Text von Jeremias Stadlmair: „*Party Positions on Economic Criteria for Naturalization in Austria*“ aus dem

Jahr 2018 ist eine wichtige Ausnahme und Grundlage für die folgende Untersuchung. Den vier untersuchten Parteien seien, laut Stadlmair, dabei vier Narrative bezüglich ökonomischer Einbürgerungsanforderungen zuzuschreiben. Der FPÖ zufolge würden ökonomische Hürden die Gefahr des Missbrauchs des Wohlfahrtsstaates durch Migrant*innen minimieren. Für die ÖVP würden ökonomische Anforderungen mit einem erfolgreichen Integrationsprozess in positivem Zusammenhang stehen. Die SPÖ sehe ökonomische Hürden als ungerecht für manche Einbürgerungswillige, und für die Grünen würden die Anforderungen zu einem demokratischen Defizit führen. Es zeigt sich, dass Stadlmair sich nicht – wie in dieser Arbeit versucht - auf ein breites Spektrum der Staatsbürgerschaftspolitiken konzentriert, sondern den Fokus auf ökonomische Aspekte der Parteipositionen legt. Weiters erstreckte sich in jener Arbeit der Untersuchungszeitraum über die Jahre 1998-2013; während die vorliegende Arbeit den Zeitraum 1998-2020 erfasst (vgl. Stadlmair 2018a).

Der Text *„Immigration policy and electoral competition in Western Europe: A fine-grained analysis of party positions over the past two decades“* von Tjitse Akkerman aus dem Jahr 2015 konzentriert sich ebenfalls auf Parteipositionen, allerdings ist die Analyse auf sieben westeuropäische Staaten (darunter auch Österreich) angelegt, anstatt auf nur einen Staat (und dessen Parteienlandschaft). Auch die Herangehensweise unterscheidet sich von jener in dieser Arbeit. Ein spannender Aspekt Akkermans Arbeit ist die Herausarbeitung des Einflusses, den Inhalte und Forderungen rechter Parteien auf Parteien des Mainstreams haben können. Akkerman argumentiert, dass in Ländern mit erfolgreichen rechten Parteien eine hohe Salienz von Themen wie Immigration und Integration, sowie eine Vermischung der von Mainstream-Parteien verfolgten Position (zwischen kosmopolitisch und nationalistisch) zu beobachten seien (vgl. Akkerman 2015).

Ein interessanter Text zur Parteiprogrammatik lautet *„How parties compete for votes: A test of saliency theory“* (Dolezal et al. 2014), sowie zur Staatsbürgerschaftspolitik in Österreich: *„Demokratische Mitbestimmung von Fremden aus politikwissenschaftlicher Perspektive“* (Stadlmair 2018b) oder auch *„... was wir uns von einem Zuwanderer erwarten‘ - Die österreichische Staatsbürgerschaftspolitik als Migrationsmanagement“* (Valchars 2017).

Besonders was Österreichs rechte Parteien und deren Konzepte von Demokratie im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft betrifft, ist die Arbeit *„Constructing ‘the people‘*

An intersectional analysis of right-wing concepts of democracy and citizenship in Austria“ von Edma Ajanovic, Stefanie Mayer und Birgit Sauer (2018) von Interesse. Der Text aus dem Jahr 2018 sieht „Ethnisierung“ als primäre Strategie österreichischer Rechtspopulisten, um Menschen in ethnisch-definierte (und in Folge auch gender-definierte) Gruppen zu spalten und so eine „Wir-Sie“ Unterscheidung herzustellen. Die Beziehung, die Rechtspopulisten nun mit dieser fabrizierten pseudo-homogenen Wähler*innenschaft verbinde, sei dadurch weniger durch politische Inhalte bestimmt, sondern durch Identität, sowie durch Bindung an eine*r Anführer*in, der*die der konstruierten Gruppe angehört und ihre Bedürfnisse und Wünsche teile. Ajanovic, Mayer und Sauer sprechen in diesem Zusammenhang von einer Naturalisierung des Demos, die der De-Legitimisierung der (Staats-)Bürgerschaft als rechte-basierten Institution diene (vgl. Ajanovic/Mayer/ Sauer 2018).

Die Arbeit *„Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten“* von Martin Kroh und Ingrid Tucci zieht den Fokus weg von den Parteien und legt ihn auf Migrant*innen oder vielmehr auf die Migrationsrahmenbedingungen. Für die Autor*innen seien diese zur Erklärung von Parteipräferenzen von großer Bedeutung. Erleichterte Einbürgerungsbedingungen (und erhöhte Einbürgerungen generell) sollten von Parteien dementsprechend als Chance im politischen Wettbewerb betrachtet werden (vgl. Kroh/Tucci 2009).

Uta Rußmann beschreibt in *„Themenmanagement der Parteien im Wahlkampf: Eine Analyse der Presseaussendungen“* ein Vorgehen der Parteien im Wahlkampf, mittels gezielter Repetition weniger Themen hohe Aufmerksamkeit bei Wähler*innen zu erzielen. Die Autorin beschreibt Presseaussendungen in diesem Zusammenhang als Kommunikationsinstrument, welches es den Parteien erlaube, ein Thema auf die gewünschte Art und Weise und ohne Einflüsse von außen zu vermitteln. Für Rußmann sollten Pressemitteilungen somit mehr Aufmerksamkeit in der kommunikations- und politikwissenschaftlichen Forschung erhalten (vgl. Rußmann 2012).

2. Die Entwicklung des Staatsbürgerschaftsrechts in Österreich

An dieser Stelle folgt nun eine Beschreibung des Staatsbürgerschaftsrechts in Österreich und seiner jüngeren Entwicklungen. Um den Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht zu sprengen, wird darauf verzichtet ältere Gesetze und Gesetzesnovellen allzu detailliert abzuhandeln. Stattdessen soll ein nachvollziehbares Bild erstellt werden, welches den Kontext (und insbesondere den Hintergrund der zeitlich näherliegenden und somit relevanteren Entwicklungen) des Staatsbürgerschaftsrechts in Österreich zu verstehen gibt. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer kurzen Beschreibung der aktuellen Beschaffenheit des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts.

2.1 Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich in den Jahren vor 1998

Wie viele andere Staaten Europas, erlebte auch Österreich bereits ab Mitte der 1960er Jahre einen konstanten Einwanderungsprozess (vgl. Çinar 1999: 52). Dennoch blieb Österreich bei seiner restriktiven Einbürgerungspolitik, welche bereits seit 30 bis 40 Jahren vorherrschte. Ein wichtiger Aspekt dieser Staatsbürgerschaftspolitik ist das immer noch bestehende, „Ius Sanguinis“ oder auch Abstammungsprinzip (vgl. Çinar 1999: 49). Das Abstammungsprinzip war der Grund für einige Gesetzesänderungen im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter. In „*Country Report: Austria*“ aus dem Jahre 2010 spricht Dilek Çinar von der Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983 (vgl. Republik Österreich 1983), welche unehelichen Kindern die Staatsbürgerschaft durch Abstammung dann ermöglichte, wenn eines der Elternteile österreichischer Staatsbürger*In sei. Weiters behandelte Çinar die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1986 (vgl. Republik Österreich 1986), welche es Minderjährigen (geboren vor 1983) bis 1988 erlaubte, die Staatsbürgerschaft Österreichs per Antrag von ihrer Mutter zu erlangen, falls der Vater kein österreichischer Staatsbürger war (vgl. Çinar 2010: 6).

Zweitere Novellierung bezog sich nun bereits auf das (heute immer noch geltende) Staatsbürgerschaftsgesetz (Langtitel: *Bundesgesetz über die österreichische Staatsbürgerschaft*) aus dem Jahre 1985. Bereits Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre kam es zu Änderungen und Anpassungen dieses Gesetzes aus dem Jahr 1985. Es handelt sich um den Beginn einer Periode, welche für Çinar im Zeichen einer versuchten Restriktion des Staatsbürgerschaftsgesetzes stand (vgl. Çinar 2010:

6-8). Den Hintergrund für diese Novellen sehen Bauböck und Perchinig unter anderem begründet durch einen sich verändernden Kontext in Europa:

„Die erste Hälfte der 90er Jahre könnte als ‚Migrationskrise‘ in die Geschichtsbücher eingehen. Die Ostöffnung 1989, die Jugoslawienkrise und die Westeinbindung Österreichs veränderten nachhaltig die internationale Position des Landes im Geflecht der europäischen Wanderungssysteme.“
(Bauböck/ Perchinig 2003: 11, Internetquelle abgerufen am 02.01.2021)

Nach 1986 fanden weitere Novellierungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1985 statt. Die meisten waren aber eher von geringerer Bedeutung bzw. brachten nur kleinere Anpassungen mit sich – mit Ausnahme jener aus dem Jahre 1993. Die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1993 erleichterte die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft für Menschen die *„sich als Staatsbürger vor dem 9. Mai 1945 in das Ausland begeben“* mussten, da sie *„Verfolgungen durch Organe der NSDAP oder der Behörden des Dritten Reichs mit Grund“* befürchten mussten oder erlitten hatten (Republik Österreich 1993).

Aufgrund dieser, bisher dennoch nicht allzu tiefgreifenden, Novellierungen kann Österreichs Staatsbürgerschaftsgesetz bis zum Jahr 1998 laut Stadlmair (insbesondere was ökonomische Anforderungen betrifft) weiterhin als eher vage bezeichnet werden:

„In sum, until 1998 naturalization requirements were not too demanding, but implied a considerable space for discretion, as most requirements were rather vague. Even then, naturalization was an expensive matter, involving costs of about 730 € at federal level, plus additional fees at provincial level.“ (Stadlmair 2018a: 68)

2.2 Staatsbürgerschaftsrecht von 1998 bis 2000

Die Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 1998 brachte im Wesentlichen noch keine Einschränkung des Ermessensspielraums der zuständigen Behörden mit sich:

„§ 11. Die Behörde hat sich unter Bedachtnahme auf das Gesamtverhalten des Fremden bei der Ausübung des ihr in § 10 eingeräumten freien Ermessens von Rücksichten auf das allgemeine Wohl, die öffentlichen Interessen und das Ausmaß der Integration des Fremden leiten zu lassen.“ (Republik Österreich 1998)

Jedoch argumentieren Bauböck und Perchinig, dass die Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes das Thema „Integration“ zu großen Teilen am Kriterium der „Deutschkenntnisse“ messe und eine Einbürgerung als Abschluss eines erfolgreichen Integrationsprozesses betrachte (vgl. Bauböck/ Perchinig 2003: 20, Internetquelle abgerufen am 02.01.2021). Die Wohnsitzfristen von zehn Jahren (mit Ausnahme von sechs Jahren bei einer nachweisbaren „nachhaltigen persönlichen und beruflichen Integration“) wurden beibehalten, und der Rechtsanspruch auf Einbürgerung (ebenfalls bei nachgewiesener Integration) von 30 auf 15 Jahre gesenkt, während das Abstammungsprinzip sowie das Verbot der Doppelstaatsbürgerschaft beibehalten wurden (vgl. Republik Österreich 1998). Tatsächlich führte dies (bei demographisch-bedingtem fortwährenden Anstieg an Einbürgerungen) zu einem Rückgang der Einbürgerungen bei Menschen mit weniger als 10 Jahren Wohnsitzdauer (vgl. Bauböck/ Perchinig 2003: 20, Internetquelle abgerufen am 02.01.2021).

Dilek Çinar merkt ebendies in ihrem Text *„Geglückte Integration‘ und Staatsbürgerschaft in Österreich“* an: Bereits im Jahre 1999 zählten demnach 85% der ausländischen Wohnbevölkerung Österreichs zu der Gruppe der „Drittstaatsangehörigen“ (vgl. Çinar 1999: 52).

„Eine umfassende öffentlich-politische Diskussion darüber, dass die Integration von Immigrant/inn/en vor allem auch Maßnahmen erfordert, um die rechtliche Diskriminierung auf Grund einer ausländischen Staatsangehörigkeit zu beseitigen, setzte hier zu Lande erst im Jahr 1995 ein.“ (Çinar 1999: 53)

Dieser vergleichsweise späte Anstieg an Diskussionen im politischen Raum bezüglich Staatsbürgerschaftsfragen (und auch Integrationsfragen), fällt dafür umso heftiger aus,

wie Stadlmair resümiert. Er beschreibt konfliktgeladene Debatten im Nationalrat. Besonders FPÖ und ÖVP argumentierten, dass Bundesländer (insbesondere Wien – zu dieser Zeit von SPÖ und ÖVP regiert) Staatsbürgerschaftsgesetze unterschiedlich implementieren und dadurch den Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtern würden. Die SPÖ dagegen versuchte, als sie 2001 in Wien die absolute Mehrheit erlangt hatte, das Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung auszudehnen, während die Grünen begannen, ebenjene Wohnbevölkerung vermehrt über ihre Rechte im Einbürgerungsprozess aufzuklären (vgl. Stadlmair 2018a: 68). Hier ist also eine klare Trennlinie in den Zugängen und Haltungen der unterschiedlichen Parteien zu erkennen (insbesondere zwischen den „rechteren Kräften“: ÖVP und FPÖ; und den „linkeren“: SPÖ und Grüne).

2.3 Staatsbürgerschaftsrecht von 2000 bis 2007

Mit dem Ende der großen Koalition und dem Beginn der Regierung Schüssel I (ÖVP/FPÖ) im Jahr 2000 kam ein veränderter Kurs in Immigrationsfragen ins Rollen. Ein Kurs, der Immigrations- und Sicherheitsfragen miteinander in Verbindung setzte (vgl. Perchinig 2010: 11). Dennoch fand von 1998 bis zur Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005 keine Veränderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes statt. Der Fokus lag vor allem auf den Einreise-, Asyl- und Integrationsfragen. Ein Beispiel dafür ist die „Integrationsvereinbarung“, die mit der Reform des Fremdenrechts 2002, welche verpflichtende Sprachkurse einführte, endete (vgl. Perchinig 2010, July: 13).

„Die öffentliche Diskussion der ersten Jahre der schwarz-blauen Koalition war jedoch nicht von der Arbeitsmigration, sondern von der von der FPÖ vorgeschlagenen „Integrationsvereinbarung“ - der Verpflichtung zum Besuch eines Sprach- und Integrationskurses - dominiert.“ (Perchinig 2010, July: 13)

Erst im Jahr 2006, nach einer vorgezogenen Nationalratswahl 2002, einer erneuten schwarz-blauen Koalition, der späteren Spaltung der FPÖ und dem Beginn der schwarz-orangen Koalition, kam es zu einer ersten Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes seit 1998. Da zwar Deutschkurse eingeführt wurden, aber kein konkretes Sprachniveau festgesetzt worden war, sah man hier Nachbesserungsbedarf.

„Acquisition of Austrian citizenship was generally made conditional upon sufficient knowledge of German. When this condition was introduced in Austria

the law did not specify on the required level of proficiency. Whether an applicant's knowledge of German was sufficient was up to the authority to judge and depending on the applicant's 'circumstances of life'. It was only in 2006 that formal test certificates from certified institutions became mandatory and the level was specified as A2 CEFR; in 2011 the level was raised to B1 CEFR." (Stern/Valchars 2013: 15)

Zusätzlich zu den sprachlichen Anforderungen wurden „*Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung sowie der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslandes*“ (Republik Österreich 2006), eingefordert. Somit handelte es sich nicht nur um einen Sprach-, sondern vielmehr um einen Einbürgerungstest.

Bis zu dieser Novellierung hatten die Bundesländer große Spielräume bei der Umsetzung des Bundesrechts; ein Problem, das Ende der 1990er Jahre vor allem FPÖ und ÖVP in Wien anprangerten. Mit Ausnahme der Bundeslandsteile innerhalb jener eingeführten Einbürgerungstests, welche laut Perchinig, noch einige Unterschiede in Schwerpunkten und Testansprüchen erkennen ließen, wurden diese Spielräume deutlich eingegrenzt (vgl. Perchinig 2010, July: 22).

Ein weiterer relevanter Aspekt der Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle befasst sich mit der Erhöhung der ökonomischen Anforderungen für Anwerber*innen. Der Lebensunterhalt gelte dann als „*hinreichend gesichert, wenn feste und regelmäßige eigene Einkünfte aus Erwerb, Einkommen, gesetzlichen Unterhaltsansprüchen oder Versicherungsleistungen zum Entscheidungszeitpunkt für die letzten drei Jahre nachgewiesen werden, die ihm eine Lebensführung ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen der Gebietskörperschaften ermöglichen.*“ (Republik Österreich 2006) Die Kosten für gewöhnliche Einbürgerungen stiegen von 730 auf 900 Euro und jene der Einbürgerung durch Anspruch von 545 auf 700 Euro (vgl. Stadlmair 2018a: 69-70).

Die Novelle, die mit den Stimmen der ÖVP und BZÖ durchgesetzt wurde, stieß jedoch auch auf heftige Kritik der Oppositionsparteien. Die FPÖ sah, wie Stadlmair feststellt, die ökonomischen Anforderungen als zu lasch an und stellte sich gegen die Idee eines Anspruchs auf Staatsbürgerschaft nach Erfüllung gewisser Kriterien. Auch SPÖ und Grüne kritisierten die Novelle und warfen ein, dass die zu erwartende Senkung der Einbürgerungsrate zu Problemen bei Inklusion und Integration führen werde. (vgl. Stadlmair 2018a: 70)

2.4 Staatsbürgerschaftsrecht von 2007 bis 2017

Mit dem Ende der ÖVP-BZÖ Koalition Anfang 2007 kam es erneut zu einer großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, welche (in unterschiedlichen Ausformungen) bis 2017 die Regierung(en) bilden sollten. Die Sozialdemokraten stellten dabei stets den Kanzler (Gusenbauer bis 2008, Faymann bis 2016 und Kern bis 2017). Dennoch wurden die, 2006 noch als zu restriktiv kritisierten, Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes nicht zurückgenommen - im Gegenteil:

„Although in 2006, when in opposition, the Social Democrats voted against the amendment arguing that there was no good reason for further toughening naturalisation requirements, only three years later the Social Democrats, now leading a government coalition with the People’s party, adopted another amendment and further raised the barriers. The discourse on citizenship and the recurring claim for tightening naturalisation requirements is based on the idea that Austrian citizenship ought to be a ‘precious good’ that ‘needs to be earned’ and naturalisation has to be ‘the last step of a successful integration’.”
(Stern/Valchers 2013: 41)

Diese Idee der Staatsbürgerschaft als „wertvolles Gut“ und somit als eine Art „Belohnung“ für jene, die einen erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Integrationsprozess abgeschlossen haben, erhält ab 2011, und der Schaffung des Postens des Integrations-Staatssekretärs (übernommen von Sebastian Kurz, dem ÖVP-geleiteten Innenministerium unterstellt), weiteren Auftrieb. Dadurch kam es im Jahr 2013 zu einer weiteren wichtigen Novelle des Staatsbürgerschaftsrechts (vgl. Stadlmair 2018a: 70-71). Ausgelöst wurde diese unter anderem durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, welcher die geltenden ökonomischen Anforderungen für Staatsbürgerschaftswerber mit körperlichen Beeinträchtigungen als diskriminierend befand. Da die Regierung einerseits weiterhin ökonomische Kriterien für den Erwerb der Staatsbürgerschaft anwenden (vgl. Stadlmair 2018a: 71) und sich andererseits dem Druck der Medien und des Verfassungsgerichtshofes entziehen wollte (vgl. Stern/Valchars 2013: 41), brauchte es die besagte Novellierung. Im Oktober 2012 gab der damalige Integrationsstaatssekretär, Sebastian Kurz, dazu bekannt, dass erneut der Fokus auf „Integration durch Leistung“ gelegt werde. Staatsbürgerschaft solle dementsprechend durch Leistung verdient werden, nicht einfach durch Abwarten einer gewissen Frist (vgl. Stern/Valchars 2013: 41). Die

wichtigsten Anpassungen der Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985 aus dem Jahr 2013 lauteten demnach:

„Applicants could apply for naturalization after only six years instead of ten, if they met all regular requirements and showed signs of excellent integration, which focused on (a) German language skills of B2 level (instead of B1), (b) civic activities in certain organizations, e.g. the Red Cross, (c) professional activities in the areas of education, social services, or health, or (d) activities in interest organizations. Since economic self-sufficiency was then even more at the core of the ÖVP concept of integration, the income requirement for naturalization was repaired in the 2013 reform (...).“ (Stadlmair 2018a: 71)

Die Oppositionsparteien kritisierten diese Gesetzesänderung erneut scharf. Während FPÖ und BZÖ, zu lasche Regularien anprangerten, ging die Anpassung des Staatsbürgerschaftsgesetzes für die Grünen an den eigentlichen Problemen vorbei. Sie forderten u.a. eine Einführung des „Ius Soli“ (siehe Unterkapitel 2.6.1) und der Doppelstaatsbürgerschaft (vgl. Stadlmair 2018a: 71; Stern/Valchars 2013: 41)

Wenige Monate später übernahm Sebastian Kurz das Amt des Außenministers in einer weiteren Auflage der rot-schwarzen Koalition. Was das Staatsbürgerschaftsrecht betraf, kam es in den darauffolgenden Jahren nur zu wenigen relevanten Änderungen, da das Thema erneut von Integrations- und Asylfragen überlagert wurde (besonders durch die „Flüchtlingskrise“ aus dem Jahr 2015). Das „Integrationsgesetz 2017“ ist hier am ehesten hervorzuheben. Es steht aufgrund seiner Ausrichtung auf Menschen, die potenzielle Antragsteller für die österreichische Staatsbürgerschaft sind (namentlich: *„Asylberechtigte, (...) subsidiär Schutzberechtigte, (...) und Drittstaatsangehörige“*) (Republik Österreich 2017), in gewissem Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit. Allerdings nicht genug, um eine genauere Auseinandersetzung in diesem Rahmen zu begründen.

2.5 Staatsbürgerschaftsrecht von 2017 bis 2019

2017 endete die große Koalition. In Kooperation mit der ÖVP und deren neuen Bundeskanzler Sebastian Kurz, kam die FPÖ zu einer erneuten Regierungsbeteiligung. Ein Rechtsruck zeigte sich vor allem im Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018, welches den Zugang zur Staatsbürgerschaft für Asylwerber erschwerte:

„Gleichzeitig wird Asylberechtigten die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft erschwert. Neben den sonstigen Voraussetzungen wie Unbescholtenheit, ein gesicherter Lebensunterhalt und eine bejahende Einstellung zur Republik gilt künftig eine mindestens zehnjährige Wartefrist. Bisher konnte schon nach sechs Jahren ein österreichischer Pass beantragt werden.“ (Website des österreichischen Parlaments abgerufen am 2.10.2020)

Auch die Möglichkeit der vorzeitigen Einbürgerung für anerkannte Konventionsflüchtlinge wurde in dieser Zeit gestrichen (vgl. Bauböck 2019: 188).

Zusammenfassend lässt sich über die Entwicklung des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts über die Jahre mit den Worten Bauböcks sagen: Es fand eine konstante und *„zunehmende Politisierung, Komplexitätssteigerung und Erhöhung der Einbürgerungshürden“* statt (Bauböck 2019: 186).

2.6 Das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich

Nun wurde bereits festgestellt, dass Österreich im europäischen Vergleich seit Längerem ein strenges Staatsbürgerschaftsrecht verfolgte (vgl. Çinar 1999: 49). Doch was macht das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht der Gegenwart aus?

2.6.1 Das Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip, oder auch „*ius Sanguinis*“, besagt, dass die Staatsbürgerschaft durch Geburt erworben wird, falls die Mutter des Kindes ebenso die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Gleiches gilt, wenn die Eltern verheiratet sind und nur der Vater des Kindes die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Ebenso gilt dies, sollte ein uneheliches Kind von einer nichtösterreichischen Mutter geboren werden, die Vaterschaft jedoch innerhalb von acht Wochen entweder vom österreichischen Vater selbst oder gerichtlich anerkannt werden (vgl. Republik Österreich 2020). Das „*ius Soli*“ (oder „Geburtsortprinzip“) ist in Österreich hingegen ein Ausnahmefall, welcher laut Bauböck nur Findlinge, deren Staatsangehörigkeit nicht ausfindig gemacht werden kann, betrifft. Ein weiterer und häufigerer Ausnahmefall ist die Doppelstaatsbürgerschaft: Im Regelfall muss bei Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft eine bisherige Staatsbürgerschaft abgelegt werden. Dies gilt u.a. nicht, wenn die Doppelstaatsbürgerschaft durch Geburt entsteht und nur ein Elternteil österreichischer Staatsbürger*In ist, oder auch, sollte ein im Ausland geborenes Kind österreichischer Eltern, aufgrund des „*ius soli*“ des anderen Staates, dessen

Staatsbürgerschaft erhalten. Toleriert wird die Doppelstaatsbürgerschaft andernfalls nur bei Einbürgerung im besonderen Interesse der Republik (vgl. Bauböck 2019: 187).

2.6.2 Gewöhnliche Einbürgerung

Für eine gewöhnliche Einbürgerung braucht es in Österreich eine Aufenthaltsdauer von zehn Jahren. Weiters muss der Aufenthalt rechtmäßig und vor allem ununterbrochen stattfinden. Für Bauböck zeichnet sich Österreich somit als einer der restriktivsten Staaten Europas bezüglich der Einbürgerungskriterien aus. Hierzu kommen noch hohe ökonomische Kriterien, hohe Einbürgerungsgebühren, ein zu absolvierender Sprach- und Wissenstest, sowie eine strenge Auslegung der Unbescholtenheit. Die notwendige Abgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft (mit Ausnahmefällen) wurde bereits erwähnt (vgl. Bauböck 2019: 188).

2.6.3 Erleichterte Einbürgerung

Die erleichterte Einbürgerung verkürzt die Wartezeit (in den meisten Fällen) von zehn auf sechs Jahre. Allerdings müssen dafür besondere Anforderungen erfüllt werden. Hierzu zählt die Einbürgerung von Ehepartnern und minderjährigen Kindern von österreichischen Staatsbürger*innen, von Personen, die eine Integrationsleistung nachweisen können (z.B.: durch dreijährige freiwillige Mitarbeit in einer Hilfsorganisation), sowie von Staatsangehörigen anderer EU-Staaten. Bauböck verweist hier jedoch auf die geringen Anreize für letztere Personengruppe, welche rechtlich größtenteils gleichgestellt sei, und ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft abgeben müsste, ohne allzu große Vorteile durch die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Eine weitere, viel diskutierte Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung, ist die Einbürgerung von Personen, deren Leistungen im besonderen Interesse der Republik liegen. Weder eine bestimmte Aufenthaltsdauer noch die Abgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft sind hier notwendig (vgl. Bauböck 2019: 188).

2.6.4 Staatsbürgerschaftsverlust

Der Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft ist auf zweierlei Arten möglich: Erstens die freiwillige Abgabe und Zweitens die unfreiwillige Ausbürgerung. Ersteres kann erfolgen, sofern die Person im Besitz einer anderen Staatsbürgerschaft ist, kein Strafverfahren offen ist und (falls die Person männlich ist) die Person die Wehrpflicht bzw. den Zivildienst abgeleistet hat. Da Doppelstaatsbürgerschaft in Österreich weder

für Ein- noch für Auswanderer toleriert wird, geht die unfreiwillige Ausbürgerung meist mit dem freiwilligen Erwerb einer anderen Staatsbürgerschaft einher. Auswandernde können jedoch einen Antrag auf Beibehaltung der Staatsbürgerschaft stellen, falls besondere Gründe vorliegen (vgl. Bauböck 2019: 188-189).

2.7 Resümee

Die Entwicklung des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes hat nicht wenige Anpassungen hinter sich. Allgemein kann von einer starken Komplexitätssteigerung und Restriktion gesprochen werden, welche ich in drei Hauptfaktoren begründet sehe:

1. Das ursprüngliche Gesetz aus dem Jahre 1985 zeichnete sich durch einen hohen Handlungsspielraum für Behörden aus. Dieser Handlungsspielraum führte zu einigen politischen Uneinigkeiten, die hauptsächlich zwischen den jeweils regierenden Parteien (egal ob auf Landes- oder Bundesebene) und den Oppositionsparteien ausgetragen wurden. Die Uneinigkeiten führten zu Diskussionen, die Diskussionen zu Gesetzesanpassungen (im Sinne einer Konkretisierung der diskutierten Details) und die Gesetzesanpassungen wiederum zu einem komplexeren und strengeren Gesetzestext.

2. Der Fokus und die politischen Kurse von drei der vier Parteien (ÖVP, FPÖ, BZÖ), mit Regierungsbeteiligungen von 1985 bis 2019, zielten nicht selten auf Immigrations-, Integrations- und Staatsbürgerschaftserlangungs-Themen ab. Insbesondere ab den späten 1990er Jahren war für diese Parteien eine Veränderung, und vor allem Restriktion der Immigration und des Staatsbürgerschaftsrechts ein Ziel. Die einzige andere Partei mit Regierungsbeteiligung in diesen Jahren, die SPÖ, brachte die Gesetzeslage (mit Ausnahme von einigen kleineren Schritten) nicht in eine weniger komplexe oder strenge Richtung.

3. Österreichs EU-Beitritt und damit neue Abkommen und Regularien, das sich verändernde Europa nach dem Untergang der Sowjetunion, die angesprochenen Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs und schließlich auch die erwähnte Flüchtlingsdramatik waren einige weitere Gründe, die zu Reformen führten.

3. Theoretische Einbettung des Forschungsthemas

Was bedeuten Begriffe wie „rechts“ oder „links“ im Kontext politischer Betrachtung? Gibt es diese Kategorien noch und reichen sie aus, um etwas über die politische Realität auszusagen? Wie kann man politische Aussagen oder generelle politische Haltungen einordnen? Und inwiefern ist dies hilfreich?

Wie man sie auch nennen mag: Politische Spektren, Schemata oder Klassifikationssysteme dienen vor allem der Einordnung von politischen Haltungen/ Positionierungen sowie der Darstellung von teils abstrakten politischen Inhalten und Äußerungen in einem vergleichbaren Kontext.

„All real and abstract socio-economic ideas constitute the political spectrum. Humans have habitually tried to classify and visualize a political variety, in order to make sense of its structure and find a proper place for their worldview.“
(Gindler 2019: 1-2)

3.1 Ein eindimensionales politisches Spektrum

Das klassischste aller politischen Spektren und jenes, das den politischen Diskurs immer noch am meisten beeinflusst, ist das Links-Rechts-Schema. Ursprünglich stammt es aus Frankreich und existiert wohl schon seit 1789 - dem Jahr der Französischen Revolution.

„The general opinion is that this dates from August 28 1789, when the Estates-General, in session since May and transformed into a constituent assembly, began to debate in Versailles whether the king should have veto rights. (...) To indicate their choice, those in favor of a royal veto were placed to the right of the speaker, while their opponents sat on the left. So the distinction Left-Right originally came about as a topographical accident.“ (De Benoist 1995: 1)

Doch was bedeutet „links“ und was „rechts“ im 21. Jahrhundert? Im ersten Moment denkt man wohl an Begriffe wie „liberal“ und „konservativ“, „Marktkontrolle“ und „freier Markt“ oder auch an „kulturelle Offenheit“ und „Tradition“. Es benötigt keiner näheren Definition dieser Begriffe, um zu erkennen, dass nicht jede Vorstellung, die man zunächst mit „links“ assoziiert, eine jede andere Idee, die man mit „rechts“ verbinden könnte, automatisch ausschließt. Oder um es mit den Worten des Philosophen Johannes Heinrichs zu sagen: *„Jemand kann auf wirtschaftlicher Ebene strukturrevolutionär sein und zugleich auf kultureller Ebene wertkonservativ für*

nationale Kultur eintreten.“ (Heinrichs 1/2011: 10, Internetquelle abgerufen am 03.01.2021)

Dies führt uns zu einer Grundproblematik, die Paul H. Ray in „*The New Political Compass*“ als „mushy middle“ (Ray 2002: 8) bezeichnet. Er spricht von einer schwer definierbaren (weil nicht in das eindimensionale Spektrum passenden), allerdings großen und ständig wachsenden Gruppe an Personen, die nicht eindeutig den Begriffen „links“ oder „rechts“ zugeordnet werden können. Die Verteilung der Haltungen dieser Personen zeigt sich in einer Art Glockenkurve mit beträchtlichem Zentrum, welches von dem klassischen Links-Rechts Schema nicht ausreichend erfasst werden kann (vgl. Ray 2002: 8-10).

Ein Hauptgrund für die Unzulänglichkeiten des Links-Rechts-Schemas liegt im Alter des Schemas selbst. Betrachtet man allein diese, US-fokussierte (aber dennoch auch allgemein durchaus relevante) Zusammenfassung einiger Umwälzungen des letzten Jahrhunderts, wird klar, dass die Kategorien „links“ und „rechts“ für sich allein obsolet sind:

„A century ago, Left vs. Right meant progressives and unionists vs. big business and maybe the Ku Klux Klan. But that was before nuclear weapons could destroy life on the planet, before Vietnam and the peace movement, before the civil rights movement and women’s movement, before the insurgent radicals of the religious right came back into politics, and before saving the planet from ecological destruction and globalization became a huge issue. Both the issues and the constituencies of the U.S. have evolved, but our political rhetoric has stayed frozen in century-old lingo and metaphors, and so have our political parties and our politicians.“ (Ray 2002: 8)

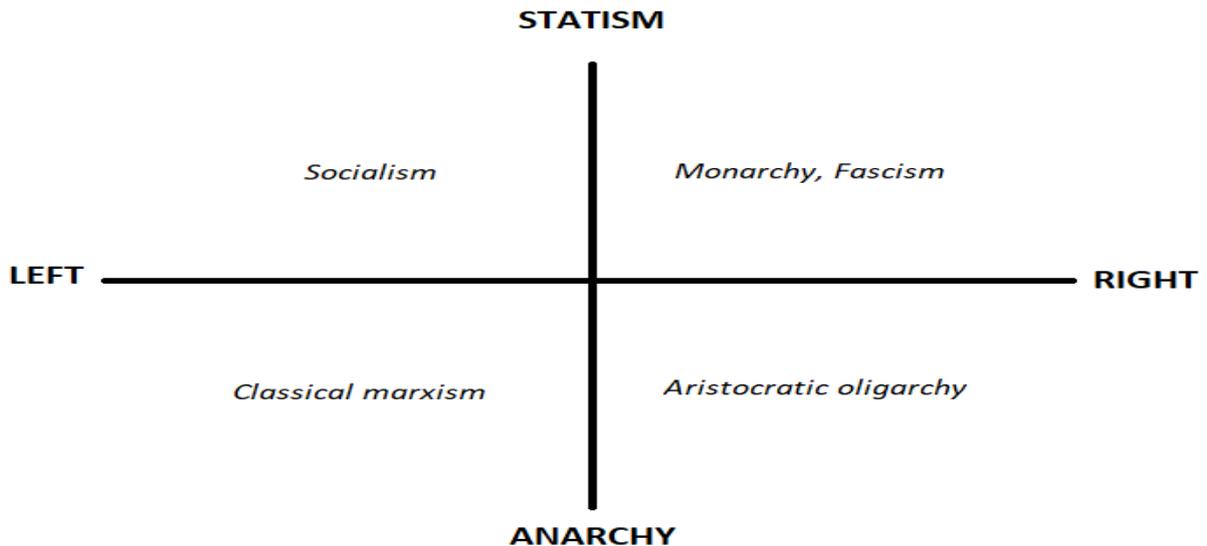
Johannes Heinrichs sagt hierzu: „*Das undifferenziert (sic) Schwarz-Weiß-Denken mit Rechts und Links ist offensichtlich hoffnungslos überholt.*“ (Heinrichs 1/2011: 10, Internetquelle abgerufen am 03.01.2021) Um also die Positionierung oder Haltung der Akteur*innen tatsächlich einordnen zu können, braucht es zumindest eine Erweiterung des eindimensionalen Spektrums – eine Erweiterung um eine zusätzliche Dimension.

3.2 Ein zweidimensionales politisches Spektrum

Eine Grundsatzarbeit zu zweidimensionalen politischen Spektren lieferten Maurice C. Bryson und William R. McDill mit „*The Political Spectrum: A Bi-Dimensional Approach*“ aus dem Jahr 1968. Die Notwendigkeit eines solchen „Bi-Dimensionalen“, also, zweidimensionalen Ansatzes, ergab sich aus der Ungenauigkeit, oder besser, Uneindeutigkeit des klassischen Links-Rechts-Schemas. Wie sie in ihrer Arbeit festhalten, zerfällt dieses, sobald es sich mit den extremen Enden der jeweiligen Seite befassen müsse. Also mit Kommunismus auf der einen und Faschismus/Nationalsozialismus auf der anderen Seite. Beide Ideologien sind auf einer eindimensionalen Achse im Hinblick auf ihre Überschneidungen, welche sich für Bryson/McDill vor allem in ihrer totalitären Natur widerspiegeln, nicht in verständlichem Maße abgebildet (vgl. Bryson/McDill 1968: 19). Tatsächlich zeigt sich, dass ein Links-Rechts-Schema beide Ideologien auf den weitest entfernten Punkten platzieren würde, was den Blick auf die totalitäre Ausrichtung, die beide Systeme gleichermaßen kennzeichnet, verstellt und eine tieferes Verständnis sowie eine Darstellung von teils abstrakten politischen Inhalten nicht erleichtert, sondern erschwert.

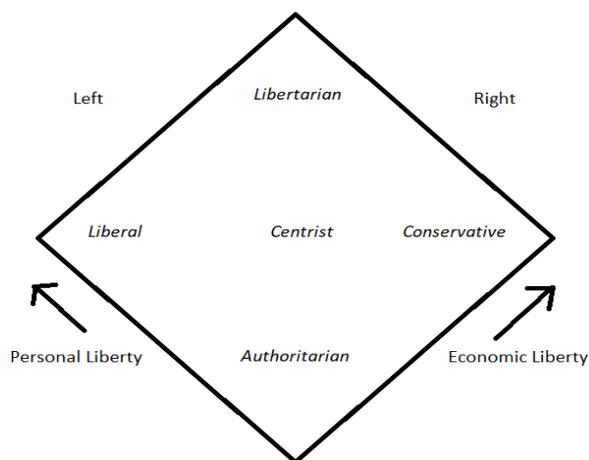
Eine weitere Ungenauigkeit eines eindimensionalen Spektrums ergibt sich für Bryson und McDill aus der Unfähigkeit des Modells die Unterschiede zwischen verschiedenen politischen Philosophien bzw. Ideologien klar zu präsentieren (vgl. Bryson/McDill 1968: 19). Beispielsweise könnte ein Regime, das äußerst konservative Sozialpolitik betreibt, aber gleichzeitig stark auf Freihandel baut, und ein anderes Regime, dass sozialpolitisch weltoffene Werte forciert, aber strenge protektionistische Wirtschaftspolitik betreibt, auf einem einfachen Links-Rechts-Schema kaum voneinander zu differenzieren sein.

„Many of these problems may be resolved by recognizing that we are in fact confusing two political issues that are quite distinct: the degree of government control that is exercised, and the direction in which that control is applied. (...) We, therefore arrive at a bi-dimensional model of the political spectrum. Position on the vertical axis represents the degree of governmental control advocated (statism vs. anarchy), and position on the horizontal axis represents the degree of egalitarianism favored (left vs. right).“ (Bryson/McDill 1968: 20-21)

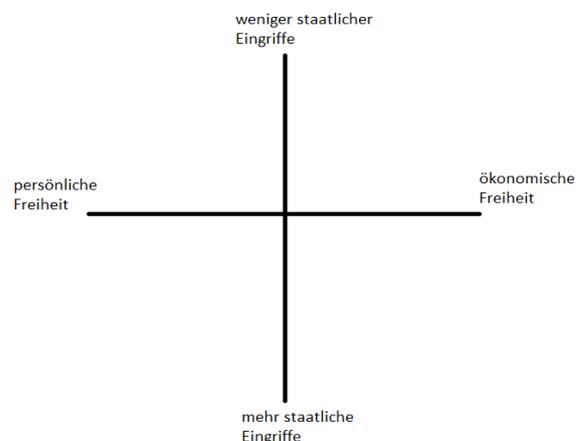


Grafik T1: Abbildung erstellt nach Bryson/ McDill (1968) „The Political Spectrum: A Bi-Dimensional Approach“

Bryson und McDills Arbeit inspirierte - zumindest indirekt - weitere „bi-dimensionale“ politische Spektren. Etwa das „Nolan-Diagramm“, entwickelt von David Nolan, dem Gründer der „Libertarian Party“ (vgl. Huebert 2010: 22-23), welches auch von ebenjener libertären Seite gerne angewandt wird. J.C. Lester beschreibt in seiner Arbeit „*The Political Compass and Why Libertarianism is not Right-Wing*“ die Vorgangsweise in Nolans Modell als „*diagrammatical distinction between economic and personal liberty*“ (Lester 1994: 232-233). Es handle sich hierbei also um zwei Arten von „Freiheit“, nämlich ökonomische und persönliche Freiheit, die die jeweiligen Achsen des Diagramms darstellen. In Lesters Version werden die Begrifflichkeiten gegen „personal choice“ und „property choice“ ausgetauscht, was allerdings vor allem auf den Wunsch nach neutraler Semantik zurückzuführen ist (vgl. Lester 1994: 232-233).



Grafik T2: Abbildung erstellt nach Nolan (1971) „Classifying and Analyzing Politico-Economic Systems“



Grafik T3: Hilfsabbildung

Um das in Grafik T2 abgebildete Nolan-Diagramm verstehen zu können, ist ein leicht an Bryson und McDills Spektrum angelehntes Hilfs-Schema (Grafik T3) nützlich. Das Nolan-Diagramm wechselt die Kategorien „links“ und „rechts“ gegen „persönliche“ und „ökonomische Freiheit“ aus, und lässt die vertikalen Kategorien „statism“ und „anarchy“ wegfallen. Allerdings wird durch die Pfeile bzw. die Rauten-Konstruktion des Spektrums (sowie durch die sich innerhalb des Schemas befindlichen politischen Ideologien) suggeriert, dass durch eine Bewegung in Richtung mehr Freiheit (egal ob persönlicher oder ökonomischer Natur) ebenfalls eine Bewegung in Richtung Libertarianismus (im Diagramm als Idealsituation der politischen Freiheit dargestellt) und somit in Richtung minimaler oder nicht-vorhandener staatlicher Kontrolle unternommen wird. Anders ausgedrückt führt in Nolans Diagramm eine Bewegung vom Mittelpunkt aus nach Westen oder Osten automatisch auch zu einer Bewegung nach Norden. Libertarianismus wäre somit ein Zustand der maximalen persönlichen und ökonomischen Freiheit.

Eine Darstellung, die nicht ohne Kritik blieb. Während Jacob H. Huebert, ein weiterer Autor mit Nähe zum Libertarianismus, das Spektrum für die Definition von „Autoritären“ und „Libertären“ lobt, da es die Begriffe in Hinsicht ihrer favorisierten Menge an staatlichen Eingriffen beschreibe (keine/minimale Eingriffe für Libertäre, und maximale Eingriffe für Autoritäre) (vgl. Huebert 2010: 23-24), kritisiert er die Ungenauigkeit einiger weiterer Positionen in dem Spektrum:

„The chart’s definition of liberal and conservative are questionable. We can perhaps see a tendency of liberals toward more personal freedom in many areas, but not all areas. Many liberals, after all, oppose the personal freedom to carry a firearm (...). And how many liberals actually call for outright legalization of drugs, prostitution or other “victimless crimes”? (...) Few conservatives call for the repeal of antitrust laws, taxation or many well-entrenched federal economic interventions.” (Huebert 2010: 23-24)

Ein weiteres Problem des Nolan-Diagramms ist die Definition der Begriffe wie „persönliche“ und „ökonomische Freiheit“, insbesondere in einem Diagramm oder politischen Spektrum, in dem sie als zwei unterschiedliche Achsen angeführt werden. Huebert stellt die Frage, ob der Verkauf von Drogen oder sexuellen Leistungen nicht in gewisser Hinsicht eine ökonomische Freiheit darstelle, und ob andererseits die

Möglichkeit der Wahl von Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen und Gehalt nicht auch eine Frage der persönlichen Freiheit sei (vgl. Huebert 2010: 24).

Ein weiteres zweidimensionales politisches Spektrum ist ein von Herbert Kitschelt angewandtes Modell. In „*The Transformation of European Social Democracy*“ aus dem Jahr 1994 beschreibt er ein Universum aller möglichen politischen Forderungen und Programmen, das sich mit den Schlagworten der französischen Revolution zusammenfassen lasse: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder „liberty, equality, fraternity“ (vgl. Kitschelt 1994: 9).

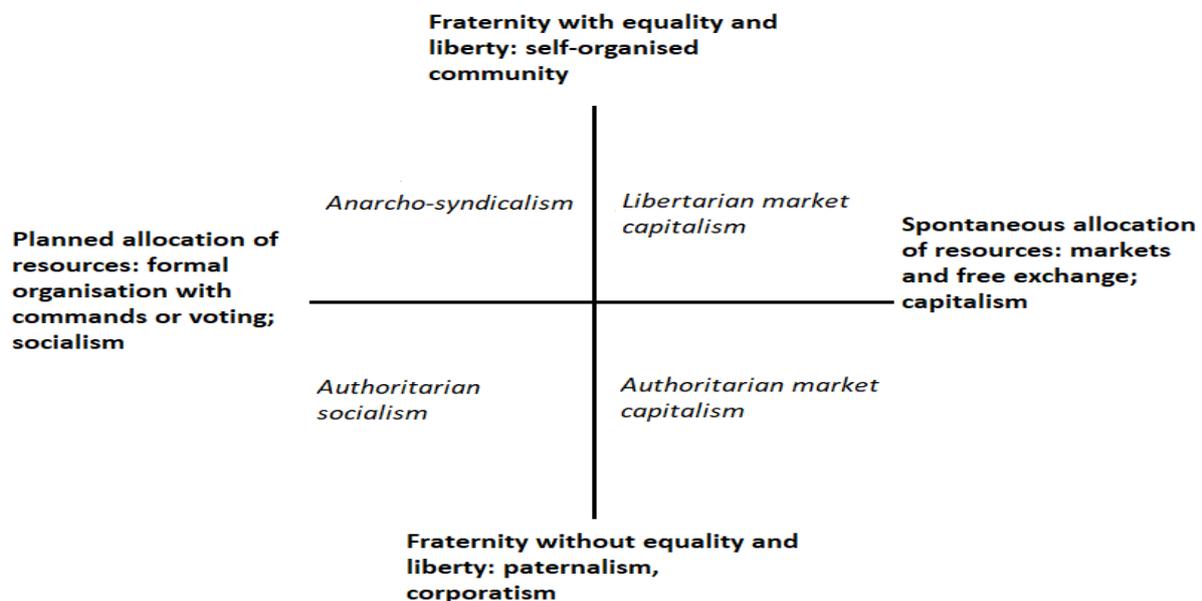
„This slogan identifies three ultimate values endorsed by most citizens, but which are difficult to combine in a single design of viable social institutions. Each value envisions societal end-states associated with different, at times complementary, but more often conflicting modes of social organization. (...) In many ways, the programmatic content of political competition in contemporary democracies constitutes nothing but the perpetual struggle to cope with the trade-offs among the three ultimate values, when citizens and their political representatives try to build actual institutions to translate them into social practice.“ (Kitschelt 1994: 9)

Um jene drei Werte, die sich in konstantem Tauziehen befänden, baut Kitschelt sein Modell eines zweidimensionalen politischen Spektrums auf. Auf der Ebene der Freiheit (oder Liberty) sieht er die Möglichkeiten des freien und freiwilligen Tauschs von Gütern auf dem Marktplatz als einen der wichtigsten Modi der individuellen menschlichen Interaktion. Die Ebene der Gleichheit dagegen baue, so Kitschelt, auf formelle, kollektiv und zentralisiert organisierte Mechanismen, die für Verteilung von Gütern verantwortlich seien, und an die alle Mitglieder gebunden seien (vgl. Kitschelt 1994: 9). Daraus ergibt sich eine Achse, auf der ein Spannungsverhältnis zwischen formell organisierten und freien Marktmechanismen, oder auch kollektiver und individueller Entscheidungsfreiheit, abgebildet wird. Laut Kitschelt sind die zwei Prinzipien „liberty“ und „equality“ mit rivalisierenden Organisationsformen in Verbindung zu bringen (vgl. Kitschelt 1994: 9). Durch das dritte Prinzip, „fraternity“ erhält das Modell nun eine zweite Dimension:

„The third ultimate value, fraternity, and the axiological principle that drives its institutionalization, community, cannot be accommodated within the same ideological continuum as equality and liberty, but constitutes an independent

dimension that cross-cuts alternatives on the "distributive" axis of political conflict." (Kitschelt 1994: 9)

Wie aus Grafik T4 hervorgeht, ist die Spannung auf der Achse der „fraternity“ (nicht unähnlich der Spannung auf der horizontalen Achse zwischen „liberty“ und „equality“) vor allem auf die jeweils angestrebte Organisation(-sform) zurückzuführen. Während eine Seite auf eine selbstorganisierte individualisierte Gemeinschaft abzielt, versucht die Gegenseite eine, über individuellen Freiheiten stehende, kollektivierte Gemeinschaft zu postulieren.



Grafik T4: Abbildung erstellt nach Kitschelt (1994) „The Transformation of European Social Democracy“

Zusammenfassend sei erwähnt, dass es noch weitere politische Spektren gäbe, die hier beschrieben werden könnten. Für die Arbeit wurden ebenjene Klassifizierungssysteme gewählt, die nicht nur durch ihre Herleitung und Erklärung dienlich sind, sondern die ebenso in ihrer Funktionsweise interessante Einblicke in den konkreten Untersuchungsgegenstand liefern können. Ein weiterer wichtiger Punkt, der alle hier beschriebenen zweidimensionalen politischen Spektren miteinander vereint, ist ihr Fokus auf ökonomische Freiheiten bzw. angestrebte Marktmechanismen auf der einen Achse und die Frage nach der Intensität von staatlichem (oder generell zentral organisiertem) Einfluss/ Kontrolle auf der anderen Achse. Dies ist auch für das in weiterer Folge angewandte zweidimensionale Spektrum relevant.

3.3 Das zweidimensionale politische Spektrum dieser Arbeit

Um die erwähnten Probleme diverser zweidimensionaler politischer Spektren (insbesondere jene der Achsenwahl bzw. Achsendefinition) zu umgehen, wurde für diese Arbeit ein anderer Ansatz gewählt. Wie im Methodenteil genauer erläutert wird, bietet die *Political Claims Analysis* die Möglichkeit, eine „offene“ Liste der in den Daten vorkommenden Aussagen (bzw. Themen oder Ausrichtungen) zu führen. „Offen“ bedeutet in diesem Fall, dass die Liste nicht im Vorhinein erstellt wurde und somit unabänderlich ist. Vielmehr handelt es sich um eine Liste, die im Laufe der Datenauswertung (und somit mit steigendem Erkenntnisgewinn) erweitert werden kann. Ähnlich „offen“ fand auch die Bestimmung der jeweiligen Achsen des verwendeten zweidimensionalen Spektrums statt. Man stelle sich vor, man wolle (wie es in dieser Arbeit der Fall ist) eine sehr konkrete politische Thematik bearbeiten: Die Achsen von Bryson und McDill („statism vs. anarchy“ und „left vs. right“) (vgl. Bryson/McDill 1968: 20-21) erweisen sich beispielsweise – wenn sie auch nicht gänzlich unbrauchbar sind – als nicht unbedingt geeignet. Je nachdem um welches Thema oder auch um welche Region oder Zeitperiode es sich handelt, gibt es durchaus hilfreichere Rahmen für ein Spektrum, wie auch Bryson und McDill selbst festhalten:

„Finally, it should be noted that while the two axes used in the discussion here appear to be the most useful ones in general, they are not exhaustive. Under some circumstances, issues which cannot be categorized as left-right or statist-anarchist, and which are in fact independent of these axes, can become important. A clerical-anticlerical axis has always been relevant to French politics, and was vitally important to the United States in 1928.” (Bryson/McDill 1968: 26)

Anders ausgedrückt besteht die Gefahr, für ein politisches Spektrum seine Achsen im Vorhinein zwar sehr durchdacht gewählt zu haben, aber im Laufe der Datensammlung zu erkennen, dass sie die vorkommenden Inhalte doch nicht gänzlich umschließen. Oder – genauso problematisch – sie derart breitläufig umfassen, dass die angestrebte Darstellung kaum konkrete Erkenntnisse zulässt; zwei perfekt geschliffene optische Linsen, die dennoch falsch eingestellt sind.

Es handelt sich bei dem für diese Arbeit erstellten zweidimensionalen politischen Spektrum um ein auf Bryson und McDill basierendes politisches

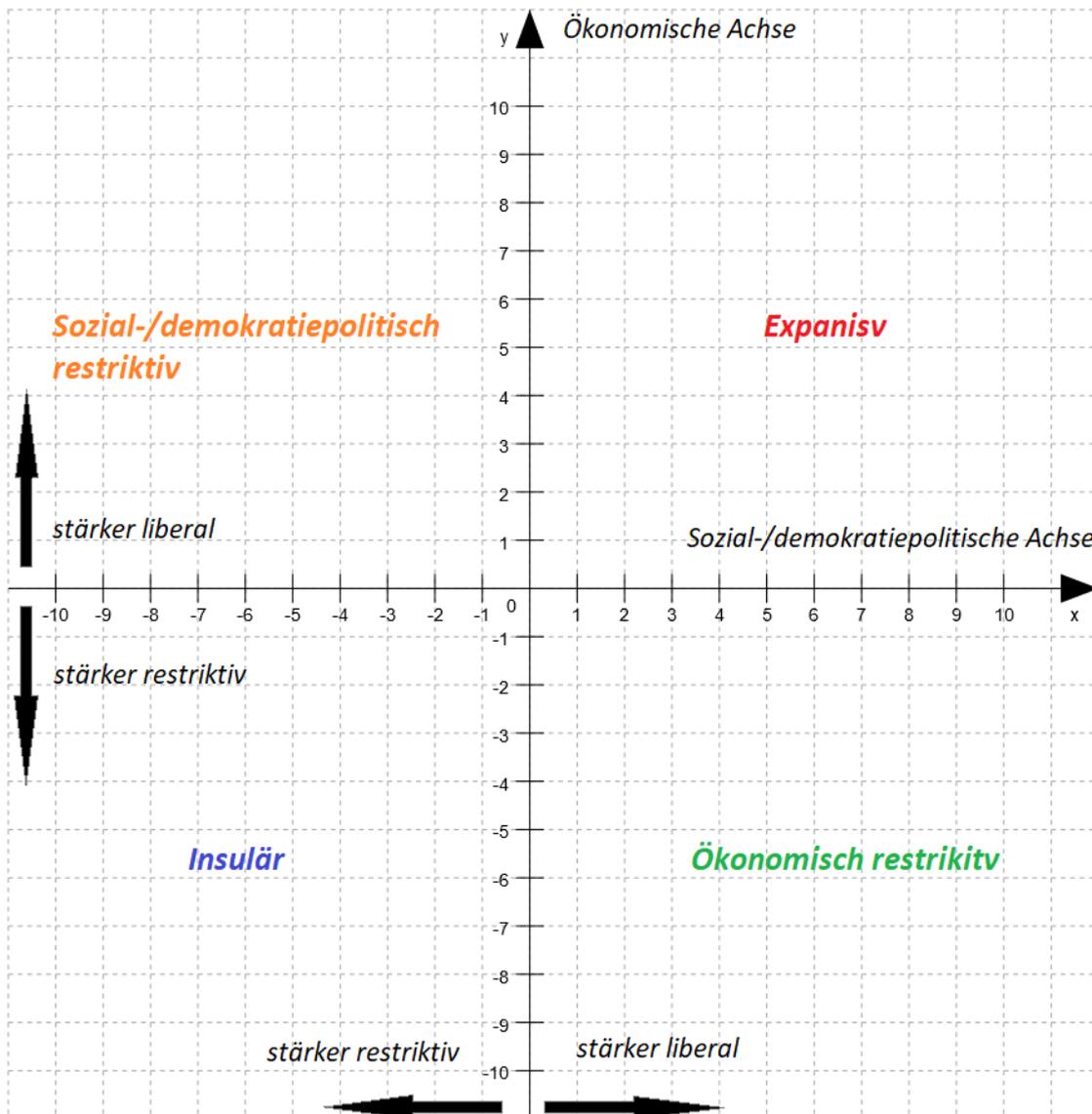
Klassifizierungssystem, das seine zwei Achsen jedoch im Sinne der Genauigkeit erst nach der Datenanalyse bestimmt.

3.3.1 Idealtypische Haltungstypologien

Wie sich bereits gezeigt hat, beinhalten politische Spektren oftmals auch Zuschreibungen für die Positionen innerhalb der jeweiligen Teilbereiche des Schemas; etwa „Classical marxism“ für die Position im linken unteren Quadranten in Bryson/McDills zweidimensionalem Spektrum, oder „Libertarian“ für die obere Spitze der Raute im Nolan-Diagramm (siehe Grafik T1 und Grafik T2). Wenn auch ihr Wert vor allem beschreibend und weniger erklärend ist, dienen die Spektren dennoch einem tieferen Verständnis und einer weiteren Verdeutlichung der ihnen zugrunde liegenden Positionen/Haltungen, die sich aus der Analyse der Daten ergeben.

Da nun für diese Arbeit eigene, den Daten entsprechende Achsen gewählt wurden, braucht es auch passende idealtypische Haltungstypologien. In *„Die Antiquiertheit von Links und Rechts“* aus dem Jahr 2011 spricht Johannes Heinrichs indirekt von einem zweidimensionalen politischen Schema, das *„(...) durch eine Kombination zweier Begriffspaare (in diesem Fall „egalitär“ und „freiheitlich“), d.h. eine Kreuztabellierung, vier Unterscheidungen (...)“* entstehen würden. (Heinrichs 1/2011: 3, Internetquelle abgerufen am 03.01.2021) Er teilt diese Unterscheidungen in: *1. extreme Linke: egalitär und zugleich autoritär; 2. linke Mitte: egalitär und freiheitlich; 3. rechte Mitte: freiheitlich und nichtegalitär; 4. extreme Rechte: antiliberal und antiegalitär* (Heinrichs 1/2011: 3, Internetquelle abgerufen am 03.01.2021).

Eine solche Unterteilung in vier idealtypische Haltungstypen erscheint in einem (koordinatensystembasierten) zweidimensionalen politischen Schema äußerst sinnvoll. Dementsprechend wurden im verwendeten Spektrum vier idealtypische Haltungstypologien identifiziert.



Grafik T5: Haltungstypen im zweidimensionalen politischen Spektrum dieser Arbeit

Wie Grafik T5 zeigt, handelt es sich um ein Koordinatensystem, dessen Grenzen auf beiden Achsen von -10 (sehr restriktiv) bis +10 (sehr liberal) reichen (dies dient lediglich der Visualisierung, für die tatsächliche Analyse wurde im Rahmen von -1 bis +1 gearbeitet und die Daten werden in weiterer Folge auch in diesem Rahmen angeben). Die vertikale Y-Achse beschreibt die ökonomische Haltung von sehr restriktiv bis sehr liberal. Die horizontale X-Achse beschreibt die sozial-/demokratiepolitische Achse, ebenso von sehr restriktiv bis sehr liberal (wie „restriktiv“ und „liberal“ für diese Arbeit definiert werden, wird im Kapitel 4: Methode noch genau beleuchtet). In der Grafik wurden bereits die vier Haltungstypen eingefügt. Sie lauten, in Anlehnung

an Vink und Bauböck⁴: „*Insulär*“, „*Expansiv*“, „*Sozial-/demokratiepolitisch restriktiv*“ und „*Ökonomisch restriktiv*“ (vgl. Vink/ Bauböck 2013: 638-639).

1. *Insulär*: Eine Haltung, die sich sowohl in sozial-/demokratiepolitischen als auch in ökonomischen Fragen „restriktiv“ darstellt. Unter die Haltungstypologie „*Insulär*“ fällt damit generell jede Haltung, die auf der ökonomischen Y-Achse sowie der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse einen Wert aufweist der kleiner als 0 ist. Dabei kann unter einer „eher restriktiven“ (die Werte auf beiden Achsen sind nicht kleiner als -0,25), „restriktiven“ (die Werte auf beiden Achsen bewegen sich von -0,26 bis -0,75) und „sehr restriktiven“ (die Werte auf beiden Achsen erreichen -0,76 und darunter) Haltung unterschieden werden. Sollten die beiden Achsenwerte in zwei unterschiedliche Kategorien fallen (also der X-Wert in die „eher restriktive“ und der Y-Wert in die „sehr restriktive“ Kategorie), wird die „extremere“ oder „stärkere“ Position für die Bezeichnung herangezogen. Ein Haltungswert von: $X=-0,2/ Y=-0,9$ würde beispielsweise als „ökonomisch fokussierte sehr restriktive insuläre Haltung“ klassifiziert werden. Ein Wert von $X=-0,2/ Y=-0,1$ würde als „eher restriktive insuläre Haltung“ bezeichnet werden, da die Werte auf beiden Achsen sich in derselben „eher restriktiven“ Kategorie befinden.

2. *Expansiv*: Eine Haltung, die sich sowohl in sozial-/demokratiepolitischen als auch in ökonomischen Fragen „liberal“ zeigt. Unter die Haltungstypologie „*Expansiv*“ fällt somit jede Haltung, die auf der ökonomischen Y-Achse sowie der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse einen Wert aufweist, der größer als 0 ist. Dabei kann unter einer „eher liberalen“ (die Werte auf beiden Achsen sind nicht größer als 0,25), „liberalen“ (die Werte auf beiden Achsen bewegen sich von 0,26 bis 0,75) und „sehr liberalen“ (die Werte auf beiden Achsen erreichen mindestens 0,76) Haltung unterschieden werden. Sollten die beiden Achsenwerte in zwei unterschiedliche Kategorien fallen, wird auch hier die „extremere“ oder „stärkere“ Position für die Bezeichnung herangezogen. Zum Beispiel: $X=0,6/ Y=0,1$ würde als „sozial-/demokratiepolitisch fokussierte liberale expansive Haltung“ kategorisiert werden. $X=0,2/ Y=0,4$ dagegen als „eher liberale expansive Haltung“.

⁴ Es sei hier angemerkt, dass diese Anlehnung an Vink/Bauböck nicht aufgrund einer allzu starken theoretischen Überschneidung, sondern Aufgrund der Inspiration, die der Text bei der Themenfindung für diese Arbeit geliefert hat, gewählt wurde.

3. Sozial-/demokratiepolitisch restriktiv: Eine Haltung, die sich in sozial-/demokratiepolitischen Fragen „restriktiv“ und in ökonomischen Fragen „liberal“ darstellt. Unter die Haltungstypologie „Sozial-/demokratiepolitisch restriktiv“ fällt also generell jede Haltung, die auf der ökonomischen Y-Achse einen Wert aufweist, der größer als 0 ist, und gleichzeitig auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse einen Wert aufweist der kleiner als 0 ist. Es kann hier, im Gegensatz zu den oberen beiden Haltungstypologien, sowohl zwischen den Kategorien „eher restriktiv“, „restriktiv“ und „sehr restriktiv“ auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse als auch den Kategorien „eher liberal“, „liberal“ und „sehr liberal“ auf der ökonomischen Y-Achse (alle in denselben Werterahmen) unterschieden werden. Ein Wert $X=-0,8/ Y=0,1$ würde somit als „ökonomisch eher liberale und sozial-/demokratiepolitisch sehr restriktive Haltung“ bezeichnet werden.

4. Ökonomisch restriktiv: Eine Haltung, die sich in sozial-/demokratiepolitischen Fragen „liberal“ und in ökonomischen Fragen „restriktiv“ präsentiert. Unter die Haltungstypologie „ökonomisch restriktiv“ fällt somit jede Haltung, die auf der ökonomischen Y-Achse einen Wert aufweist, der kleiner als 0 ist und gleichzeitig auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse einen Wert aufweist, der größer als 0 ist. Es kann hier zwischen den Kategorien „eher restriktiv“, „restriktiv“ und „sehr restriktiv“ auf der ökonomischen Y-Achse als auch den Kategorien „eher liberal“, „liberal“ und „sehr liberal“ auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse unterschieden werden. Ein Wert $X= 0,5/ Y=-0,5$ würde somit als „sozial-/demokratiepolitisch liberale und ökonomisch restriktive Haltung“ bezeichnet werden.

Abschließend sollte angemerkt werden, dass die beschriebene Einteilung von 0 bis +/- 0,25; +/-0,26 bis +/-0,75 und +/-0,76 bis +/-1 (also zwischen „eher restriktiv/ liberal“, „restriktiv/ liberal“ und „sehr restriktiv/ liberal“) die Mittelkategorie „restriktiv/liberal“ proportional bevorzugt. Dies wurde bewusst so gewählt, um die, numerisch gesprochen, „extremere“ Haltungen (also jener näher an „0“ bzw. „+/-1“) auch in den Haltungskategorien leichter als solche identifizieren zu können bzw. auch um einen akzeptableren Schnittpunkt zwischen der Mittelkategorie („restriktiv/liberal“) und den anderen Kategorien („sehr“ und „eher“) zu erhalten. Beispielsweise erscheint es bei knappen Unterscheidungen zwischen Partei A mit Wert $X=0,75$ und Partei B mit Wert $X=0,76$ angemessener, Partei A als „liberal“ und Partei B als „sehr liberal“ zu kategorisieren, als (unter proportional ausgeglichener Einteilung der Mittelkategorie in

Schritten zu je 0,33) Partei C ($X=0,66$) als „liberal“ und Partei D ($X=0,67$) bereits als „sehr liberal“ zu kategorisieren.

Wie und mit welcher Methode nun die Daten für das zweidimensionale politische Spektrum erhoben und analysiert wurden, und wie sich „Parteipositionen“ bzw. „Haltungen“ in das Schema einfügen lassen (und sich in den erstellten Haltungstypologien widerspiegeln), wird in den folgenden Abschnitten erläutert.

4. Methode

4.1 Die political claims analysis

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf den Haltungen der österreichischen Parteien bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik und deren Entwicklung. Um diese Haltungen bestmöglich untersuchen zu können, wurde die Methode der *political claims analysis* (PCA) gewählt, welche in entscheidendem Maße von Ruud Koopmans und Paul Statham geprägt wurde. Im folgenden Kapitel soll die Methode und ihre Anwendung in dieser Arbeit, beschrieben werden. Der erste Schritt hierzu, führt zunächst über die Frage: Was ist ein *political claim*?

4.1.1 Ein political claim

Ruud Koopmans beschreibt einen *political claim* als eine Einheit einer strategischen Aktion im öffentlichen Raum (vgl. Koopmans 2002: 2). In „Codebook for the analysis of political mobilisation and communication in European public spheres“ hält er zur Struktur von *claims* fest:

„It consists of the expression of a political opinion by some form of physical or verbal action, regardless of the form this expression takes (statement, violence, repression, decision, demonstration, court ruling, etc. etc.) and regardless of the nature of the actor (governments, social movements, NGO’s, individuals, anonymous actors, etc. etc.). Note that decisions and policy implementation are defined as special forms of claim-making, namely ones that have direct effects on the objects of the claim.“ (Koopmans 2002: 2)

Koopmans teilt *claims* dabei in sieben Elemente. 1.: Wann und wo wird ein *claim* getätigt? (*WHEN, WHERE*). 2.: Wer tätigt den *claim*? (*WHO*). 3.: In welcher Form wird der *claim* getätigt? (*HOW*). 4.: An wen wird der *claim* gerichtet? (*AT WHOM*). 5.: Um welches Thema handelt es sich? (*WHAT*). 6. Für/gegen wen ist er gerichtet (*FOR/AGAINST WHOM*), und 7.: warum bzw. in welchem Kriterium/Frame befindet er sich? (*WHY*). (Koopmans 2002: 2)

Claims können somit eine ausgedehnte Form des politischen Ausdrucks beschreiben. Hier muss angemerkt werden, dass diese Arbeit nur eine begrenzte Form von *claims-making* (auf der *HOW-Ebene*) und ebenso nur eine eingeschränkte Art von Akteur*innen (auf der *WHO-Ebene*) erfassen wird: Pressemitteilungen (*HOW*) der über einen längeren Zeitraum im Parlament vertretenen politischen Parteien (*WHO*). Dies

entspricht dem Forschungsinteresse der Arbeit und eine Erweiterung um zusätzliche Aspekte wäre im Rahmen einer Masterarbeit nicht umsetzbar. Dementsprechend kommt es bei der Codierung der *claims* zu einigen Anpassungen, was in kommenden Abschnitten erläutert wird.

4.2 Begründung der Methodenwahl

Mit „*Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches*“ haben Koopmans und Statham nicht nur ein Hauptwerk der PCA verfasst, tatsächlich beschreiben sie in dem Text auch, wie die Methode entwickelt wurde (vgl. Koopmans/Statham 1999).

Der Ausgangspunkt für die PCA bildet die *political event analysis* (PEA), welche auf methodische Weise versucht, Daten aus Unruhen, Streiks, Demonstrationen und ähnlichen Protesten sowie Unmutsbekundungen der Bevölkerung zu produzieren (vgl. Koopmans/Statham 1999: 2). Allerdings argumentieren Koopmans/Statham, dass das erklärende Potential solcher „Protest-Daten“ in vielen Bereichen zu limitiert sein könne. Sie kritisieren, dass mittels der Methode der PEA nur ein „physischer Protest“, also z.B. in Form einer Menschenansammlung vor dem Gebäude einer kritisierten Veranstaltung im Zuge einer Demonstration wirklich untersucht werden könne. Der „diskursive Protest“, der sich etwa in Form einer Stellungnahme äußert, werde dabei zu stark vernachlässigt (vgl. Koopmans/Statham 1999: 4-5). Dies führe dazu, dass die Methode Schwierigkeiten habe, ihre gesammelten Daten mit anderen Variablen in Verbindung zu setzen, was aufgrund der eben beschriebenen „physischen“ anstatt „diskursiv-interpretativen“ Natur der Daten oftmals von Nöten wäre (vgl. Koopmans/Statham 1999: 5 und 20). Koopmans und Statham versuchen also die Probleme der *political event analysis* zu umgehen, indem sie die Methode erweitern:

„In designing this internationally comparative project, we explicitly set out to move beyond a protest event design, firstly, by systematically coding discursive dimensions, so that the focus shifted from "protest" to "political claims making", and secondly, by coding all actions by all actors which are relevant to our political issue field, (...).“ (Koopmans/Statham 1999: 3)

Koopmans und Statham beschreiben somit für die PCA zwei zentrale Vorteile. Erstens können diskursive *claims* codiert werden, die das tatsächliche Resultat von strategischen Aktionen von Akteur*innen in der Öffentlichkeit sind. Dadurch können

„diskursive *claims*“ mit „physischen *claims*“ (Koopmans/Statham 1999: 5) in Verbindung gebracht und besser erklärt werden. Zweitens können über die gesammelten Daten individuelle Diskurse in einen repräsentativen Kontext gesetzt werden (vgl. Koopmans/ Statham 1999: 19-20).

Natürlich sind auch dieser Methode Grenzen gesetzt. Insbesondere wenn die PCA sich auf Datenerhebung aus der Zeitung bezieht, so wie sie ursprünglich von Koopmans/Statham beschrieben wurde. Nachrichtenartikel können, abhängig von der Berichterstattung, nicht immer die gewünschte diskursive Genauigkeit garantieren. Aber eine Ausweitung des Samples auf alle Formen des *claims-making* durch alle Akteur*innen würde die Codierung der gesamten Zeitung bedeuten, was für die durchschnittlich untersuchten Zeiträume selbst mit größeren Forschungsteams unmöglich erscheint (vgl. Koopmans/ Statham 1999: 23).

Die Entscheidung, welche Methode verwendet wird, liegt – wie immer – am Feld, sowie dem spezifischen Thema, das man untersuchen möchte, und auch daran, welches Forschungsinteresse man verfolgt. Die *political claims analysis* ist für das in dieser Masterarbeit verfolgte Thema und für das erwähnte Forschungsinteresse die richtige Methode, was im folgenden Abschnitt weiter ausgeführt wird.

4.2.1 PCA und Parteipositionen

Wieso eignet sich diese Methode nun für die auf Parteipositionen fokussierte Arbeit, wo doch Koopmans und Statham selbst festhalten, dass es eine der Stärken ihrer Methode sei, *claims-making* und Protest in einem breiten und multi-organisationalem Politikfeld zu untersuchen (vgl. Koopmans/Statham 1999: 23-24)? Die Antwort stammt von den beiden Forschern selbst:

„Our data also allows us to present detailed information on the positions of specific actors with regard to specific issues (e.g., the Bavarian government with regard to the issue of liberalizing citizenship legislation, or Islamic organizations with regard to the issue of religious education in schools). At a higher level of aggregation, it is possible to look at the positioning of different actors in broader policy fields such as asylum politics.“ (Koopmans/ Statham 1999: 14)

Die Analysemethode erlaubt es, nicht nur einen Blick auf die Positionen diverser Akteur*innen zu werfen, sondern ermöglicht es ebenfalls, einen Vergleich zu ziehen, entweder zwischen den Positionierungen (vgl. Koopmans/Statham 1999: 15) von

Parteien oder auch auf einer Zeitachse. Somit ist die PCA besonders hilfreich, für das verfolgte Forschungsinteresse dieser Arbeit. Natürlich könnte sich diese Arbeit anstelle des *claims-makings* von Parteien auch mit jenem von Organisationen aus der Zivilgesellschaft beschäftigen. Doch Koopmans/Statham halten fest, dass gerade die Parteipositionierungen (oder Positionen von diversen Individuen innerhalb der Parteien) einen äußerst relevanten Einfluss auf die Richtung haben, in welche sich ein Politikfeld auf legislativer Ebene bewegt (vgl. Koopmans/Statham 1999: 15).

4.3 Durchführung der political claims analysis

Grundsätzlich nimmt die Durchführung der PCA starken Bezug auf die *protest event analysis*. Es werden nur die tatsächlichen Aussagen codiert und keine Kommentare, die - etwa von Redakteur*innen hinzugefügt wurden (vgl. Koopmans/Statham 1999: 8). Da in dieser Arbeit nur Pressemitteilungen analysiert werden, ist dieser Punkt von zunächst geringerer Bedeutung. Relevant ist dabei aber dennoch, dass die Untersuchungseinheit eine Instanz des *claims-making* ist und nicht ein gesamter Artikel. Dies bedeutet, dass in einer Pressemitteilung mehrere Instanzen des *claims-making* vorkommen können. Bezüglich des semantischen Gehalts von *claims*, orientiert sich diese Studie erneut an Koopmans und Statham:

„(...) for each act we coded up to three aims or demands, up to two (causal or symbolic) frames, and the actors on whom demands are made (addressee) or who are objects of criticism. Actors, aims and frames were not coded with reference to pre-defined, "closed" category systems, but on the basis of "open" code lists that could be extended by the coders, each time a new actor, aim or frame, appeared. We chose this strategy to retain as much as possible of the original content of claims.“ (Koopmans/Statham 1999: 9)

Diese „offene“ Codierung wird gewählt, da es unter den Untersuchungsbedingungen äußerst schwierig ist, ein vorgefertigtes Kategoriensystem anzuwenden. Es würde eine Menge an bereits bestehendem Wissen (über *alle* möglichen Ausformungen und Inhalte der *claims*) voraussetzen, welche sich nicht im Rahmen des Möglichen befindet. Weiters ergibt sich mit der „offenen“ Variante der Vorteil, Datenmaterial zunächst möglichst „roh“ belassen zu können, da es ohnehin nachcodiert werden kann. Dies ist ebenfalls wichtig, da funktionell und inhaltlich kongruente Forderungen bei der ersten Codierung nicht automatisch als solche erkannt werden können. Hierbei

spielen beispielsweise Sprache oder auch Ausdrucksform der jeweiligen Akteur*innen eine Rolle (vgl. Koopmans/Statham 1999: 9).

4.3.1 Zuordnung der Daten in einem politischen Spektrum

Leifeld und Haunss beschreiben die *political claims analysis* als den Versuch, die fehlende Verbindung zwischen Akteur*innen und Inhalten im Diskurs herzustellen. Die PCA überwinde die Schwächen der *protest event analysis*, indem eine spezifische Methode zur Sammlung und Klassifikation von Daten angewandt werde. Dabei sollen nicht nur Daten von Akteur*innen und Formen der Aktion im Diskurs zusammengetragen werden, es soll zudem eine Interpretation durch die Akteur*innen im Konflikt miteinbezogen werden (vgl. Leifeld/ Haunss 2010: 5). Da die in den *claims* geäußerten Standpunkte der Akteur*innen in die Analyse eingebaut werden, erleichtert dies die Positionierung jener Akteur*innen, etwa in einem eindimensionalen (vgl. Leifeld/ Haunss 2010: 6) aber auch in einem zweidimensionalen politischen Spektrum und dementsprechend auch in einem selbst herausgearbeiteten Koordinatensystem.

Das Koordinatensystem dient dazu, eine Visualisierung und eine eindeutige Einordnung der Parteipositionen zu ermöglichen. Ähnlich dem zweidimensionalen politischen Schema wie es Stadlmair in seiner Arbeit „*Party Positions on Economic Criteria for Naturalization in Austria*“ nützt, um die grundsätzlichen Positionierungen der großen österreichischen Parteien zu veranschaulichen (vgl. Stadlmair 2018a: 64), soll auch hier eine zwei-dimensionale Typologie von Parteipositionen verwendet bzw. erstellt werden. Allerdings, und dies ist hier von entscheidender Bedeutung und erklärt auch die Verwendung eines selbsterarbeiteten Koordinatensystems, bezieht sich die Einordnung spezifisch auf das *claims-making* der Parteien bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik, und ergibt sich aus den für die Arbeit analysierten Daten. Ein eher allgemein gültiges Schema würde wohl eine verzerrende Wirkung auf die Darstellung der Ergebnisse haben.

Die zwei Achsen des Koordinatensystems ergeben sich aus der positiven bzw. negativen Wertung der Kriterien/Frames anhand der Frame-Liste (Grafik M1), welche während der Analyse erarbeitet wurden. Wie bereits angesprochen, wurde die Codierung „offen“ gestaltet, wodurch alle vorkommenden Frames, ihrem Inhalt entsprechend berücksichtigt werden konnten. Es ergab sich folgende Tabelle:

ACHSE	KRITERIUM/FRAME	BESCHREIBUNG
X	Aberkennung	Forderung zu erleichterten (-)/ erschwerten (+) Aberkennungsmöglichkeiten der Staatsbürgerschaft (STB)
X	Asyl	Asyl darf kein Faktor (-)/ soll ein Faktor (+) für erleichterte STB-Erlangung sein
X	Aufenthalt	Forderung nach verlängertem (-)/ verkürztem (+) Fristen vor STB-Erlangung; oder Forderung nach durchgängigem (+) nichtdurchgängigem (-) Pflichtaufenthalt
X	Bürgerrechte	(lokale) Wahlrechte pro (-)/ kontra (+) nur für Staatsbürger; pro (+)/ kontra (-) „Stadtbürgerschaft“ mit div. Erleichterungen
X	DSP	Doppelstaatsbürgerschaft pro (+)/ kontra (-)
X	Familie	Erleichterung/Hilfe (+) vs. Erschwerung/Ablehnung von Familiennachzug für Eingebürgerte (-)
X	Herkunft	Bezug zu religiösen/kulturellen/ethnischen Faktoren: Vorteile Multikultur, Antidiskriminierungsmaßnahmen (+) /Gefahr der Überfremdung und Parallelgesellschaft (-)
X	Integration	Integration (Sprache, Kultur etc.) muss vor STB erfolgen (-); erleichterte STB führt zu leichter Integration (+)
X	Ius Sanguinis	Pro Ius Sanguinis/ kontra Ius Soli (-); Kontra Ius Sanguinis/ pro Ius Soli (+)
X	Sicherheit	Erhöhte Einbürgerung führt zu Sicherheitsproblemen; „Import von Terrorismus“ (-)
X	Service	Forderung (+)/ Ablehnung (-) von Orientierungshilfen, gratis Deutschkursen etc. für Einbürgerungswillige
X	Soziales Engagement	(Höhere) verpflichtende Anforderungen an sozialem Engagement vor Einbürgerung (-); keine/geringere Anforderungen an verpflichtendem Engagement vor Einbürgerung (+)
X	Testung	Pro (-)/ kontra (+) Tests zur Ermittlung von Wissen zu Sprache/ Kultur/ Geschichte/ Werten als Anforderung für STB-Erlangung
Y	Arbeitsmarkt	Einbürgerungen als Chance (+)/ Gefahr (-) für den Arbeitsmarkt
Y	Ausbildung	(künftig) Eingebürgerte haben schlechtere Ausbildung/Fähigkeiten/Qualifikationen: ja (-)/ nein (+)
Y	Gebühren	Forderung von höheren (+)/ niedrigeren (-) Einbürgerungsgebühren
Y	Öko. Situation	Bedrohung von Sozialsystem/ Wirtschaft/ Wohnraum etc. durch schlechtere ökonomische Situation von (künftig) Eingebürgerten (-); Forderung niedriger/keiner Einkommensanforderungen bzw. Unterstützung von einbürgerungswilligen Niedrigverdienern, Alleinerziehern und Menschen mit Behinderung (+)
X/Y	STB-Allgemein	Allgemeine Aussage zu Liberalisierung (+)/Verschärfung (-) von Staatsbürgerschaftskriterien, <i>nur</i> codiert wenn kein anderes Kriterium auf <i>beiden</i> Achsen vorhanden

Grafik M1

Anhand der Analyse der herausgearbeiteten Frames ergaben sich zwei Achsen für das Koordinatensystem: X=sozial-/demokratiepolitische Achse; Y=ökonomische Achse. Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass die Anzahl der jeweiligen Kriterien/Frames pro Achse stark divergieren. Auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse befinden sich über zehn Kriterien/Frames, während auf der ökonomischen Y-

Achse weniger als fünf Kriterien/ Frames zuweisbar sind (siehe Grafik M1). Dies trägt vielmehr der größeren inhaltlichen Breite Rechnung, die auf der sozial-/demokratiepolitischen Achse erkennbar ist, denn eine größere Relevanz der einen Achse gegenüber der anderen aufzuzeigen. Während der Beschreibung der Analyse wird deutlich werden, dass die entscheidende thematische Spaltung bei Staatsbürgerschaftsfragen anhand besagter zwei Achsen verläuft.

Es wurde also für das WHY-Element die Zuordnung zum jeweiligen Frame (welcher einer der beiden Achsen angehört) mittels eines Zahlenwerts markiert, sowie eine Wertung (in der Spalte X/Y-Werte) hinzugefügt. Anhand der Anzahl der geäußerten *claims* und ihrer Zugehörigkeit zu den jeweiligen Frames wurden die Positionen innerhalb der Achsen des Koordinatensystems zugeordnet. Dies erforderte die Zuweisung von Zahlenwerten und eine genaue Messbarmachung, welche im folgenden Kapitel erläutert wird.

4.3.2 Operationalisierung

Ein *claim* besteht immer aus mindestens einer Haltung/Position, aber maximal aus zwei Haltungen/Positionen auf der X/Y-Achse (zusammengesetzt aus beliebig vielen Kriterien/Frames). Die codierten Kriterien werden entsprechend ihres Inhalts mit einem Zahlenwert versehen, der entweder „-1“ für „restriktiv“, „0“ für „neutral“/ „ambivalent“ oder „+1“ für „liberal“ ausmacht, und bestimmen somit die jeweilige Haltung/Position, die in diesem *claim* eingenommen wird.

Ein Beispiel: Ein *claim* beinhaltet die Ablehnung der Doppelstaatsbürgerschaft, abgekürzt „DSP“ (X-Achse), und beinhaltet in derselben Instanz des *claims-makings* auch die Aussage, dass keine finanziellen Anforderungen an Staatsbürgerschafts-Anwärter gestellt werden (Y-Achse) sollten. In dieser Aussage tauchen somit die zwei Kriterien „DSP“ und „Öko. Situation“ auf. Zu „DSP“, ein Kriterium der X-Achse, wurde eine als „restriktiv“ (siehe Grafik M1) zu-wertende Aussage getätigt, zur „Öko. Situation“ wurde eine als „liberal“ (Grafik M1) zu-wertende Aussage getätigt. Es ergibt sich ein Gesamthaltungswert von -1/+1 (also -1 für die X-Achse und +1 für die Y-Achse).

Ein zweites Beispiel: Ein *claim* fordert eine verlängerte Aufenthaltsdauer, bevor das Ansuchen für die Staatsbürgerschaft ermöglicht werden kann. Hier findet sich somit nur ein Kriterium: „Aufenthalt“. Es befindet sich auf der X-Achse und ist als „restriktiv“

(Grafik M1) zu werten. Somit ergibt sich ein Gesamthaltungswert von $-1/x$. Das „x“ steht hierbei für „nicht vorhanden“, da keine Haltung zu einem Kriterium der Y-Achse getätigt wurde. Es ist von einer „0“ wie in $-1/0$ zu unterscheiden, da „0“ für „neutrale“ und „ambivalente“ Aussagen verwendet wird. Dies wäre der Fall, wenn innerhalb eines *claims* mehrere Kriterien derselben Achse unterschiedliche Ausrichtungen (als -1 und +1) annehmen würde: Sinngemäß wäre dies also eine ambivalente Aussage, was jedoch selten zu beobachten war. Häufiger dagegen werden „neutrale“ Aussagen bezüglich Kriterien getätigt, welche anhand des Schemas in Grafik M1 nicht als „restriktiv“ oder „liberal“ zuzuordnen sind. Hier würde ebenfalls „0“ als Haltungswert codiert.

Diese Zuweisung von Zahlenwerten, welche für die Ermittlung der Parteiposition in das erstellte Koordinatenschema eingetragen werden, verläuft also sehr ähnlich wie Koopmans/Statham es in „*Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches*“ (Koopmans/Statham 1999: 15) beschreiben. Um zu einem Ergebnis zu gelangen, werden diese Zahlenwerte pro Achse getrennt addiert und jeweils durch die Anzahl der getätigten *claims* dividiert. Einfach ausgedrückt: Es wird jeweils ein Durchschnittswert für die eingenommen Haltungen/Positionen auf der X und der Y-Achse errechnet. Es ergeben sich ein X und ein Y-Wert, welche folglich einen Haltungspunkt in einem Koordinatensystem definieren. Hierbei ist die Unterscheidung zwischen „ambivalenten“/ „neutralen“ Haltungen („0“) und nicht codierten bzw. nicht vorhandenen Aussagen („x“) essenziell. Denn es ergeben sich natürlich unterschiedliche *claim*-Anzahlen für die jeweiligen Achsen. Bei einem Beispiels-Wert von $-1/0$ wurde auf beiden Achsen jeweils ein Haltungswert (wenn auch einer davon als „ambivalent“) codiert; währenddessen bei einem Beispiels-Wert von $x/1$ nur ein Haltungswert auf der Y-Achse codiert werden kann, womit der *claim* logischerweise auch nur für die Berechnung der Y-Achse verwendet werden kann.

Die verwendete Formel für die Berechnung der Koordinaten lautet:

$$X/Y\text{-Achse} = \frac{[(N_{res}) * (-1)] + [(N_{lib}) * (+1)] + [(N_{neu}) * (0)]}{(N_{res} + N_{lib} + N_{neu})}$$

N_{res} = Anzahl der „restriktiven“ Haltungswerte auf der jeweiligen Achse

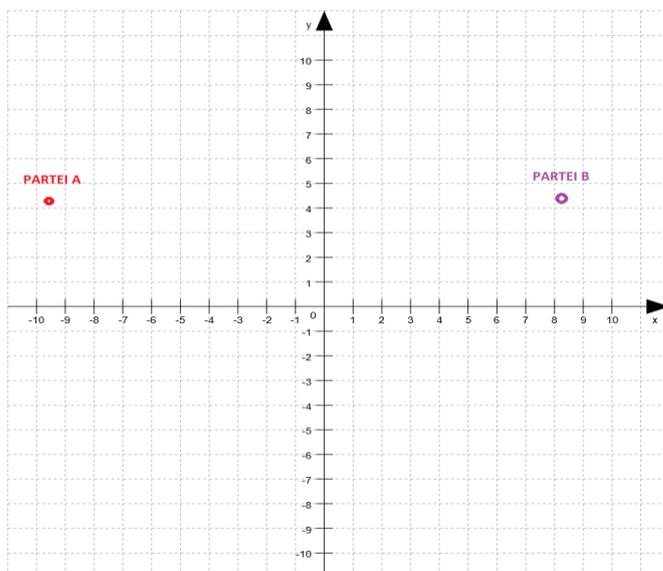
N_{lib} = Anzahl der „liberalen“ Haltungswerte auf der jeweiligen Achse

N_{neu} = Anzahl der „ambivalenten“/ „neutralen“ Haltungswerte auf der jeweiligen Achse

Ein Beispiel:

- 1) X-Achse: Von Partei A wurden vom 1.1.1998 bis zum 1.1.2008 insgesamt 100 Haltungen auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse bezüglich „Einbürgerung“ gemessen und codiert. 98 *claims* waren „restriktiv“, 1 *claim* war „liberal“ und 1 *claim* wurde als „neutral“ eingestuft. Es ergibt sich aus der Rechnung: $[(98 * (-1)) + [(1 * (+1)) + [(1 * 0)] / 100 = -0,97$ oder gekürzt: $(-98+1+0)/100 = -0,97$; eine **sehr restriktive Position auf der X-Achse** (siehe Unterkapitel 3.3.1).
- 2) Y-Achse: Von Partei A wurden vom 1.1.1998 bis zum 1.1.2008 insgesamt 85 Haltungen auf der ökonomischen Y-Achse bezüglich „Einbürgerung“ gemessen und codiert. 25 *claims* waren „restriktiv“, 60 *claims* waren „liberal“ und null *claims* wurden als „neutral“ eingestuft. Es ergibt sich aus der Rechnung: $[(25) * (-1)] + [(60) * (+1)] + [(0) * (0)] / 85 = 0,412$ oder kurz: $(-25+60+0) / 85 = 0,412$; eine **liberale Position auf der Y-Achse**.

Das Ergebnis der Position der Partei A bezüglich „Einbürgerung“ von 1.1.1998 bis 1.1.2008 lautet somit: **-0,97/0,412**. Eine sozial-/demokratiepolitisch sehr restriktive, allerdings ökonomisch liberale Haltung. Dieses Ergebnis lässt sich nun anhand der Werte für X und Y in ein Koordinatensystem übertragen. Durch die Analyse mehrerer Parteien ergibt sich ein Spektrum von Positionen, welches über Zeiträume variiert werden kann, um einen Vergleich auf der Zeitachse von einer Partei mit sich selbst, oder auch mit einer anderen Partei zuzulassen.



Grafik M2

In Grafik M2 wurde zur Veranschaulichung eine weitere (fiktive) Partei namens „Partei B“ hinzugefügt. Diese Partei wies über denselben Zeitraum einen Gesamthaltungswert von (0,82/ 0,42) auf. Auf der X-Achse konnten 85 Haltungen codiert werden, auf der Y-Achse ebenso 85. Daraus ergeben sich nun unter anderem folgende Schlussfolgerungen: Erstens hat Partei A (100 *claims*) über denselben Zeitraum deutlich mehr Haltungen auf der X-Achse (15% mehr) getätigt als Partei B (85 *claims*), und war somit auf dieser sozial/demokratiepolitischen Achse aktiver als letztere Partei. Auf der Y-Achse hielten sich die Parteien die Waage. Zweitens hat Partei A im Zeitraum auf der X-Achse eine deutlich restriktivere Position/Haltung eingenommen als Partei B (-0,97 zu 0,82). Auf der Y-Achse dagegen erzielten beide Parteien beinahe denselben Wert (0,412 bzw. 0,42). Mittels einer weiteren Analyse der Daten auf der WHAT-Ebene könnten dann noch Aussagen darüber getroffen werden, ob die Parteien evtl. auf ökonomischer Ebene vergleichbare Inhalte kommunizierten bzw. verfolgten, und etwa auch worin der deutliche Unterschied auf der sozial-/demokratiepolitischen Achse begründet liegt. Ein Zeitvergleich verläuft ebenfalls auf diese Weise; es müssen nur die Werte der relevanten Zeitspannen errechnet und miteinander verglichen werden.

Mit diesen Zahlenwerten kann nun also ein eindeutiger (Haltungs-)Punkt auf dem Koordinatensystem für Partei A in dem untersuchten Zeitraum festgemacht werden, und folglich mit jenen Haltungen anderer Parteien auf dem Schema verglichen werden. Ein möglicher Kritikpunkt an diesem Darstellungsversuch könnte lauten, dass es keinen direkten Bezug zur greifbaren Realität gäbe, denn: Punkt XY im Schema könne ja der „Standard“ sein und der Nullpunkt müsse nicht unbedingt „neutral“ sein. Obwohl die Kritik nicht unberechtigt erscheint, muss sie mit dem Argument zurückgewiesen werden, dass diese Darstellung versucht, Parteipositionen zu verdeutlichen und sie vor allem zu vergleichen (Parteienübergreifend und/oder Zeitübergreifend). Hierfür stellen die Parteipositionen selbst den „realen Standard“ her, und die Frage, ob ein Nullpunkt tatsächlich „objektiv neutral“ sei, ist im Angesicht des dargestellten Vergleichs unerheblich.

Nun da klar ist, wie diese Rechnungen und die, daraus hervorgehenden Zahlenwerte, benutzt werden, um die Positionen/Haltungen der Parteien im zweidimensionalen Spektrum zu verorten, folgt die Erläuterung der Codierung.

4.3.3 Codierung

In Unterkapitel 3.1. wurde bereits beschrieben, dass *claims* in sieben Elemente geteilt werden können (*WHEN/WHERE, WHO, HOW, AT WHOM, WHAT, FOR/AGAINST WHOM* und *WHY*). Allerdings können nicht immer alle sieben dieser Teilelemente zweifelsfrei identifiziert werden, bzw. sind in manchen Fällen nicht alle Elemente in einem *claim* gegeben. Ein Beispiel hierfür wäre:

Die Grünen Wien (*WHO*) sandten am 11.8.2010 (*WHEN*) eine Pressemitteilung (*HOW*) zu den steigenden ökonomischen Schwierigkeiten für Menschen, die um die Staatsbürgerschaft ansuchen (*WHAT*) aus. Sie sehen dies begründet in den hohen Einbürgerungsgebühren und fordert daher ein völliges Entfallen besagter Gebühren (*WHY*).

Es wird dabei nicht eindeutig klar an wen (*AT WHOM*) sich die Pressemitteilung richtet. Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, welche aber nicht codiert oder analysiert werden. Die Felder für diese Elemente bleiben also leer (bzw. werden mit einem „-“ codiert). Für die Codierung stellt das allerdings kein Problem dar. Koopmans schreibt sogar von der „*very common form of 'incompleteness' of claims*“ (Koopmans 2002: 3).

Allerdings folgt die Codierung nicht exakt jener von Koopmans (2002). Dies ist notwendig, da Koopmans Zeitungen bzw. Zeitungsartikel zur Analyse heranzieht und dagegen in dieser Masterarbeit nur Pressemitteilungen analysiert werden und zudem eine Einordnung in ein zweidimensionales politisches Spektrum (Koordinatensystem – siehe oben) erfolgt. Die konkrete Codierung soll nun an einem weiteren Beispiel dargestellt werden. Der beispielhaft codierte *claim* lautet:

WHO	WHEN	AT WHOM	WHAT	FOR/ AGAINST	HOW	WHY (Frame)	X/Y- WERTE
FPÖ NÖ	18.05.2004	SPÖ	Kritik an Vorschlag zu Erleichterung der STB-Erlangung		Pressemitteilung (P)	Arbeitsmarkt	x / -1

Grafik M3

Aus diesem Beispiel lässt sich herauslesen: Innerhalb des *claims* der FPÖ (Niederösterreich), vom 18. Mai 1998, übt die FPÖ NÖ Kritik an der SPÖ auf Grund ihres Vorschlags zur Erleichterung der Staatsbürgerschaftserlangung. Es geht nicht

daraus klar hervor gegen oder für wen der *claim* codiert werden kann, da generell Anwärter*innen auf die österreichische Staatsbürgerschaft, bzw. kürzlich Eingebürgerte oder künftig Einzubürgernde angesprochen werden (was nicht speziell codiert wurde, da es sich in dieser Analyse, sofern nicht anders im *claim* auffindbar, immer um eine dieser Personengruppen handelt). Der *claim* wurde vom *claims-maker* mittels einer Pressemitteilung durchgeführt. Das Kriterium/Frame, das angesprochen wurde, lautet: Arbeitsmarkt (Y-Achse). Kein weiteres Kriterium wurde gefunden, deshalb ist auf der X-Achse mit „x“ (für fehlend) codiert. Der zugeordnete Wert auf der Y-Achse ist „restriktiv“ (-1), da aus der sprachlichen Analyse des *claims* eindeutig hervorgeht, dass die vom *claims-maker* befürchteten Konsequenzen einer erleichterten Einbürgerung zu negativen Folgen für den Arbeitsmarkt führen würden (siehe Grafik M1).

In der Praxis der Codierung wurde mit diversen Kürzeln (Anfangsbuchstaben der Parteien und Bundesländer) vorgegangen, welche sich allesamt aus dem Kontext erschließen lassen, da alle Parteien in getrennten Listen codiert wurden. Die einzigen beiden *claim*-Elemente, die eine Erklärung erfordern ist das WHAT-Element, also das thematische Element und das WHY-Element, das Kriterien/Frame-Element. Letzteres wurde in einer „offenen“, im Codierungsprozess adaptierbaren Liste erarbeitet und wird in Grafik M1 näher erläutert. Das thematische oder WHAT-Element, welches eher als Überblick auf die thematische Fokussierung der Partei zu gewissen Zeitpunkten dient, ist für jede Partei individuell herausgearbeitet worden, und wird einzeln in den jeweiligen Analyseabschnitten erläutert

4.4 Datenerhebung und Fallauswahl

Für die Untersuchung wurden alle Pressemitteilungen, die von den untersuchten politischen Parteien zum Thema Staatsbürgerschaft ausgegeben wurden, herausgearbeitet. Es handelte sich um die Parteien: *SPÖ*, *ÖVP*, *FPÖ* und *Die Grünen*.

Hierfür wurde das Archiv der Austria Presse Agentur (APA) herangezogen, welche Pressemitteilungen seit dem 1. Jänner 1998 bereitstellt. Es wurde unter dem „Channel“ „Politik“ der Begriff „Einbürgerung“ und der Suchzeitraum 01.01.1998 - 22.10.2020 gewählt, was insgesamt 617 Treffer in der Datenbank hervorbringt. (vgl. OTS-Homepage, abgerufen am 22.10.2020) Im nächsten Schritt wurden all jene Einträge aussortiert, welche lediglich durch Zufall oder Themenüberschneidung in die Suchkategorie gerieten, oder nicht von politischen Parteien stammten.

Der Analysezeitraum beginnt mit dem 01.01.1998 und endet mit dem 22.10.2020. Die Dauer des gewählten Zeitrahmens ist damit begründet, dass gerade im Jahr 1998 eine relevante Veränderung im österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht durchgeführt wurde (Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 1998), und daher das *claims-making* und die Positionierung der Parteien ab diesem Jahr von besonderem Interesse sind. Der gewählte Endpunkt im Oktober des Jahres 2020, erklärt sich wiederum damit, dass dieser Datenrahmen als geeignet für eine Masterarbeit (besonders auch in Bezug auf die benötigte Auswertungsdauer) eingeschätzt wurde. Im Zuge dieser Arbeit wurden insgesamt 319 differenzierte *political claims* herausgearbeitet, codiert und analysiert.

5. Empirische Analyse

5.1 Die Freiheitliche Partei Österreichs

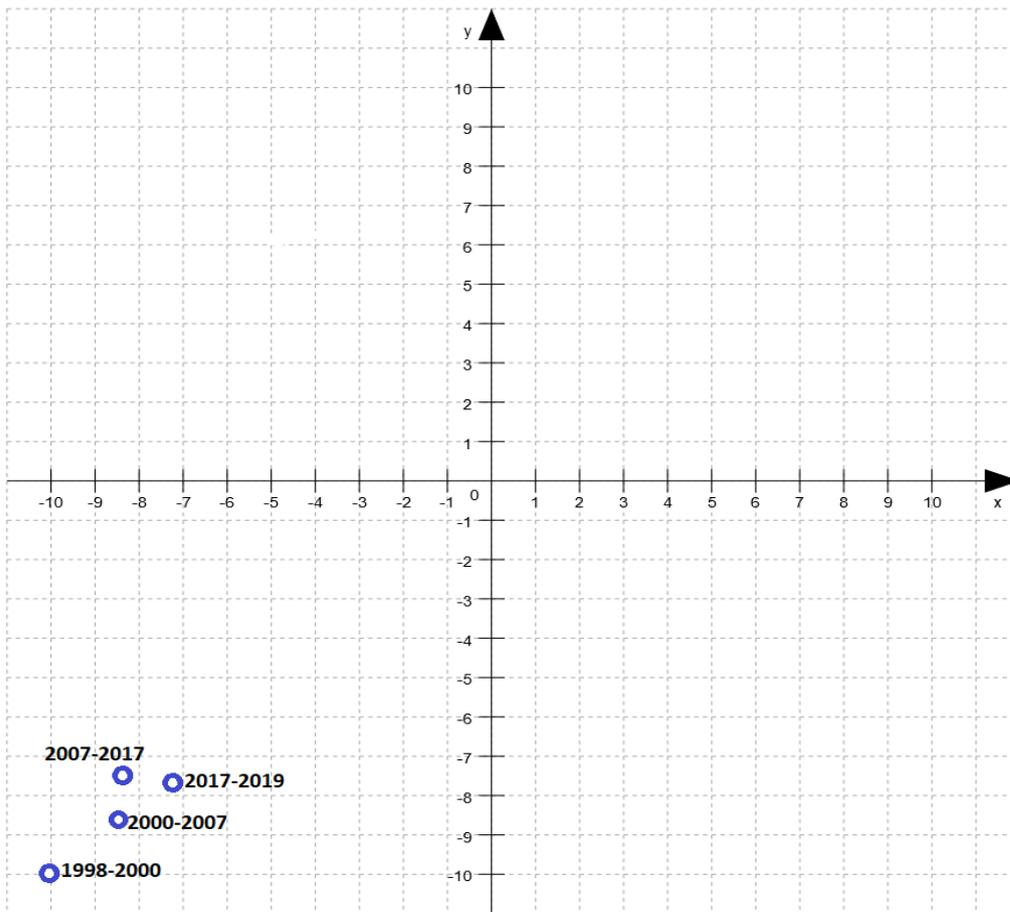
Der wichtigste Aspekt dieser Analyse der Pressemitteilungen ist die Entwicklung der Parteiposition über die Jahre 1998-2020. Der Vergleichbarkeit halber wurde der Untersuchungszeitraum in fünf (unterschiedlich lange) Zeitabschnitte getrennt: 1998-2000 (Beginn des Untersuchungszeitraums/ Regierung Klima I), 2000-2007 (Schüssel I und Schüssel II), 2007-2017 (Gusenbauer I, Faymann I und II und Kern I), 2017-2019 (Kurz I) und 2019-2020 (Post-Kurz I/ Ende des Untersuchungszeitraums).⁵ Am Ende des Kapitels wird ein Vergleich der Parteien angestrebt. Begonnen wird die Analyse mit der Partei mit den höchsten Fallzahlen, nämlich mit der Freiheitlichen Partei Österreichs.

5.1.1 Die Pressemitteilungen der FPÖ von 1998 bis 2020

Einbürgerungs- bzw. Staatsbürgerschaftsfragen sind ein Kern-Thema der Freiheitlichen Partei Österreichs. Es fällt also zunächst die große Anzahl der Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerung über den Untersuchungszeitraum hinweg auf. In den Jahren seit 1998 wurden 132 Pressemitteilungen codiert, vier dieser Pressemitteilungen fielen in den Zeitraum von 1.1.1998 bis 4.2.2000 (Beginn des Untersuchungszeitraums/ Regierung Klima I). Davon wurden, anhand der Kriterien/Frames, drei Aussendungen auf der sozial-/demokratie-politischen oder X-Achse codiert, und eine auf der ökonomischen oder Y-Achse. Allesamt beinhalteten „restriktive“ Haltungen, keine waren einer „neutralen/ambivalenten“ oder „liberalen“ Haltung zuzuordnen. In weiterer Folge wird dies wie folgt angegeben: Wertanzahl der X/Y-Achse oder hier: (3/1). Hierbei muss angemerkt werden, dass die Gesamtanzahl der Werte auf den X/Y-Achsen nicht der Gesamtanzahl der codierten Pressemitteilungen entsprechen muss, denn einige Pressemitteilungen befassen sich ausschließlich mit Kriterien auf einer der beiden Achsen, während hingegen Kriterien der jeweils anderen Achse keine Erwähnung finden (weder in „restriktiver“, „liberaler“ noch „ambivalenter“ Form). Mit anderen Worten: manche Pressemitteilungen behandeln beispielsweise nur ökonomische Faktoren von Einbürgerung und Staatsbürgerschaftsfragen und keine sozial-/demokratiepolitischen Aspekte.

⁵ Abweichungen von dieser Zeitaufteilung wurden angemerkt und nur in Ausnahmefällen vorgenommen, um weitere Vergleiche der jeweiligen Partei (mit sich selbst) über verschiedene Zeitabschnitte zu ermöglichen.

Während der folgenden zwei Regierungsperioden (Schüssel I und Schüssel II) von 2000-2007 wurden 57 Presseaussendungen der FPÖ codiert: 54 Kriterien auf der X-Achse und 29 auf der Y-Achse (54/29). Unter ihnen befanden sich hauptsächlich „restriktive“ (48/25), einige „neutrale“ (6/4) und keine als „liberale“ (0/0) einzustufende Haltungen. Während der Zeit der großen Koalition (Gusenbauer I, Faymann I und II und Kern I) von 2007-2017 wurden von der FPÖ 56 (54/23) Pressemitteilungen ausgesendet, davon die Mehrheit „restriktiv“ (48/18), einige „neutral“ (3/4) und wenige „liberal“ (3/1). In den nächsten Jahren, jenen der bisher letzten Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Bundesebene, von 2017-2019 (Kurz I), wurden 11 (11/9) Presseaussendungen codiert, davon alle „restriktiv“ (8/7) bzw. „neutral“ (3/2). Die letzten vier (4/2) Presseaussendungen, die nach dem Ende der ÖVP/FPÖ-Regierung 2019 bis zum Oktober 2020 codiert wurden, sind als „restriktiv“ (3/2) bzw. „neutral“ (1/0) einzuordnen. Es zeigt sich hier eine klare „restriktive“ Haltung zum Thema Staatsbürgerschaft bzw. Einbürgerung. Besonders interessant ist die Tatsache, dass der errechnete Gesamthaltungswert der Partei zu keiner der Perioden drastische Änderungen erlebt, unabhängig davon, ob die FPÖ zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Bundesregierung war oder nicht. Die konkrete Einordnung in den jeweiligen Regierungsperioden lautet wie folgt: von 1998-2000 (-1/-1); von 2000-2007 (-0,88/-0,86); von 2007-2017 (-0,83/-0,74), und von 2017-2019 (-0,72/-0,77). Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die starke Schwankung in den Fallzahlen die errechnete Position etwas verzerrt. Genauere Aufschlüsse gibt dagegen die tabellarische Auflistung aller Presseaussendungen pro Jahr (siehe Grafik F2).



Grafik F1

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Jahr	Anzahl FPÖ-Pressemitteilungen	Jahr	Anzahl FPÖ-Pressemitteilungen
1998	1	2010	3
1999	3	2011	1
2000*	2	2012	4
2001*	3	2013	16
2002*	6	2014	2
2003*	13	2015	2
2004*	7	2016	4
2005*	20 (18)	2017*	10 (10)
2006	6	2018*	7
2007	5	2019*	6 (2)
2008	2	2020	2
2009	7	Insg.	132 (Durchschnitt: 5,7/Jahr)

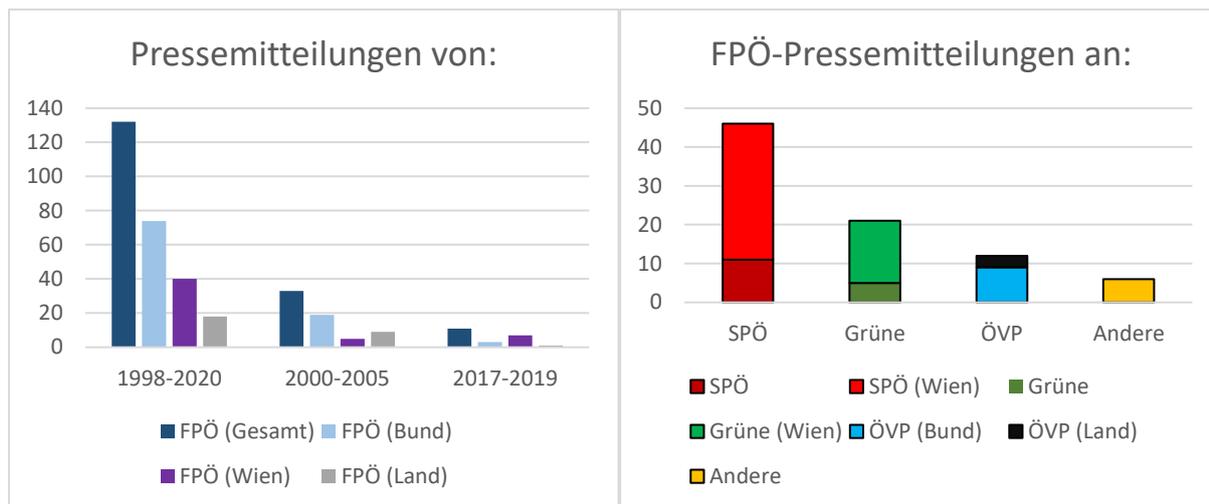
Grafik F2

*FPÖ-Regierungsbeteiligung (in Klammer jene ohne Beteiligung)

Im Schnitt sendete die FPÖ also 5,7 Pressemitteilungen pro Jahr aus. Besonders in den Jahren 2003 (13), 2005 (20), 2013 (16) und 2017 (10), wurde der jährliche Durchschnitt deutlich übertroffen. Gleichzeitig lassen sich auch mehrjährige Phasen mit unterdurchschnittlicher Aktivität bzgl. Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerungen ausmachen. Die Jahre von 1998-2001, 2010-2015/16 (mit Ausnahme

des starken Jahres 2013) sind hervorzuheben. Interessanterweise wurden die Jahre nach dem Ende der Schwarz-Blauen Koalition 2005 stark für Presseaussendungen zum Thema genützt. In dieser Hinsicht ist zu erwähnen, dass die FPÖ in den sechseinhalb bis sieben Jahren, die sie während des Untersuchungszeitraums insgesamt Teil der Bundesregierung war, 44 Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerung ausgesendet hat: ein Wert (6,3-6,8 pro Jahr), der über ihrem Durchschnitt liegt. Es kann also nicht von einer etwaigen Zurückhaltung der Partei gesprochen werden, sobald sie sich in der Bundesregierung befand. Vielmehr zeigt sich eine konstante Bearbeitung des Themas durch die Partei. Diese Tendenz der FPÖ als „konstant restriktive Partei“ bezüglich Einbürgerung und Staatsbürgerschaft, sogar unabhängig der eigenen Regierungsbeteiligung hat sich bereits in der Auswertung der verschiedenen Regierungsperioden abgezeichnet.

Nichtsdestotrotz darf dieser Punkt nicht als eine Art „Selbstkritik“ oder „Selbstermahnung“ der FPÖ gewertet werden. Sehr häufig wurden die codierten *claims* direkt an andere Parteien gerichtet. Besonders die bisher letzte Regierungsbeteiligung der FPÖ (2017 bis 2019) offenbart zwei bislang unerwähnte Aspekte. Erstens, die äußerst hohe Anzahl an Pressemitteilungen ausgehend von der FPÖ Wien und zweitens, die ebenfalls hohe Anzahl an Pressemitteilungen, die an die jeweilige Stadtregierung Wiens (zumeist SPÖ und bisweilen auch Grüne und ÖVP) bzw. explizit an die Wiener Landesparteien (SPÖ und Grüne) gerichtet wurden. Da die Stadt bzw. die Regierungsparteien Wiens allerdings über den gesamten Zeitpunkt durchgehend kritisiert werden, kann hier festgehalten werden, dass die von der FPÖ offensichtlich als „zu liberal“ wahrgenommenen Einbürgerungsmaßnahmen der Behörden bzw. der Stadtregierung generell ein häufiger Kritik- und Angriffspunkt waren.



Grafik F3

Grafik F4

Ein Thema (WHAT-Ebene) ist von der FPÖ besonders häufig angesprochen worden: Von den 27 *claims* die die Bundeshauptstadt Wien thematisierten, behandelten elf das Thema „Wähleraustausch“⁶ (von insgesamt 13 die mit „Wähleraustausch“ codiert wurden). Dieser Begriff wurde von der FPÖ in diversen Presseaussendungen direkt verwendet und wurde codiert, wenn der *claim* sich grundsätzlich um die Annahme der FPÖ drehte, eine Partei (meist die Wiener SPÖ oder die Wiener Grünen) würde sich durch rasche Einbürgerungen Wähler*innenstimmen sichern wollen:

„Dieses erschreckende Ergebnis ist der Willkommenskultur der rot-grünen Stadtregierung geschuldet, die völlig undifferenziert alle und jeden hier ansiedelt, mit Sozialwohnung, E-Card und Mindestsicherung ausstattet und hofft, sich nach einer schnellen Einbürgerung mit den Sozialleistungen möglichst viele Stimmen sichern zu können“ (FPÖ-Wien Pressemitteilung, 26.7.18)

Ähnlich verhält es sich mit einigen Presseaussendungen der FPÖ zum Thema „Ausländerwahlrecht in Wien“. Dabei handelte es sich um die Kritik der FPÖ an den Bestrebungen anderer Parteien, Drittstaatsangehörigen ein Wahlrecht auf lokaler bzw. Landesebene zu ermöglichen. Diese Kritik, welche aufgrund der damaligen Aktualität des Themas hauptsächlich in den Jahren 2001 bis 2004 vorkam, überschneidet sich häufig mit dem allgemeineren Thema (bzw. Narrativ) der Staatsbürgerschaft als „Hohes Gut“. Dieses Thema zeugt von einem Narrativ, welches die FPÖ über den

⁶ Die weiteren in der Arbeit besprochenen Themen werden aufgrund ihrer, für die Codierung (auf der WHAT-Ebene) gewählten Beschreibung in Anführungszeichen gesetzt, und nicht da sie als Zitat aus einer Pressemitteilung zu verstehen sind.

gesamten Untersuchungszeitraum angewendet hat: Die österreichische Staatsbürgerschaft als „Hohes Gut“, dass es zu schützen und zu verteidigen gelte. Ein Gut, dass nicht eingesetzt oder genützt werden solle, um Menschen zu helfen sich in die Gemeinschaft zu integrieren, sondern als eine Art Belohnung verliehen werden solle, sobald jemand es geschafft habe, alle Integrationskriterien zu erfüllen. In diesem Sinne übte die FPÖ auch häufig Kritik an Parteien und NGOs, welche jene Kriterien oder das „Hohe Gut“ vermeintlich „verringern“ wollten, was sich in der Häufigkeit des Themas „Diverse Kritik“ widerspiegelt (Grafik F5).

Ein weiteres Thema der FPÖ, waren die „steigenden Einbürgerungen“, womit meist die, laut FPÖ, zu hohe Anzahl an Einbürgerungen, die in Österreich durchgeführt würden, angesprochen wurde. Es handelt sich dabei um ein Thema, das keine hohen Ausschläge in der Fallzahl verzeichnet, dafür aber konstant über den Untersuchungszeitraum hinweg zu finden ist (Grafik F5). Besagte Konstanz steht im Gegensatz zu anderen Themen, welche meist zu einem gewissen Zeitpunkt aufkamen, wohl einerseits, da sie gerade hohe Priorität in der tagespolitischen Agenda genossen, und zu erhöhter Anzahl an Presseaussendungen anregten, und andererseits da gerade die Jahre 2005 (20) und 2013 (16) eine überdurchschnittliche Anzahl an Pressemitteilungen der FPÖ mit sich brachten. Unabhängig davon, nahm die FPÖ diverse Einbürgerungs-Statistiken regelmäßig zum Anlass, Einbürgerungs- bzw. Staatsbürgerschaftsfragen erneut ins politische Tagesgeschehen zu bringen, falls sie nicht ohnehin gerade zur Diskussion standen.

Häufigste Themen	Anzahl	Häufigste Jahre (Höchstanzahl)
Ausländerwahlrecht/Wähleraustausch	20 (7/13)	2013 (5)
Div. Kritik (an STB, NGO, Parteien)	16	2005 (7)
Verschärfung	15	2003 (8)
Steigende Einbürgerungen	15	2000,2004,2010,2016,2018 (2)
Hohes Gut	11	2013 (4)

Grafik F5

Was die codierten Kriterien/Frames in der WHY-Spalte betrifft, ist besonders die Forderung nach einer hohen bzw. durch die Regierung zu erhöhenden Integrationsleistung vor dem Erwerb der Staatsbürgerschaft zu erkennen. In den 132 codierten *claims* wurde dieses Kriterium 42 Mal codiert. Mit Ausnahme des Jahres 2013, welches von der FPÖ ohnehin überdurchschnittlich oft für Pressemitteilungen zum Thema genutzt wurde, kann dieses Integrationskriterium über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg als eines der gleichmäßigsten Kriterien gesehen

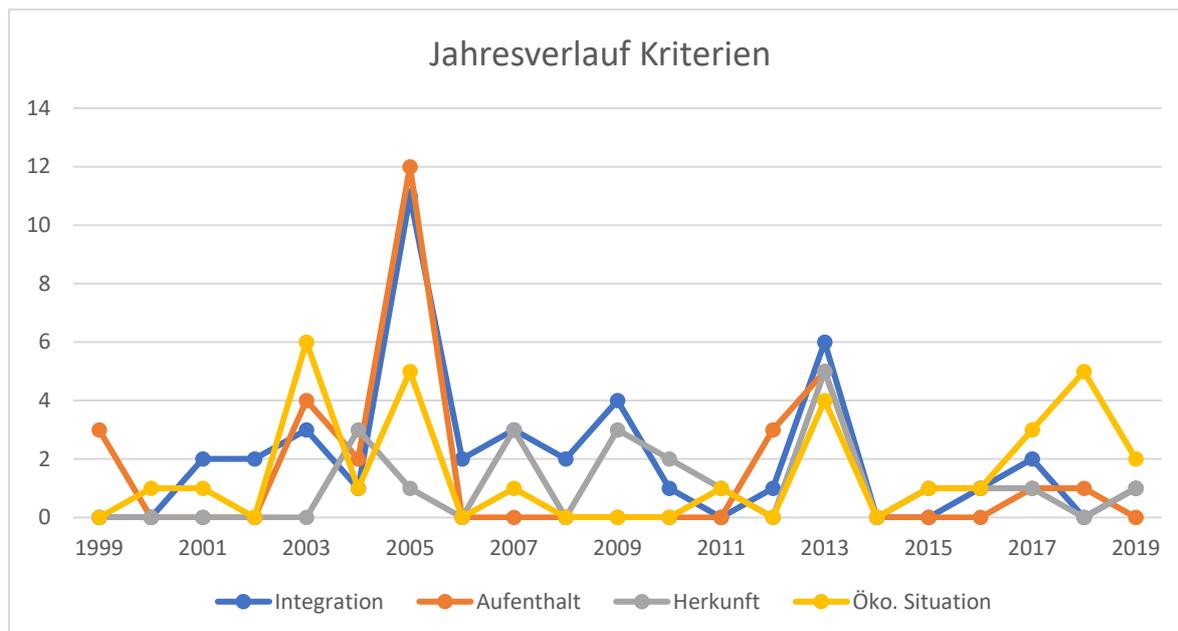
werden (siehe Grafik F7). Die Formulierung der Forderung bleibt dabei inhaltlich ebenso konstant, und verlangt meist eine, nicht näher definierte, Integrationsleistung. Falls jene Leistung doch innerhalb der Pressemitteilung näher definiert wird, beinhaltet sie Sprachenkenntnis und oft Akzeptanz der in Österreich vorherrschenden Kultur.

„Für uns Freiheitliche steht fest, dass nur mehr jene österreichische Staatsbürger werden sollen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und bei denen darüber hinaus die Integration, also die Einbindung in die deutsche Sprache und Kultur Wiens, erfreulich verlaufen sind, so heute der FPÖ-Wien Stadtrat Johann Herzog.“ (FPÖ-Wien Pressemitteilung, 1.8.07)

Dies eröffnet einen interessanten Blick auf die ÖVP, welche, wie Stadlmair beschreibt, verstärkt das Narrativ einer zu erbringenden Leistung (jedoch meist ökonomischer Natur) vor dem Erwerb Staatsbürgerschaft verfolgt (vgl. Stadlmair 2018a: 72-73).

Achse	Kriterium	Anzahl	Achse	Kriterium	Anzahl
X	Aberkennung	6	Y	Arbeitsmarkt	15
X	Asyl	9	Y	Ausbildung	5
X	Aufenthalt	31	Y	Gebühren	0
X	Bürgerrechte	19	Y	Ökonomische Situation	32
X	DSP	5	Insg.		52 (+20)
X	Familie	11			
X	Herkunft	22	X/Y	STB-Allg.	20/20
X	Integration	42			
X	Ius Sanguinis	3			
X	Services	0			
X	Sicherheit	16			
X	Soziales Engagement	2			
X	Testung	7			
Insg.		173 (+20)			

Grafik F6



Grafik F7

Ein weiteres wichtiges Kriterium/Frame lautet „Ökonomische Situation“. Insgesamt wurden 32 Instanzen davon codiert, alle davon negativ. Die häufigste Argumentation der FPÖ ist die vermeintliche Ausnutzung bzw. Gefährdung des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts durch zu hohe Einbürgerungszahlen.

„Fakt ist: Fast die Hälfte aller österreichweiten Neueinbürgerungen haben in Wien stattgefunden – mit den bekannten Folgen: Maßlose Überschuldung Wiens durch finanzielle Lockangebote an Zuwanderer ins Sozialsystem, fatale Ergebnisse bei jedem Wiener Bildungstest und steigende importierte Kriminalität.“ (FPÖ-Wien Pressemitteilung, 21.2.18)

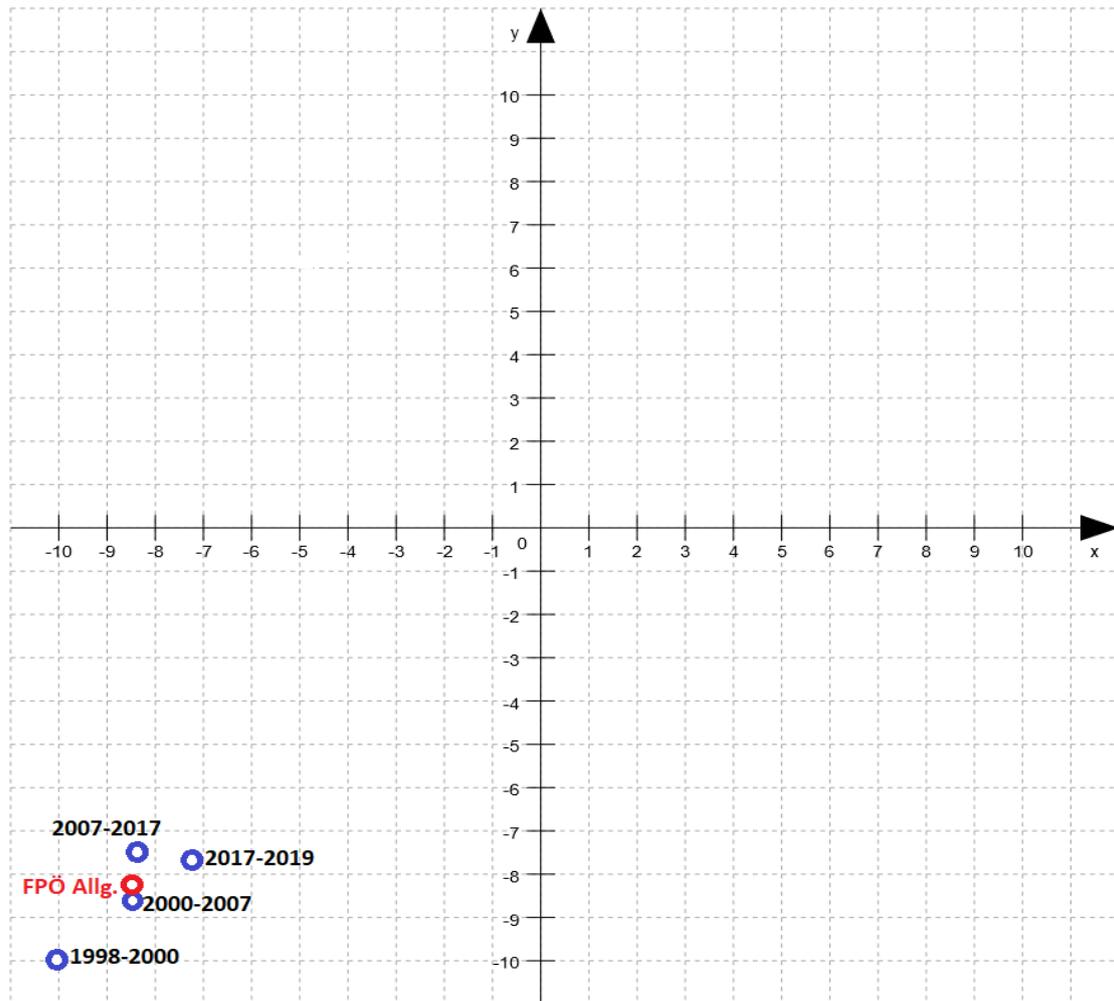
Ein auffälliger Aspekt der Staatsbürgerschaftspolitik der FPÖ ist, dass sich die Partei anhand der Pressemitteilungen als ausgesprochen „restriktiv“ zeigt. Unter den 132 codierten *claims* (welche mindestens eine, oftmals zwei codierbare Kriterien beinhalten), sind 163 als „restriktiv“ einzustufen (110 auf der X-Achse und 53 auf der Y-Achse), 23 als „neutral“ oder „ambivalent“ (13/10) und vier als „liberal“ (3/1). Von diesen, als „liberal“ eingestuften Haltungen, betreffen drei von vier Kriterien die Doppelstaatsbürgerschaft (bzw. STB-Allg. bzgl. Südtiroler Doppelstaatsbürgerschaft), und zwar ausnahmslos (auf der FOR/AGAINST-Spalte) *für* Südtiroler*innen (*in* Österreich). Diese scheinbar liberale Einstellung zur Doppelstaatsbürgerschaft bleibt auf Südtirol begrenzt und lässt sich an keiner anderen Bevölkerungsgruppe wieder finden. Das Thema tritt in den Presseaussendungen erstmals 2013 auf und wird von

der FPÖ nur zwischen April und August desselben Jahres „liberal“ behandelt. Ab dem Jahr 2016 und dem Aufkommen des Vorwurfs nach möglichen illegalen türkisch-österreichischen Doppelstaatsbürger*innen nimmt die FPÖ eine „restriktive“ Haltung ein und fordert letztlich auch den Stopp jeglicher Einbürgerungen für Menschen aus der Türkei.

Es zeigt sich somit ein weiterer Faktor, der bei der Haltung der FPÖ bezüglich Staatsbürgerschaft und Einbürgerung immer wieder zum Tragen kommt, nämlich Fragen des Kriteriums der „Herkunft“ sowie spezifische Hinweise auf die Ethnie in der FOR/AGAINST-Spalte. 22 Mal ist das besagte Kriterium codiert worden und 19 Mal wurde eine spezifische Ethnie, Kultur bzw. Nationalität oder Religion unter FOR/AGAINST codiert (nicht immer überschneidend mit dem Kriterium „Herkunft“). Dabei fällt erstens auf, dass die FPÖ verschiedene Begriffe entweder deckungsgleich oder ohne Bedacht auf deren Unterschiede verwendet: in einigen *claims* wurde beispielsweise undifferenziert zunächst von „Türken“ und „Bosniaken“ gesprochen und gleich darauf von „Muslimen“ (vgl. FPÖ-Wien Pressemitteilung, 15.5.13). Zweitens wird klar, dass besonders Menschen aus der Türkei bzw. österreichische Staatsbürger*innen mit türkischem Migrationshintergrund (man achte erneut auf den, von der FPÖ oft ignorierten Unterschied hierbei), aber auch Muslime (ebenfalls teilweise mit Menschen aus der Türkei oder mit türkischem Migrationshintergrund vermischt) Ziel der *claim*-Inhalte waren. Interessanterweise ist das Kriterium „Asyl“ zwar konstant, aber kaum in besonders erhöhter Form – auch nicht im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdramatik ab 2015 – festzustellen.

5.1.2 Zusammenfassung der Positionen der FPÖ

Die FPÖ hat sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg als äußerst restriktive Partei bezüglich Einbürgerungen bzw. Staatsbürgerschaftspolitik präsentiert. Insgesamt wurden 132 Pressemitteilungen codiert, die direkt mit Staatsbürgerschaftsfragen zusammenhingen. Unter diesen *claims* konnten insgesamt 163 „restriktive“ Haltungen (110 auf der sozial/demokratie-politischen X-Achse und 53 auf der ökonomischen Y-Achse), 23 „neutrale“ Haltungen (13/10) und vier „liberale“ Haltungen (3/1) codiert werden. Somit nimmt die FPÖ im allgemeinen Analyseraster eine **sehr restriktive Haltung** auf beiden Achsen **(-0,85/-0,81)** ein, was sie zu einem Anwärter für eine „**insuläre**“ Partei macht.



Grafik F8

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Abschließend bleibt zu sagen, dass die FPÖ sich in ihrer Haltung/ Position bezüglich „restriktiver“ und „liberaler“ Politik, anhand dieser Daten von 1998-2020 kaum bis gar nicht verändert hat; die Beschreibung „konstant restriktiv“ ist in diesem Zusammenhang bereits gefallen. Die einzig wahrnehmbare Veränderung ist vielmehr eine regelmäßige Anpassung der Haltung aufgrund neuauftkommender Diskussionen (z.B.: „Ausländerwahlrecht in Wien“, „Verfassungsreferendum Türkei“ bzw. „Doppelstaatsbürgerschaft für Türken“ und „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler“) oder regelmäßig wiederkehrender Themen („Steigende Einbürgerungen“), die allerdings mit Ausnahme des Schwenks bei der Doppelstaatsbürgerschaftsfrage für Südtiroler*innen keine nachhaltige Veränderung der restriktiven Haltungen mit sich brachten.

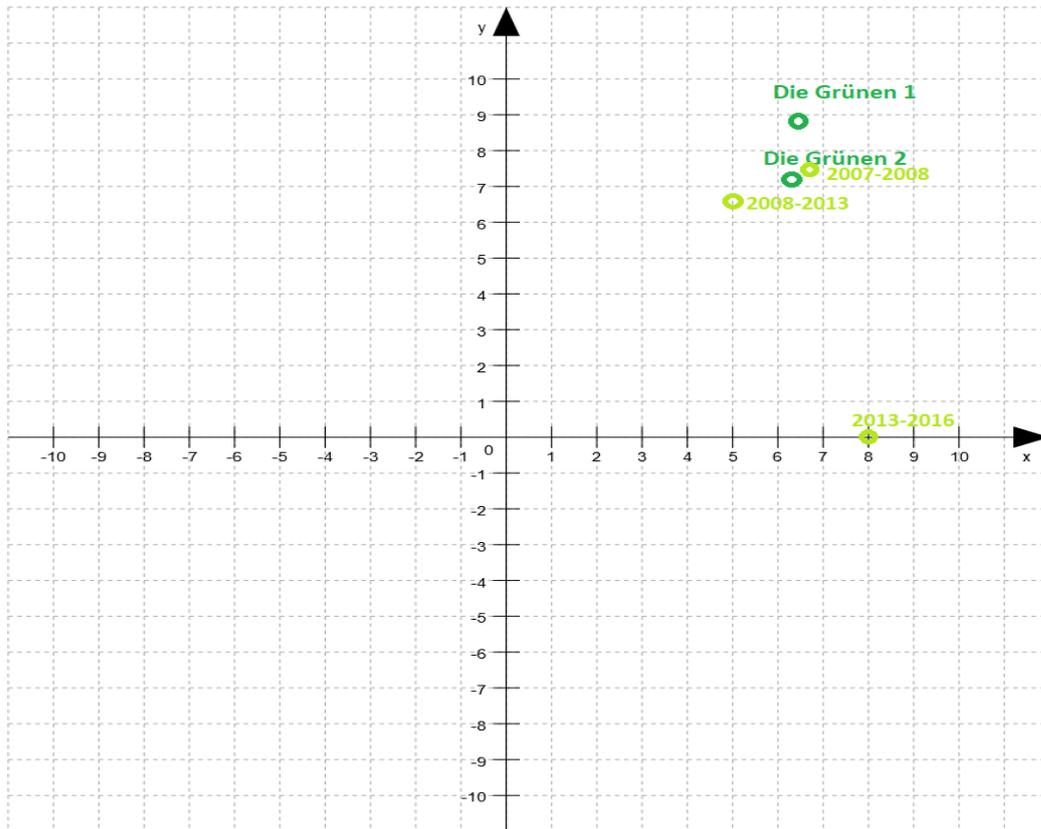
5.2 Die Grünen – Die Grüne Alternative

5.2.1 Die Pressemitteilungen der Grünen von 1998 bis 2020

In den Jahren seit 1998 wurden 78 Pressemitteilungen der Grünen zum Thema „Einbürgerung“ codiert, darunter befanden sich keine innerhalb des Zeitraums von 1.1.1998 bis 4.2.2000 (Regierung Klima I). Somit sind die ersten beiden Regierungen, zu denen sich Presseaussendungen finden, die Perioden Schüssel I und II (ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ) vom Februar 2000 bis zum Jänner 2007. Die Anzahl beläuft sich auf 23 Pressemitteilungen, die für das Thema relevante *claims* beinhalten. Davon wurden anhand der Kriterien/Frames 23 Haltungen auf der sozial-/demokratie-politischen oder X-Achse codiert, und neun Haltungen auf der ökonomischen oder Y-Achse. Auf der X-Achse beinhalteten 15 *claims* „liberale“ Haltungen und acht „neutrale“ bzw. „ambivalente“ Haltungen, dagegen waren keine Kriterien auf der X-Achse „restriktiven“ Haltungen zuzuordnen. Auf der Y-Achse fanden sich acht „liberale“, eine „neutrale“/ „ambivalente“ und keine „restriktiven“ Haltungen. Für die Grünen (Grüne 1 in Grafik G1) ergaben sich somit, anhand der angewandten Formel die Haltungswerte: (0,65/0,89) bzw. eine „liberale“ Haltung auf der sozial-/demokratie-politischen X-Achse und eine „sehr liberale“ Haltung auf der ökonomischen Y-Achse.

Die nächsten Regierungsperioden betreffen die großen Koalitionen vom Jänner 2007 bis zum Dezember 2017. Sie belaufen sich auf insgesamt 54 Presseaussendungen, darunter befinden sich, auf den jeweiligen Achsen verteilt, hauptsächlich „liberale“ (58) und einige „neutrale“/ „ambivalente“ Haltungen (21). Dagegen wurden kaum „restriktive“ Haltungen (3) codiert. Die Haltungswerte der Grünen für diesen Zeitraum (Grüne 2) lauten somit: (0,64/0,72). Eine „liberale“ Haltung auf beiden Achsen.

Da für die folgenden Regierungsperioden Kurz I, Bierlein I und Kurz II nur eine Pressemitteilung zum Thema gefunden werden konnte, wurde stattdessen der Zeitraum der Grünen 2 auf die Regierungsperioden Gusenbauer I und Faymann I und II (für Kern I gab es keine codierbaren *claims*) aufgespalten, um eine nähere Betrachtung der Entwicklung der Parteipositionen zu ermöglichen. Für die Periode Gusenbauer I ergaben sich die Werte (0,5/0,67) bei 14 *claims*, für Faymann I (0,68/0,76) bei 35 *claims* und Faymann II (0,8/0) bei fünf *claims*. Besonders die Ergebnisse der letzteren Periode sollte allerdings aufgrund der niedrigen claim-Anzahl nicht überbewertet werden.



Grafik G1

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Es zeigt sich in dieser Grafik, dass die Pressemitteilungen der Grünen von 2000 bis 2007 etwas „liberaler“ – und zwar vor allem auf der ökonomischen Y-Achse – waren als jene von 2007 bis 2017. Betrachtet man die Haltungswerte für die drei untersuchten Perioden (innerhalb des Zeitraums von 2007-2017), so bewegt sich die Partei in weniger „liberalen“ Bereichen, ohne dabei jedoch in einen „eher liberalen“ oder gar „restriktiven“ Raum zu fallen.

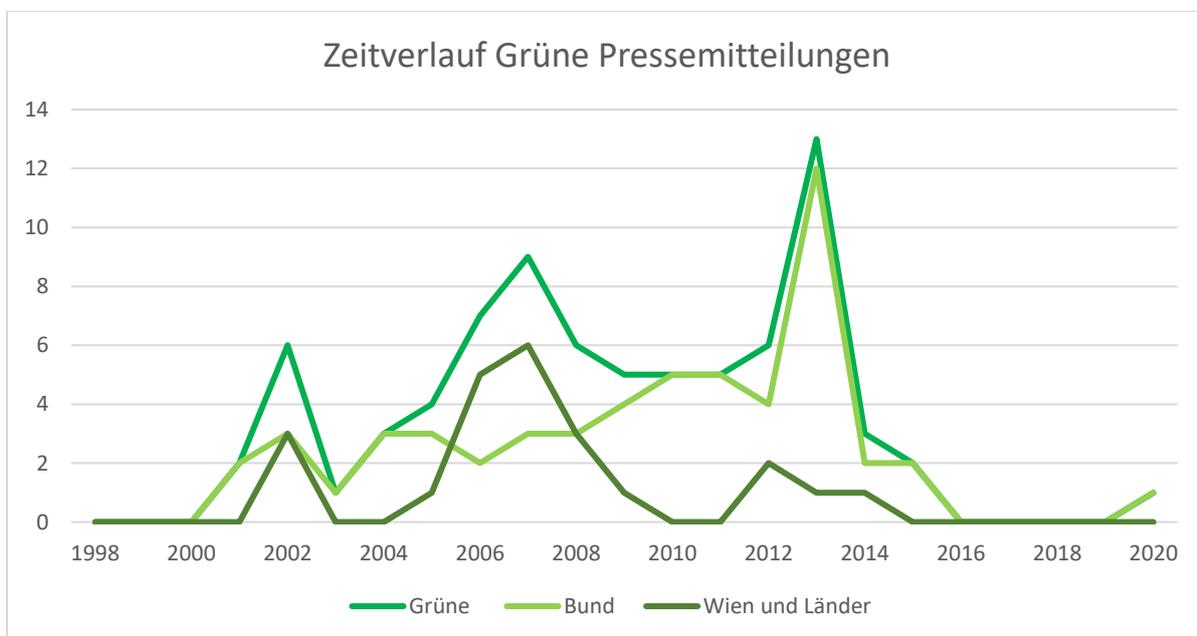
Was die grundsätzliche Anzahl der Pressemitteilungen betrifft, zeigt sich, dass die Grünen besonders in der Mitte des Untersuchungszeitraums viele Aussendungen getätigt haben, während diese am Anfang und vor allem am Ende des Zeitraums kaum mehr vorhanden waren. Der Durchschnitt von 3,4 Pressemitteilungen pro Jahr wurde von 2002 bis 2013 nur einmal unternommen, während in den Jahren 1998-2001 und 2016-2020 nur insgesamt zwei Aussendungen gefunden und codiert werden konnten. Die Jahre 2006 (7), 2007 (9) und 2013 (13) waren diesbezüglich die stärksten Jahre, aber auch die Jahre 2008-2012 lagen über dem Durchschnittswert (siehe Grafik G2).

Jahr	Anzahl Grüne-Pressemitteilungen	Jahr	Anzahl Grüne-Pressemitteilungen
1998	0	2010	5
1999	0	2011	5
2000	0	2012	6
2001	2	2013	13
2002	6	2014	3
2003	1	2015	2
2004	3	2016	0
2005	4	2017	0
2006	7	2018	0
2007	9	2019	0
2008	6	2020*	1
2009	5	Insg.	78 (Durchschnitt: 3,4/Jahr)

Grafik G2

*Grüne-Regierungsbeteiligung (in Klammer jene ohne Beteiligung)

Die Verteilung der Pressemitteilungen ist eindeutig. Insgesamt wurden von den 78 Aussendungen 55 von der Bundespartei getätigt, 18 von den Wiener Grünen und fünf von den anderen Landesparteien (viermal Niederösterreich und einmal Oberösterreich). Der Zeitverlauf der Pressemitteilungen zeigt, dass die Verteilung der Pressemitteilungen durch die Bundespartei relativ gleichmäßig mit der gesamten Verteilung verlief, und die Aussendungen der Bundesgrünen auch hauptsächlich für die Spitze des Jahres 2013 verantwortlich war, während die Landesparteien hauptsächlich für die Spitze um 2007 gesorgt haben (Grafik G3).



Grafik G3

Insgesamt sendeten die Grünen 44 Pressemitteilungen aus, die auf der AT WHO-Ebene unzweifelhaft an mindestens eine, oft aber auch an mehrere Parteien gerichtet waren. Die häufigsten dieser Pressemitteilungen gingen an die ÖVP (39), danach

folgten, mit einigem Abstand, die SPÖ (13), die FPÖ (11) und schließlich das BZÖ (2). Interessant ist hierbei, dass etwa 12 der 13 Pressemitteilungen, die an die SPÖ gerichtet waren, gleichzeitig auch auf die ÖVP abzielten. Ebenso konnten alle jene Presseausendungen für den Zeitraum der Großen Koalition vermerkt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass sechs der Pressemitteilungen auf der WHAT-Ebene direkt mit Kritik, und mindestens vier weitere zumindest indirekt mit Kritik an den Regierungsparteien zu tun hatten, zeichnet sich ein Bild der Grünen als aktive Oppositionspartei im Bereich Staatsbürgerschaft bzw. Einbürgerungsfragen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch weiter, betrachtet man die Pressemitteilungen, die an die FPÖ gerichtet wurden: Acht von elf wurden gleichzeitig an die ÖVP gerichtet, während beide Parteien Regierungsverantwortung hatten.

An der Anzahl an Pressemitteilungen, die spezifisch an verschiedene Parteien gerichtet waren, lässt sich also erkennen, in welche Richtung sich die WHAT-Ebene der Grünen neigt. „Kritik“ ist hierbei das hervorragende Themengebiet der Partei mit insgesamt 35 Erwähnungen, wobei Kritiken an diversen Maßnahmen und Vorschlägen bezüglich Staatsbürgerschaft und Einbürgerungen zum Tragen kommen (25). Kritik an Parteien (oder an Politiker*innen der Parteien) gerät hier mit zehn codierten Fällen etwas in den Hintergrund. Die Grünen können anhand dieser Themen als eine auf Inhalte orientierte, stets kritische Oppositionspartei bezeichnet werden.

Auch die anderen Themenfelder stehen häufig im Zusammenhang mit Kritik. Ein Beispiel dafür ist das Thema „Geringere Einbürgerungen“, das sich meist mit dem Thema „Integrationsfehler“ überlappt: Oft ausgelöst durch eine Statistik, welche Österreich sinkende oder zumindest (für das Empfinden der Grünen) zu geringe Einbürgerungszahlen bescheinigt, sendete die Partei Pressemitteilungen aus, die auf die Herausforderungen für die im Land befindlichen Nichtstaatsbürger*innen aufmerksam machen sollten. So seien beispielsweise vor allem jene vom Rückgang der Verleihungen betroffen, *„die Ehepartner oder Kinder von österreichischen StaatsbürgerInnen“* seien. Auf diese Weise bekämen Kinder *„von klein auf schon (zu) spüren (...), dass sie nicht gleichberechtigt“* seien. Dies sei *„integrationspolitischer Nonsens“* (Die Grünen Pressemitteilung, 21.8.2007). Meist steht diese Kritik im Zusammenhang mit Forderungen der Grünen, etwa nach niedrigeren Einbürgerungsgebühren oder auch verkürzten Mindestaufenthaltsdauern. Teilweise

wird noch ein Thema, das eher als Narrativ verstanden werden kann, damit verknüpft: „Gleiche Rechte/Pflichten“.

Häufigste Themen	Anzahl	Häufigste Jahre (Höchstanzahl)
Kritik an Maßnahme/Vorschlag	25	2013 (8)
Integrationsfehler (IF)	12	2007 (4)
Geringere Einbürgerungen	11	2007 (5)
Kritik an Partei	10	2007 (3)
Gleiche Rechte/Pflichten	6	2013 (3)

Grafik G4

Das, etwas seltener behandelte Thema „Gleiche Rechte/Pflichten“ zeugt demnach von einer Ausrichtung, die von den Grünen über den Untersuchungszeitraum hinweg in ähnlichen Varianten verfolgt wird. Es handelt sich um ein Narrativ, das wie folgt zusammengefasst werden kann:

„Ein modernes Staatsbürgerschaftsgesetz hieße, möglichst früh für gleiche Rechte und Pflichten zu sorgen. Dazu bräuchte es eine Verkürzung der Wartefrist von 10 auf 5 Jahre und eine Halbierung der österreichischen Gebühren, welche die höchsten Verleihungsgebühren innerhalb der EU sind.“
(Die Grünen Pressemitteilung, 21.8.2007)

Aus dieser Pressemitteilung gehen zwei relevante Kriterien (WHY-Ebene), die regelmäßig in den Aussendungen zu finden sind, hervor: „Gebühren“, das zweithäufigste ökonomische Kriterium (10), und oftmaliger Kritikpunkt am österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht sowie „Aufenthalt“, das häufigste sozial-/demokratiepolitische Kriterium (20). Weitere häufig codierten Kriterien lauten: „Integration“ (19), „Ius Sanguinis“ (15), „DSP“ (11) und „Ökonomische Situation“ (15).

Besonders das Kriterium „Integration“, welches häufig mit den bereits angesprochenen Themen „Integrationsfehler“/ „Geringere Einbürgerungen“ in Verbindung steht, ist hervorzuheben. Die Grünen sehen sinkende Einbürgerungszahlen nicht als Zeichen einer gelungenen Einbürgerungspolitik, sondern als Hinweis auf ein Staatsbürgerschaftsrecht, das auf Ausgrenzung statt Integration setze.

„Der massive Rückgang an Anträgen mache offensichtlich, dass das schwarz-orange Staatsbürgerschaftsgesetz Integration verhindert statt fördert. "Wer endlos auf die Erteilung der Staatsbürgerschaft warten muss, der verliert jede Motivation zur Integration", erklärte Weinzinger.“ (Die Grünen Pressemitteilung, 31.7.2007)

Dieses Problem der geringen Einbürgerungen ergibt sich für die Grünen aus der Tatsache, dass sie Österreich als Einwanderungsland betrachten, wie sie es mehrmals in den Pressemitteilungen zu verstehen geben. Daraus ließe sich schließen, dass die Grünen Zuwanderung und damit eine hohe Anzahl an Nichtstaatsbürger*innen innerhalb der Wohnbevölkerung als natürliche Situation für das gegenwärtige Österreich betrachten. Somit ist einerseits ein erleichterter Zugang zur Staatsbürgerschaft oder zumindest die Gewährung von Bürgerrechten für Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die ohnehin innerhalb des Staatsgebiets leben, arbeiten und Steuern zahlen, eine wichtige Forderung der Grünen, um die Situation fundamentaler Ungleichberechtigung aufzulösen.

Weiters gehen die Grünen davon aus, dass eine Gleichberechtigung der nichtösterreichischen Wohnbevölkerung der Integration zugutekommen würde. Was folglich zu den zahlreichen Forderungen führt, verbesserten Zugang zu Bürgerrechten bzw. generell erleichterte Erlangung der Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Die Narrative „Österreich als Einwanderungsland“ und „Gleiche Rechte/Pflichten“ bzw. „Einbürgerung als Beschleunigung für Integration“ greifen zusehends ineinander.

„Keine Demokratie kann es sich auf Dauer leisten, große Teile der Bevölkerung auszuschließen. Auch deshalb brauchen wir eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, das hier lebenden und arbeitenden Menschen wie etwa in England, Frankreich, Finnland und Schweden nach fünf Jahren demokratische Mitbestimmungsrechte gibt“, meint Korun.“ (Die Grünen Pressemitteilung, 2.5.2013)

In eine ähnliche Richtung gehen die Kriterien „DSP“ (Doppelstaatsbürgerschaft) und „Ius Sanguinis“, obwohl hier der Name „Ius Soli“ besser passen würde. Das Ius Soli, oder zumindest eine Art der Doppelstaatsbürgerschaft für hier geborene Kinder ausländischer Eltern wird von den Grünen insgesamt 26 Mal (11/15) mittels Pressemitteilung eingefordert. Sehr oft ist innerhalb der codierten *claims* ein ganzes Paket an Kriterien vorhanden, wie beispielsweise „Aufenthalt“ oder „Ökonomische Situation“, was den Pressemitteilungen inhaltlich eine umfangreiche Ausrichtung bescheinigt.

„Derzeit machen wir jährlich aus 10.000 hier geborenen Kindern künstlich 'AusländerInnen' und bürgern sie dann Jahre später mit viel Bürokratie und hohen Kosten ein. Die Einkommensgrenzen bei der Einbürgerung erreichen bis

zu 70 Prozent der österreichischen ArbeiterInnen nicht. Ein einziger Tag Unterbrechung beim Visum lässt die gesamte Wartezeit von zehn Jahren neu beginnen.“ (Die Grünen Pressemitteilung, 27.3.2013)

Achse	Kriterium	Anzahl	Achse	Kriterium	Anzahl
X	Aberkennung	0	Y	Arbeitsmarkt	2
X	Asyl	0	Y	Ausbildung	3
X	Aufenthalt	20	Y	Gebühren	10
X	Bürgerrechte	7	Y	Ökonomische Situation	15
X	DSP	11	Insg.		30 (+16)
X	Familie	7			
X	Herkunft	5	X/Y	STB-Allg.	16/16
X	Integration	19			
X	Ius Sanguinis	15			
X	Services	8			
X	Sicherheit	0			
X	Soziales Engagement	0			
X	Testung	5			
Insg.		97 (+16)			

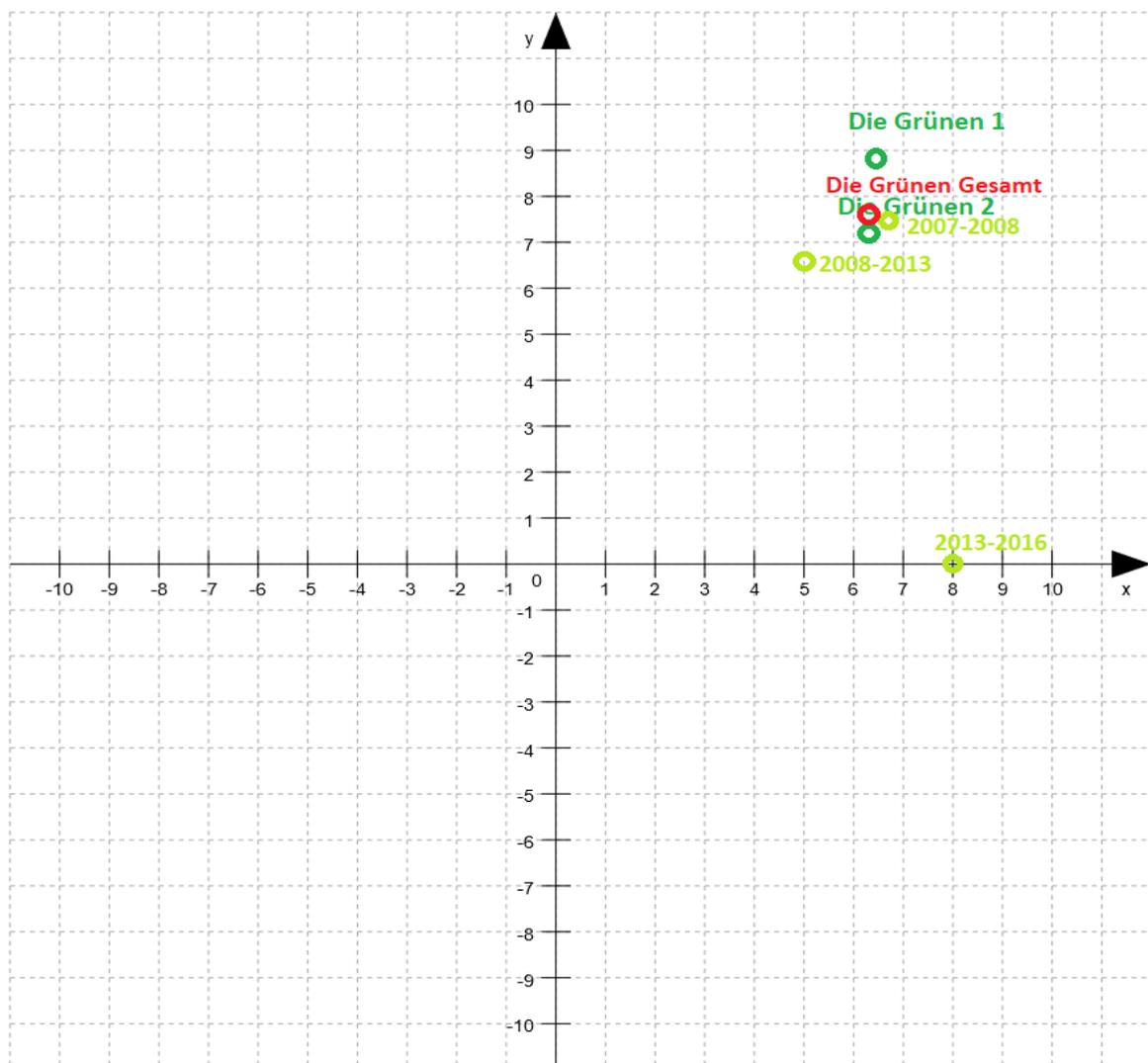
Grafik G5

Die Grünen haben laut der untersuchten Kriterien besonders auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse häufig Stellung bezogen. 113 Kriterien konnten dafür codiert werden, während auf der ökonomischen Y-Achse mit 46 Kriterien weniger als die Hälfte in den Daten auffindbar waren. Nichtsdestotrotz zeigt sich aber auch, dass, obwohl die Grünen oft „Kritik“ auf der WHAT- bzw. Themen-Ebene übten, diese Kritik bisweilen (meist auf der X-Achse) mit „ambivalenten“ bzw. „neutralen“ Haltungswerten versehen wurde. Ein Beispiel hierfür ist die Kritik an der Art der Einbürgerungstests. Aus den codierten *claims* ging dabei nie eine Ablehnung der Tests per se hervor (was mit einem „liberalen“ Wert für das Kriterium „Testung“ versehen worden wäre), auch keine Forderung nach Einbürgerungstests (was laut Grafik M1 mit einem „restriktiven“ Wert zu codieren gewesen wäre), sondern nur eine Kritik an der Art der Durchführung der Tests – sei es bezogen auf ihre Effektivität in der jeweiligen Form, oder eine Kritik an der Fragestellung. Dieses Beispiel zeigt auf, wieso es, speziell auf der X-Achse, manchmal zu „ambivalenten“ bzw. „neutralen“ Haltungen kam.

Dennoch bleibt ein Bild einer Partei bestehen, die bezüglich Einbürgerungsfragen meist „liberale“ bis teils „sehr liberale“ Haltungen in ihren Presseaussendungen einnimmt, sich aufgrund ihrer Aktivitätsmuster als Oppositionspartei stark engagiert, jedoch auch leichte Anzeichen einer zeitweiligen Mäßigung aufweist.

5.2.2 Zusammenfassung der Positionen der Grünen

Insgesamt wurden 78 Pressemitteilungen codiert, die direkt mit Staatsbürgerschaftsfragen zusammenhingen. Unter diesen *claims* konnte drei „restriktive“ Haltungen (3 auf der sozial/demokratie-politischen X-Achse und 0 auf der ökonomischen Y-Achse), 32 „neutrale“ Haltungen (21/11) und 81 „liberale“ Haltungen (50/31) codiert werden. Somit nehmen die Grünen im Analyseraster eine „**liberale**“ Position auf der X-Achse, und eine „**liberale**“ an der Grenze zur „sehr liberalen“ Position auf der Y-Achse ein, was sie mit einem Haltungswert von **(0,64/0,74)** zu einem Musterbeispiel für eine „**expansive**“ Partei macht.



Grafik G6

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Die Haltung, welche die Grünen mittels Pressemitteilungen über den Untersuchungszeitraum zu „Einbürgerung“ eingenommen haben, ist vor allem von der

Kritik an Veränderungen (von den Grünen als Verschärfungen wahrgenommen) des Staatsbürgerschaftsrechts sowie an (zumeist regierenden) Parteien gekennzeichnet. Die Grünen nehmen im untersuchten Themenfeld ihre Rolle als Oppositionspartei somit sehr ernst. Ein weiteres beschreibendes Element der Pressemitteilungen ist die häufige Forderung „liberaler“ Maßnahmen oder Neuerungen im Staatsbürgerschaftsrecht, etwa die Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer und die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft und des „Ius Soli“.

Obwohl die Grünen bisweilen auch „ambivalente“ bzw. „neutrale“ Positionen (besonders) auf der X-Achse einnahmen, zeigte die Partei „sehr liberale“ (wenn auch leicht gemäßigter werdende) Haltungen auf der ökonomischen Y-Achse. Die regelmäßig bestärkten Narrative der „Einbürgerung als Hilfsmaßnahme und Beschleuniger von Integration“, „Österreich als Einwanderungsland“ sowie „gleiche Rechten bei gleichen Pflichten“ zeichnen in Staatsbürgerschaftsfragen das Bild einer kritischen und liberalen Oppositionspartei.

5.3 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs

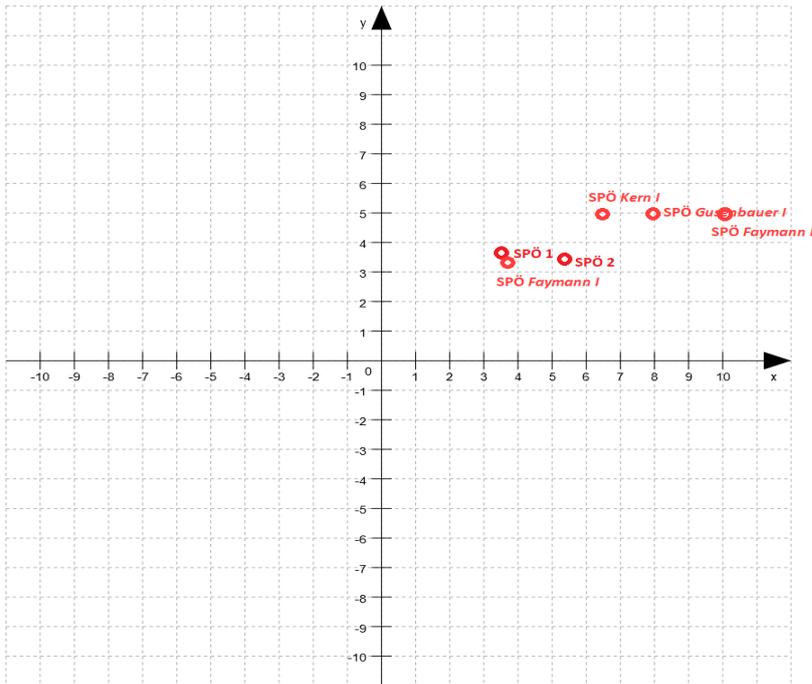
5.3.1 Pressemitteilungen der SPÖ von 1998 bis 2020

Über den Untersuchungszeitraum von 1998 bis 2020 konnten insgesamt 71 Pressemitteilungen der SPÖ codiert werden. Der Durchschnittswert über die Jahre betrug dabei 3,1 Pressemitteilungen pro Jahr. Dieser Schnitt wurde von der SPÖ von 2009 bis 2013 konstant überschritten, wohingegen vor allem am Anfang des Untersuchungszeitraums (1998-2000) sowie am Ende (2018-2020) je eine äußerst geringe Anzahl an Presseausendungen getätigt wurde. Dies lässt sich dadurch erklären, dass gerade in diesen Jahren generell wenige Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerung getätigt wurden.

Während der Regierungsperioden Schüssel I (ÖVP/FPÖ vom Februar 2000 bis Februar 2003) und Schüssel II (ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ von Februar 2003 bis Jänner 2007) wurden insgesamt 29 Pressemitteilungen von der SPÖ (in Grafik S1 als SPÖ1) ausgesendet, darunter 14 als „liberal“ (9 auf der X-Achse und 5 auf der Y-Achse), 25 als „ambivalent“ bzw. „neutral“ (17/8) und keine als „restriktiv“ einzustufende Haltungen. Für die sozial-/demokratiepolitische X-Achse und die ökonomische Y-Achse ergeben sich somit die Werte: 0,35 und 0,39 – ein „liberaler“ Wert auf beiden Achsen.

Für die Jahre der großen Koalition (Gusenbauer I, Faymann I und II sowie Kern I, von Jänner 2007 bis Dezember 2017) wurden insgesamt 40 Presseausendungen von der SPÖ (in Grafik S1 als SPÖ2) getätigt. Darunter befanden sich 31 als „liberal“ (21/10), 31 als „ambivalent“ bzw. „neutral“ (15/16) und eine als „restriktiv“ (1/0) einzustufende Haltungen. Für die jeweiligen Achsen ergeben sich somit die Werte: 0,54 und 0,38 – ein „liberaler“ Wert auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse sowie auch ein „liberaler“ Wert auf der ökonomischen Y-Achse.

Um leichte Veränderungen in den Wertungen ebenfalls aufzeigen zu können, wurden die Haltungswerte für Regierungen mit SPÖ-Beteiligungen nochmals einzeln errechnet (wobei hier die teils großen Unterschiede in den Fallanzahlen zu beachten sind). Gusenbauer I: 0,8/0,5 (5 claims), Faymann I: 0,375/0,35 (27 claims), Faymann II: 1/0,5 (5 claims) und Kern I: 0,66/0,5 (3 claims).



Grafik S1 Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Es zeigt sich somit, dass die SPÖ fast durchwegs im „liberalen“ Bereich der X-Achse verbleibt. Spaltet man den Untersuchungszeitraum auf (sowie es bei der Aufspaltung von „SPÖ 2“ in die vier Regierungsperioden passiert ist), ergibt sich, dass die SPÖ sogar in den „sehr liberalen“ (+0,76 bis +1) Bereich auf der sozial-/demokratiepolitischen Achse vorstößt. Wie bereits festgehalten, darf aber keinesfalls außer Acht gelassen werden, dass die Aufspaltung auch zu sehr viel geringeren Fallzahlen führt und geringe Fallzahlen schon rein statistisch zu „extremere“ Ergebnisse führen können. Ein interessanter Aspekt lässt sich dennoch ausmachen: Die SPÖ bewegte sich tendenziell in Richtung einer „liberaleren“ Staatsbürgerschafts- bzw. Einbürgerungspolitik. Betrachtet man die Haltungswerte der SPÖ Faymann I (Dezember 2008 bis Dezember 2013) mit jener der „SPÖ 1“ (also jene SPÖ von Dezember 2000 bis Jänner 2007), so ähneln sich deren Werte noch sehr stark. Die SPÖ-Regierungen Faymann II und Kern I (sowie auch Gusenbauer I) befinden sich dagegen (auch aufgrund geringerer Fallzahlen) in „liberalen“ bis „sehr liberalen“ Bereichen des Haltungsschemas (Grafik S1). Ein gewisser Wandel der Position der SPÖ bezüglich Staatsbürgerschaft und Einbürgerung über die Jahre ist nicht von der Hand zu weisen.

Die stärksten Jahre der SPÖ (was Anzahl der Pressemitteilungen betrifft) waren die Jahre 2005 und 2013, wobei die Pressemitteilungen aus dem Jahre 2005 vor allem die

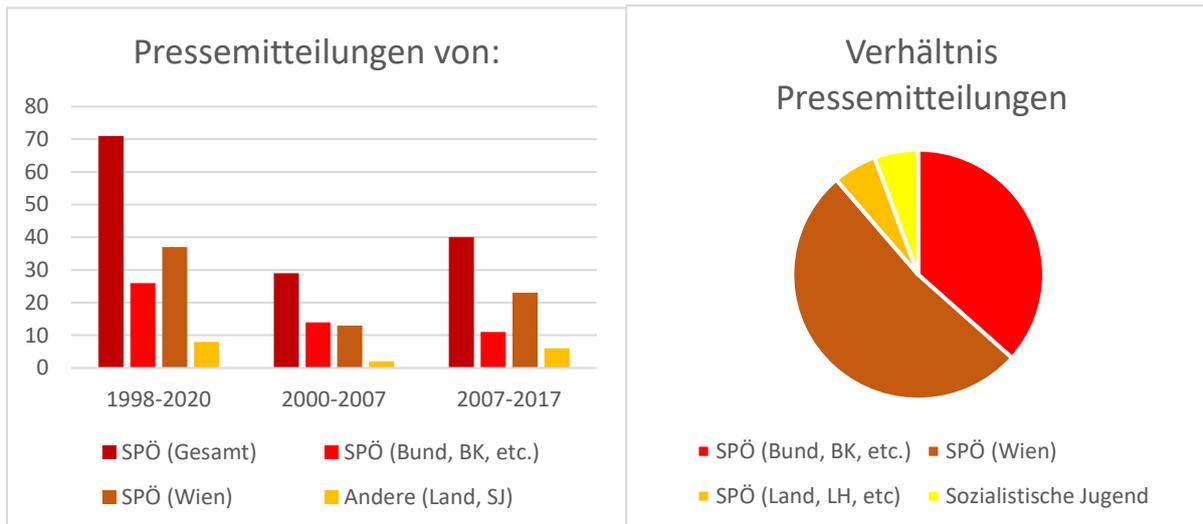
zunächst geplanten und dann auch durchgeführten Verschärfungen des Staatsbürgerschaftsrechts durch ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ behandelten. Auch im Jahre 2006 wirkt dieser Umstand mit sieben Pressemitteilungen noch nach. Von den insgesamt 71 Pressemitteilungen der SPÖ verfielen 31 auf die neun Jahre ohne Regierungsbeteiligung (3,44 pro Jahr) und 40 auf die 14 Jahre mit Regierungsbeteiligung (2,86 pro Jahr).

Jahr	Anzahl SPÖ-Pressemitteilungen	Jahr	Anzahl SPÖ-Pressemitteilungen
1998*	0	2010*	4
1999*	0	2011*	4
2000*	0	2012*	4
2001	1	2013*	9
2002	1	2014*	2
2003	4	2015*	2
2004	3	2016*	2
2005	13	2017*	2 (0)
2006	7	2018	0
2007*	2 (0)	2019	0
2008*	3	2020	2
2009*	6	Insg.	(Durchschnitt: 3,1/Jahr)

Grafik S2

*SPÖ-Regierungsbeteiligung (in Klammer jene ohne Beteiligung)

Von welchen Teilen der SPÖ sind diese Pressemitteilungen ausgegangen? Zu erwarten wäre ein gewisses (die Bundespartei bevorzugendes) Verhältnis zwischen Bund, Land und evtl. den Jugend- und Vorfeldorganisationen der Partei. Die Auswertung der Daten allerdings zeigt, dass die Wiener Landespartei stark themenbestimmend agierte. Dies gilt besonders für die Zeit mehrerer SPÖ-Regierungsbeteiligungen (2007-2017), während die Bundespartei nur während der Jahre der ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ-Regierungen (2000-2007) mithielt (Grafik S3). Die restlichen Landesparteien dagegen waren konstant selten in den Daten vertreten.



Grafik S3

Grafik S4

Es zeigt sich aber nicht nur, dass die anderen Landesparteien äußerst selten Pressemitteilungen zum Thema „Einbürgerung“ aussendeten, sondern auch, dass sich die Sozialistische Jugend Österreich (SJ) dabei genauso oft einbrachte. Im Verhältnis zur Bundes-SPÖ (inklusive Bundeskanzler und SPÖ-Ministern) und insbesondere zur Wiener SPÖ ist deren Anteil aber verschwindend gering. Mit beinahe 40 Pressemitteilungen der Wiener SPÖ zu nur 26 Mitteilungen der Bundes-SPÖ zeichnet sich hier kein ein „Bundes-Lastiges“, sondern eher ein „Wien-Lastiges“ Bild in Sachen Einbürgerungsfragen (Grafik S4).

Diese „Wien-Lastigkeit“ spiegelt sich ebenfalls auf der WHAT- oder Themen-Ebene wider, in welcher das Thema „Verteidigung Wien“ bzw. das Thema „STB-Recht ist Bundesrecht“ relativ häufig (10) codiert wurde. Dieses Thema steht für Pressemitteilungen der SPÖ, welche ein Lob Wiens (oder der Wiener Stadtregierung bzw. der SPÖ Wien) in Sachen Einbürgerungspolitik bzw. eine Reaktion auf eine Kritik oder eine Klarstellung eines von der SPÖ als falsch betitelten kritischen Kommentars eines anderen politischen Akteur*innen beinhalteten (Grafik S5).

„Die Einbürgerungsrichtlinien sind in Wien EU-konform wie in allen Bundesländern“, stellte Häupl klar. Und: „Es gibt bei uns keine vorzeitigen Einbürgerungen!““ (SPÖ-Wien Pressemitteilung, 5.10.2010)

Diese „Verteidigung Wien“ darf aber nicht unhinterfragt als „Verteidigung einer von der SPÖ als liberal wahrgenommen Einbürgerungspolitik der Stadt Wien“ verstanden werden. Denn klar ist: die SPÖ hatte über den gesamten Untersuchungszeitraum eine dominante Position in der Stadt- bzw. Landesregierung Wiens.

Nun wurde bereits angesprochen, dass sich die Bundes-SPÖ (im Vergleich zur SPÖ-Wien) besonders während der Zeit der ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ-Regierungen mittels Pressemitteilungen einbrachte. Dies lässt zunächst darauf schließen, dass Kritik an den jeweiligen Regierungsparteien ein weiteres starkes Themenfeld der SPÖ war. Direkte Kritik an Parteien wurde dabei achtmal codiert (angesprochen wurden einmal die Grünen, sechsmal die FPÖ, einmal die ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ-Regierung und einmal die ÖVP). Kritik an Verschärfungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes bzw. an Novellierungen des Gesetzes wurde 18 Mal in den Pressemitteilungen der SPÖ thematisiert (Grafik S5). Dabei ging besagte Kritik nur sechsmal von der Bundes-SPÖ aus und doppelt so oft von der SPÖ Wien (10) bzw. der SJ (2). Der Fokus lag also stärker auf der Kritik der Veränderung der Gesetzeslage als auf einer Kritik der verantwortlichen Parteien. Zu der „Wien-Lastigkeit“ der SPÖ kommt also auch ein gewisses Beharren auf dem jeweiligen Status Quo der Gesetzeslage des Staatsbürgerschaftsrechts hinzu:

„Die Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz bringt eine Verschärfung, die unnötig und kontraproduktiv ist. Sie ist unnötig, weil wir in Österreich ohnehin eines der strengsten Gesetze zur Staatsbürgerschaft haben und weil es keineswegs so viele vorzeitige Einbürgerungen gibt, wie behauptet“, so SPÖ-Integrationssprecherin Elisabeth Hlavac am Dienstag im Nationalrat.“ (SPÖ Pressemitteilung, 6.12.2005)

Häufigste Themen	Anzahl	Häufigste Jahre (Höchstanzahl)
Kritik STB-Verschärfung	18	2005 (9)
Verteidigung Wien/ STB-Recht ist Bundesrecht	10 (7/3)	2005 (1/3)
STB-Willkommen	10	2007-2016 (1)
Kritik an Partei(en)	8	2004, 2013 (2)
Neuevaluierung	8	2008 (3)

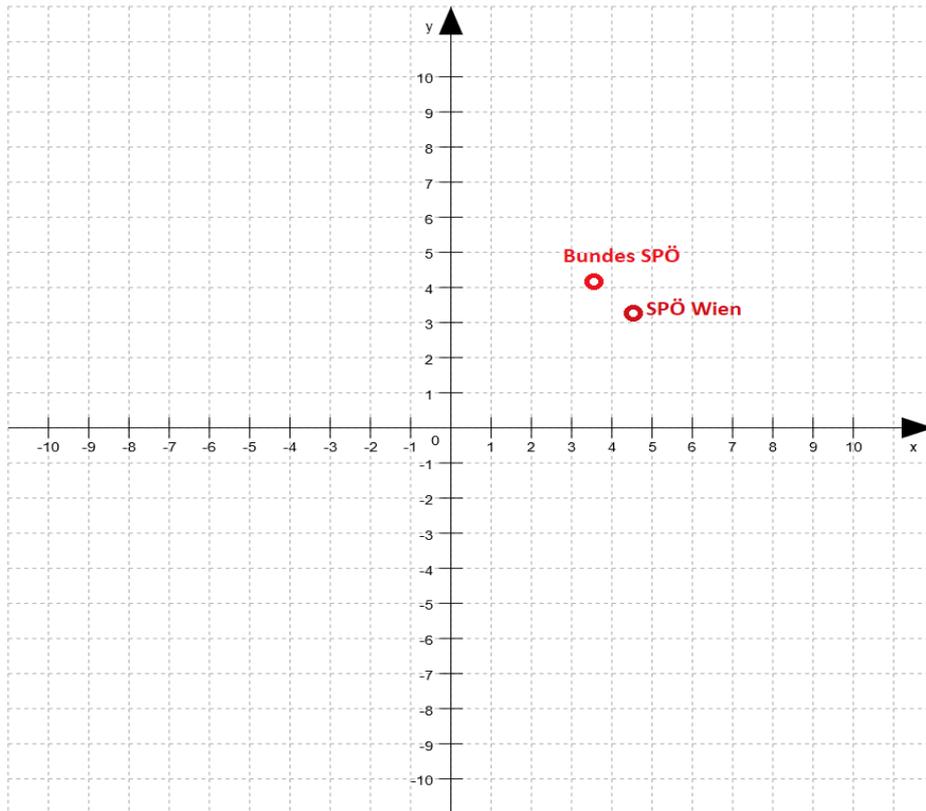
Grafik S5

Ein ebenfalls häufig vorkommendes Thema ist „STB-Willkommen“. Der Code wurde für ein jährliches „Willkommensfest für neue StaatsbürgerInnen“ vergeben, ausgerichtet von der SPÖ Wien und der SPÖ-Integrations-Stadträtin Sandra Frauenberger. Diesen Anlass nutzte die SPÖ Wien, um mittels Pressemitteilungen des PID (Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien) Kritik an Staatsbürgerschafts-Verschärfungen zu nehmen (dies führte dazu, dass die Themen „Kritik-STB-Verschärfung“ und „STB-Willkommen“ teilweise gemeinsam codiert wurden). Spannend ist zudem, dass die SPÖ Wien auch noch Kritik am

Staatsbürgerschaftsrecht übte (bzw. eigene Forderungen wie die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft stellte), als die Bundes-SPÖ bereits in der Regierung vertreten war:

„Die Wiener Integrationsstadträtin unterstrich außerdem abschließend ihre Forderung nach der Doppelstaatsbürgerschaft für die 2. Generation, inklusive Optierung für eine Staatsbürgerschaft ab dem 18. Lebensjahr. Das würde, so Frauenberger, auch dazu beitragen, Identitätsprobleme, die bei der sogenannten zweiten und dritten Generation auftreten und oftmals auch in gesellschaftliche Isolation führen, zu entschärfen.“ (SPÖ-Wien Pressemitteilung, 20.6.2009)

Es zeigt sich, dass die Wiener- und die Bundes-SPÖ nicht vollständig kongruente Positionen bzgl. Einbürgerung vertreten. Eine getrennte Auswertung der Haltungswerte ergab folgende Positionierung im Haltungsschema: Bundes SPÖ (0,36/0,42) bei 26 claims; SPÖ Wien (0,47/0,33) bei 37 claims. Wie sich daraus und aus dem Koordinatenschema (Grafik S6) ergibt, sind beide Parteien aber dennoch dem „liberalen“ Bereich zuzuordnen. Insgesamt nimmt die Bundes-SPÖ eine minimal ausgeglichene Haltung ein (wobei die „liberaleren“ Positionen auf der ökonomischen Y-Achse zu vermerken sind), während die Wiener SPÖ etwas „liberalere“ Positionen auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse vertritt.



Grafik S6

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Was die Kriterien (oder WHY-Elemente) betrifft, wird besonders das Kriterium „DSP“ (Doppelstaatsbürgerschaft) von der SPÖ Wien häufig verwendet (neunmal). Tatsächlich wurden alle codierten „DSP“-Kriterien bei der Wiener SPÖ (bzw. eines bei der SJ) gefunden. Es handelte sich somit um ein Kriterium, das der Bundespartei näher war, während es für die Bundespartei vergleichsweise niedrigere Priorität hatte. Auch bei den Kriterien und „Integration“ (8) und „Aufenthalt“ (7) war die Wiener SPÖ aktiv in ihren Presseaussendungen. Dagegen hatte sich die Bundes-SPÖ eher den Kriterien „Familie“ (7) und „Ökonomische Situation“ (6) verschrieben, was auch erklären könnte, warum die Bundes-SPÖ stärker bzw. liberaler auf der ökonomischen X-Achse vertreten ist als ihr Wiener Pendant. Das Kriterium „STB-Allg.“ wurde von beiden Parteien (zehnmal SPÖ-Wien, achtmal Bundes-SPÖ) ähnlich häufig verwendet.

Im Allgemeinen waren „Integration“ (14), „Aufenthalt“ (13) und „Öko. Situation“ (14), die am häufigsten von der (Gesamt-)SPÖ verwendeten Kriterien (Grafik S7). Betrachtet man die Haltungswerte dieser Kriterien, fällt auf, dass die SPÖ besonders häufig „neutrale“ bzw. „ambivalente“ Haltungen zu diesen Kriterien per Pressemitteilung ausgesendet hat. Dies darf aber nicht als eine Art „leere“ oder „wertlose“ Aussage zu dem jeweiligen Kriterium missverstanden werden, denn sehr oft

handelt es sich bei dem *claim* um ein Drängen um den Erhalt des Status Quo. Demnach wird sehr wohl eine klare politische Position vertreten, denn genauso wie manche Akteur*innen auf eine Liberalisierung oder eine Verschärfung drängen können, muss auch anerkannt werden, dass ein Beharren auf der aktuellen Gesetzeslage (sollte diese als die Bestmögliche empfunden werden), ebenso eine inhaltsvolle Aussage darstellt. Ein Beispiel bezüglich „Aufenthalt“, welches einige der Pressemitteilungen der SPÖ gut beschreibt, lautet wie folgt:

„Einbürgerungen finden derzeit bereits im Regelfall nach zehnjährigem Aufenthalt statt, nur in Ausnahmefällen nach sechs Jahren. Ein Rechtsanspruch besteht überhaupt erst nach 30 Jahren. Im Jahr 2004 wurden in Wien von 16.800 Einbürgerungen nur 800 vor der Frist von zehn Jahren durchgeführt. Im internationalen Vergleich liegen wir mit zehn Jahren Anwartschaft schon jetzt am oberen Limit. Eine weitere Verschärfung ist aus meiner Sicht nicht notwendig“, schloss Wehsely.“ (SPÖ-Wien Pressemitteilung, 05.08.2005)

Sonja Wehsely, zu diesem Zeitpunkt unter anderem Wiener Stadträtin der SPÖ, sagt hier explizit *nicht*, dass eine Verkürzung erwünscht sei, sondern nur, dass eine Verschärfung nicht notwendig sei. Der Status Quo ist – zumindest zu diesem Zeitpunkt und laut dieser Pressemitteilung – die erwünschte („am oberen Limit“ liegende) Situation und nicht eine Liberalisierung.

Nach der Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechts 2005/06 zeigt sich die SPÖ allerdings nicht mehr zufrieden mit der Gesetzeslage und nimmt ab diesem Zeitpunkt eine „liberalere“ Haltung bezüglich Einbürgerungen ein.

„Wir fordern einen eigenen Aufenthaltstitel und sofortigen Arbeitsmarktzugang für Frauen. Wir fordern die Herausnahme der Familienzusammenführung aus der Quote“, so Yilmaz. "Wir fordern Erleichterungen für Binationale Paare und die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft für Jugendliche der 2. Generation. Wir wollen endlich die Schaffung klarer, transparenter und nachvollziehbarer Regelungen für Zuwanderung, die die (sic) Erfordernissen des Arbeitsmarktes ebenso berücksichtigen wie etwa die demographischen (sic) Entwicklung.“ (SPÖ-Wien Pressemitteilungen, 24.06.2008)

Diese „liberalere“ Haltung zeigt sich auch durch die Forderung nach der Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft, welche erst mit dem Jahr 2007 in den Daten auftaucht.

Achse	Kriterium	Anzahl	Achse	Kriterium	Anzahl
X	Aberkennung	0	Y	Arbeitsmarkt	3
X	Asyl	0	Y	Ausbildung	1
X	Aufenthalt	13	Y	Gebühren	3
X	Bürgerrechte	4	Y	Ökonomische Situation	14
X	DSP	10	Insg.		21 (+21)
X	Familie	11			
X	Herkunft	0	X/Y	STB-Allg.	21/21
X	Integration	14			
X	Ius Sanguinis	1			
X	Services	5			
X	Sicherheit	0			
X	Soziales Engagement	0			
X	Testung	2			
Insg.		59 (+21)			

Grafik 57

Der beschriebene Kurs in Richtung „liberalerer“ Haltung der SPÖ setzt sich später, unter anderem mit der Kritik am damaligen Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP) fort. Die Kritik fokussiert sich in einer Presseaussendung vom 29. Oktober 2012 zum Beispiel darauf, dass Kurz mit „der von ihm vorgelegten Novelle“ die Möglichkeit vererbe, ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht zu schaffen. Die SPÖ fordert dabei erneut die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft, die erleichterte Einbürgerung von Angehörigen von NS-Vertriebenen und übt auch Kritik an den geltenden Einkommensuntergrenzen. (vgl. SPÖ-Wien Pressemitteilung, 29.10.2012)

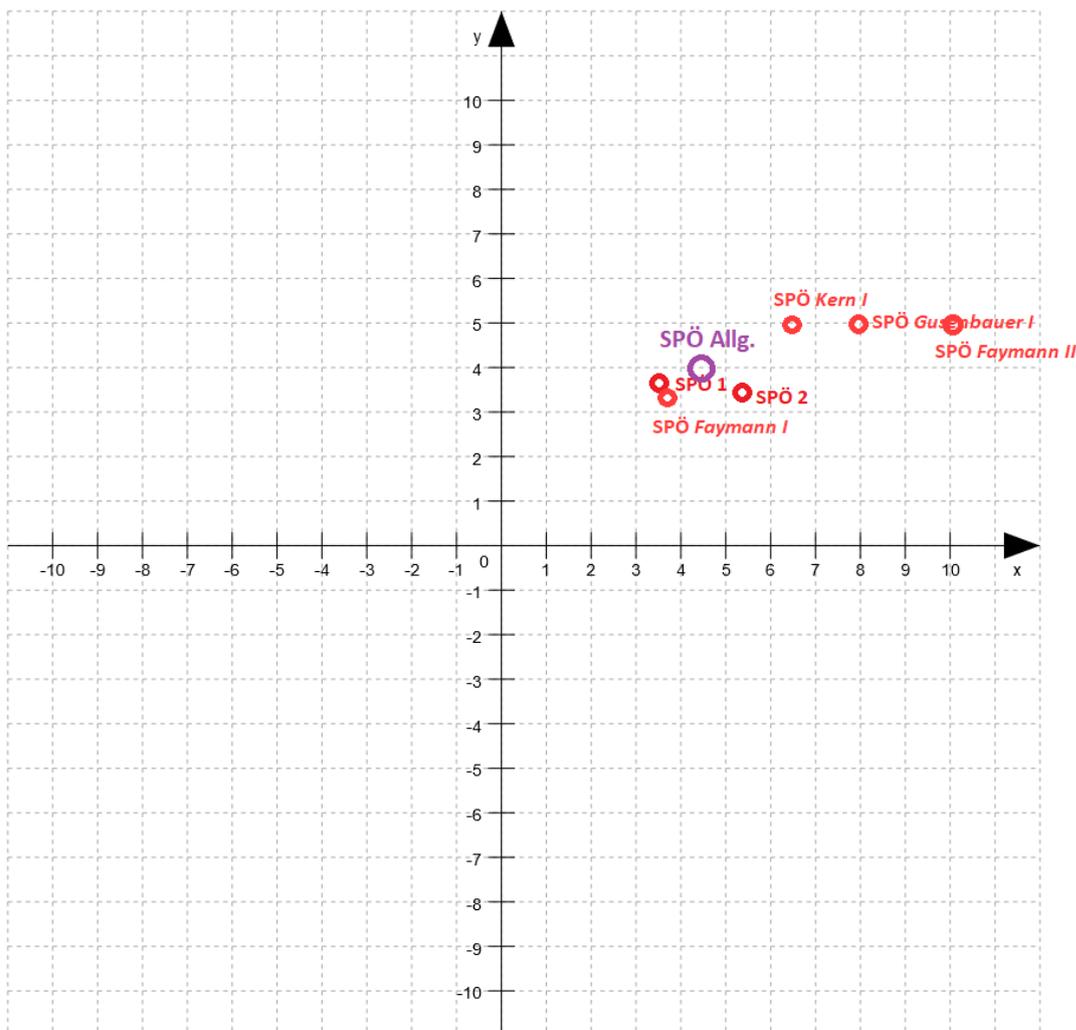
Dennoch muss erneut erwähnt werden, dass die meisten dieser „liberaleren“ Anstöße und Forderungen von der SPÖ-Wien ausgehen, wie auch gewisse Annäherungen an ein Mitbestimmungs- bzw. Wahlrecht für Nichtstaatsbürger*innen oder ein Wechsel vom Abstammungsprinzip zum „Ius Soli“ (oder zumindest eine Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft für in Österreich geborene Kinder) belegen:

„Wer hier lebt, Steuern zahlt und seinen Lebensmittelpunkt aufgebaut hat, muss auch die Möglichkeit zur Mitbestimmung haben.“ Auf besonderes Unverständnis stößt, wie Stadträtin Frauenberger in der Eröffnung der heutigen MIPEX Konferenz betonte, dass in Österreich geborene Kinder ausländischer StaatsbürgerInnen nach wie vor kein Anrecht auf die österreichische Staatsbürgerschaft haben.“ (SPÖ-Wien Pressemitteilung, 30.04.2015)

Die SPÖ kann somit, was den Themenbereich Einbürgerung betrifft, als äußerst „Wien-Lastige“ und mit der Zeit tendenziell „liberaler-werdende“ Partei verstanden werden.

5.3.2 Zusammenfassung der Positionen der SPÖ

Insgesamt wurden 71 Pressemitteilungen der SPÖ codiert, die direkt mit Staatsbürgerschaftsfragen zusammenhingen. Unter diesen *claims* konnte eine „restriktive“ Haltung (1 auf der sozial/demokratie-politischen X-Achse und 0 auf der ökonomischen Y-Achse), 57 „neutrale“ Haltungen (33/24) und 46 „liberale“ Haltungen (30/16) codiert werden. Somit nimmt die SPÖ im allgemeinen Analyseraster eine „**liberale**“ Position auf beiden Achsen (0,45/0,4) ein, was sie zu einem Anwärter für eine „**expansive**“ Partei macht.



Grafik S8

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Abschließend bleibt zu sagen, dass sich die SPÖ in ihrer Ausrichtung bezüglich „restriktiver“ und „liberaler“ Politik anhand dieser Daten von 1998-2020 in sozial-/demokratiepolitisch „liberalere“ Richtung bewegt hat, wobei sich dies in „Ausreißen“ von geringerer Fallanzahl während der Regierungsperioden Gusenbauer I, Faymann II und Kern I zeigt. Diese „Liberalisierung“ ist nur sehr schwach auszumachen und die relevantesten Anstöße und Vorschläge kamen meist über Pressemitteilungen der SPÖ Wien und nicht der Bundespartei.

Die Untersuchung der Pressemitteilungen der SPÖ bezüglich Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsfragen von 1998 bis 2020 zeugt somit von einer „Wien-Lastigen, leicht liberaler-werdenden“ Partei.

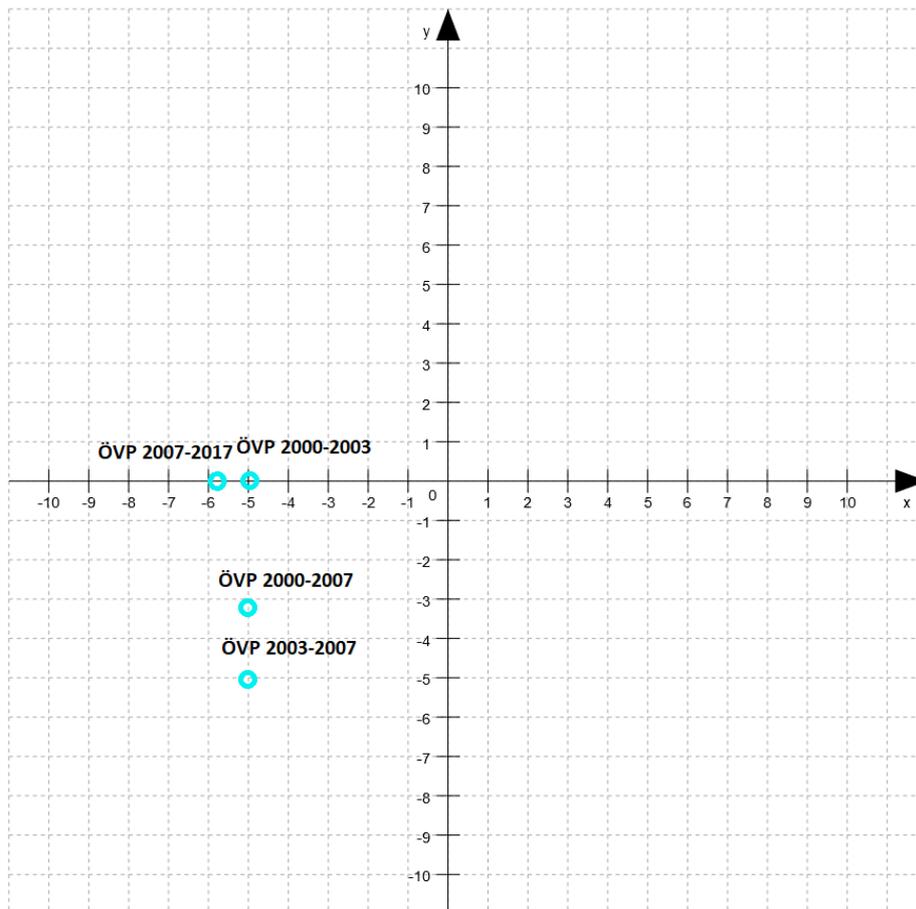
5.4 Die Österreichische Volkspartei

5.4.1 Die Pressemitteilungen der ÖVP von 1998 bis 2020

Von allen untersuchten Parteien konnten von der ÖVP mit Abstand die wenigsten Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerung über den Untersuchungszeitraum codiert werden. Dabei ist anzumerken, dass die ÖVP in diesen Jahren von 1998 bis 2020 (mit Ausnahme der „Expertenregierung“ Bierlein I) immer eine Regierungsbeteiligung auf der Bundesebene innehatte und vier von zehn Bundeskanzler*innen (Schüssel I und II, Kurz I und II) stellte. In den Jahren seit 1998 wurden von der ÖVP nur 38 Pressemitteilungen ausgesendet, keine einzige im Zeitraum von 1.1.1998 bis 4.2.2000 (Regierung Klima I). Elf Pressemitteilungen wurden für die folgenden zwei Regierungsperioden (Schüssel I und Schüssel II) von 2000-2007 codiert. Davon entfielen, anhand der Kriterien/Frames, 10 Haltungen auf die sozial-/demokratie-politische oder X-Achse (5 „restriktiv“, 5 „neutral“/ „ambivalent“, 0 „liberal“), und drei (1 „restriktiv“, 2 „neutral“/ „ambivalent“, 0 „liberal“), auf die ökonomische oder Y-Achse. Für die Regierungsperiode Schüssel I und II (ÖVP 2000-2007) ergeben sich laut der angewandten Formel die Werte: $X = -0,5$; $Y = -0,33$; bzw. $(-0,5/-0,33)$. Aufgespaltet in die Perioden Schüssel I (ÖVP 2000-2003) und Schüssel II (2003-2007) ergeben sich vor allem aufgrund der geringeren Fallzahlen leicht andere Werte: Schüssel I: $(-0,5/0)$ bzw. Schüssel II $(-0,5/-0,5)$.

Während der Jahre der Großen Koalition von 2007-2017, in welchen die ÖVP trotz durchgängiger Regierungsbeteiligung nicht mehr den Bundeskanzler stellte (Gusenbauer I, Faymann I und II und Kern I), tätigte die ÖVP 24 Pressemitteilungen zum Thema. Dabei wurden 23 Haltungswerte auf der X-Achse (13 „restriktiv“, 10 „neutral“/ „ambivalent“) und 13 Haltungswerte auf der Y-Achse codiert (1 „restriktiv“, 1 „liberal“ und 11 „neutral“/ „ambivalent“). Es ergeben sich folgende Werte auf den beiden Achsen: $(-0,57/0)$. Es zeigt sich, dass die ÖVP besonders auf der sozial-/demokratie-politischen X-Achse eine „restriktive“ Haltung vertrat, die sich seit den Regierungsperioden Schüssel I und II sogar noch etwas verschärfte, während die Partei auf der ökonomischen Y-Achse eine gemäßigtere Linie über ihre Pressemitteilungen aussenden ließ. In die Jahre der großen Koalition fällt auch der erste *claim* mit einer als „liberal“ einzustufenden Haltung auf der ökonomischen Achse. Für die Regierungsperiode Kurz I (2 Pressemitteilungen), Bierlein I (0) und Kurz II (1) konnten dagegen kaum Pressemitteilungen der ÖVP codiert werden. Eine genaue

Auswertung dieser Aussendungen (2 „restriktive“ Haltungen auf der X-Achse, eine „liberale“ Haltung auf der Y-Achse) wird somit nicht für drei zusätzliche individuelle Perioden der ÖVP (etwa ÖVP 2017-2019, ÖVP 2019-2020, und ÖVP 2020) im Koordinatensystem angewendet, allerdings für die Gesamtauswertung der ÖVP berücksichtigt.



Grafik Ö1 Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Die Darstellung im Koordinatensystem zeigt, dass sich die ÖVP über die Jahre nur auf der ökonomischen Y-Achse in einem Wandel befindet. Interessanterweise zeigt sich zwischen der ÖVP Schüssel I (ÖVP 2000-2003) und der ÖVP Schüssel II (ÖVP 2003-2007) der größte Unterschied, allerdings liegt dies vor allem an der geringen Fallzahl in der ersten Periode. Die zusammengefasste Periode ÖVP 2000-2007 vermittelt das Bild einer sozial-/demokratiepolitisch sowie ökonomisch „restriktiven“ Partei, die sich in den folgenden Jahren (ÖVP 2007-2017) in ökonomischen Fragen der X-Achse (also dem Null-Wert) angenähert hat, während sie ihre sozial-/demokratiepolitisch „restriktive“ Haltung beibehalten hat.

Jahr	Anzahl ÖVP-Pressemitteilungen	Jahr	Anzahl ÖVP-Pressemitteilungen
1998*	0	2010*	3
1999*	0	2011*	1
2000*	0	2012*	2
2001*	0	2013*	3
2002*	2	2014*	0
2003*	1	2015*	0
2004*	0	2016*	0
2005*	3	2017*	0
2006*	5	2018*	2
2007*	7	2019*	0
2008*	8	2020*	1
2009*	0	Insg.	38 (Durchschnitt: 1,7/Jahr)

Grafik Ö2

*ÖVP-Regierungsbeteiligung (in Klammer jene ohne Beteiligung)

Im Durchschnitt sendete die ÖVP 1,7 Pressemitteilungen pro Jahr aus. Dieser vergleichsweise geringe Wert ergibt sich vor allem daraus, dass die Partei in vielen Jahren (11 von 23) gar keine Pressemitteilungen zu dem Thema aussendete. Dem gegenüber stehen die Jahre 2006, 2007 und 2008, in denen sie über die Hälfte (20 von 38) der *claims* zum Thema tätigte. Staatsbürgerschaftsfragen wurden demnach von der ÖVP besonders am Ende der Regierung Schüssel II sowie während der Regierung Gusenbauer I in den Fokus gerückt.

Gerichtet waren diese *claims* hauptsächlich an die SPÖ bzw. die SPÖ Wien. 9 von 12 Pressemitteilungen, die an eine Partei gerichtet waren, gingen an die Sozialdemokraten. Die Grünen (meist in Verbindung mit der SPÖ) wurden fünfmal von der ÖVP angesprochen, die FPÖ, das BZÖ und die NEOS dagegen je einmal.

Thematisch beschäftigte sich die ÖVP sehr oft explizit mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz selbst, und verhältnismäßig selten mit Fragen, was Staatsbürgerschaft bedeute oder erfordere. Dies zeigt sich erstens an der oft getätigten Aussage, dass die Staatsbürgerschaft als „Hohes Gut“ zu betrachten sei (das Thema „Hohes Gut“ wurde siebenmal codiert), und zweitens am Thema „Neues STB-Gesetz“ bzw. „Lob neues STB-Gesetz“ welches insgesamt 13 Mal für die ÖVP codiert wurde.

„Die Staatsbürgerschaft stellt den formellen Abschluss eines gelungenen Integrationsprozesses dar und ist wahrlich eines der wichtigsten und sensibelsten Dokumente, das der Staat vergeben kann“, betont Kössl, der die im neuen Staatsbürgerschaftsgesetz enthaltenen Integrationskriterien – wie

etwa verlangte Sprachkenntnisse - als effektiven Maßstab bezeichnet.“ (ÖVP Pressemitteilung, 13.2.2008)

Dieser Fokus auf das Gesetz liegt vor allem daran, dass die ÖVP während des gesamten Untersuchungszeitraums (mit Ausnahme der Regierung Bierlein I) auch Regierungsverantwortung trug. Eine Konzentration in den Pressemitteilungen auf die Gesetze, die man aufgrund dessen maßgeblich beeinflusst hat, ist somit nicht verwunderlich.

Häufigste Themen	Anzahl	Häufigste Jahre (Höchstanzahl)
(Lob) neues STB-Gesetz	13 (8)	2007 (4)
Kritik an (Parteien)	12(3)	2006 (3)
Hohes Gut	7	2008 (5)
Integrationsregeln	6	2008 (4)
Sprachenkenntnis	5	2008 (4)

Grafik Ö3

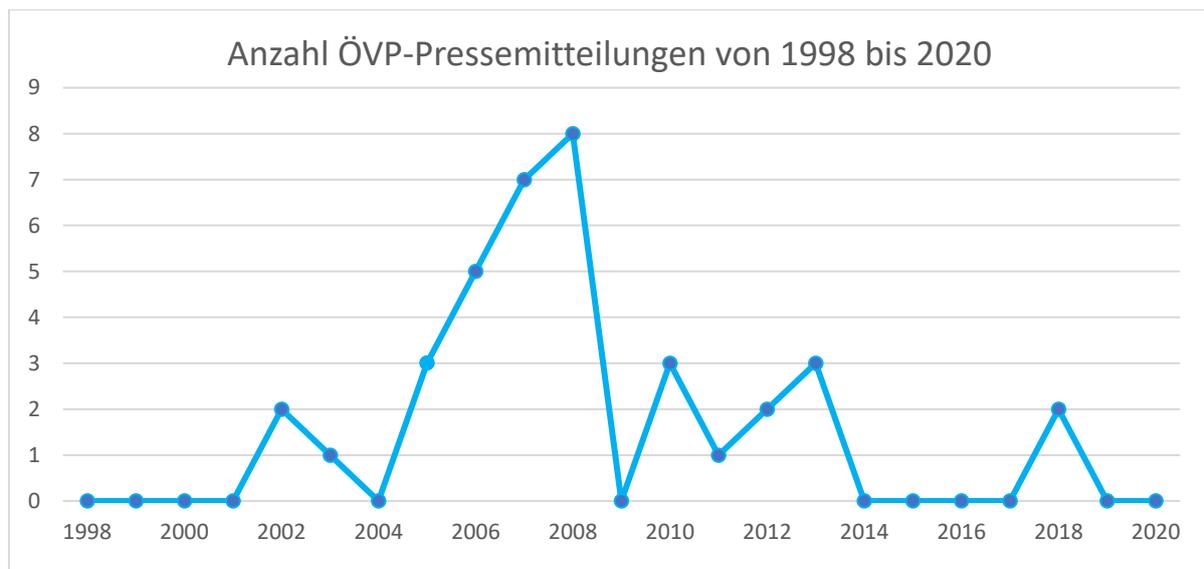
Nichtsdestotrotz hat die ÖVP sich auch zu den Erfordernissen der Einbürgerung geäußert. Besonders im Fokus lagen Integrationsfragen, was sich in den Themen der „Integrationsregeln“ (sechsmal codiert) und der „Sprachenkenntnis“ (fünfmal codiert) widerspiegelte.

„Die österreichische Staatsbürgerschaft ist der Endpunkt eines erfolgreichen Integrationsprozesses und hat daher einen sehr hohen Wert“, bekräftigt der ÖVP-Generalsekretär. Er erinnert auch an die drei Punkte, die Zuwanderer laut ÖVP-Modell einhalten müssen, wenn sie in Österreich leben wollen: "Zuwanderer müssen unsere Sprache lernen, arbeiten wollen und unsere Regeln respektieren sowie sich in unsere Gesellschaft einordnen. Denn Integration bedeutet auch das Erlernen von Spielregeln.““ (ÖVP Pressemitteilung, 21.8.2007)

Das am zweithäufigsten codierte Thema lautet „Kritik an (Parteien)“, wobei hier auch wieder der Fokus der Partei auf das Gesetz deutlich wird. Schlussendlich handelte es sich bei diesem Thema meist um eine Reaktion der ÖVP auf eine Kritik einer anderen Partei oder um Kritik der ÖVP an der (fehlerhaften oder zu lockeren) Umsetzung des Gesetzes in einem (nicht ÖVP-regierten) Bundesland (vor allem Wien). Beispielsweise könne es *„nicht sein, dass die Hälfte aller österreichweiten Neueinbürgerungen in Wien erfolgen“*, wie einer Pressemitteilung der ÖVP aus dem Jahre 2018 zu entnehmen ist. Die Bundeshauptstadt sei *„Sozialmagnet Nummer eins in Österreich“* und die *„Anzahl*

der Mindestsicherungsbezieher“ habe sich „unter Rot-Grün verdoppelt“. (ÖVP-Wien Pressemitteilung, 22.2.2018)

Wie aus Grafik Ö3 hervorgeht, sind die Höchstanzahlen der Themen auf wenige Jahre konzentriert. Alle fünf meistcodierten Themen wurden am häufigsten in Presseausendungen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 getätigt. Dies lässt sich mit der bereits erwähnten überdurchschnittlich hohen Gesamtanzahl an Pressemitteilungen in diesen Jahren erklären (siehe auch Grafik Ö4).



Grafik Ö4

Im Bereich der Frame- bzw. WHY-Spalte konnten insgesamt 72 verwendete Kriterien codiert werden. Dabei entfielen besonders viele auf die sozial-/demokratiepolitische X-Achse (47 spezifische und 8 allgemeine) und relativ wenige auf die ökonomische Y-Achse (9 spezifische und 8 allgemeine). Das mit Abstand häufigste Kriterium stellt dabei „Integration“ mit 22 Codierungen dar. Da für die Partei insgesamt 38 Pressemitteilungen zum Thema Einbürgerung und Staatsbürgerschaft ausgegeben wurden, bedeutet das eine Häufigkeit des Kriteriums „Integration“ von über 57%. Das von der ÖVP vermittelte Bild der Integration, lässt sich mit den Worten des damals amtierenden Innenministers Günther Platter (ÖVP) beschreiben:

„Die österreichische Staatsbürgerschaft stellt den Endpunkt erfolgreicher Integration dar und ist kein Mittel zur Integration“, so der Innenminister: „Die Staatsbürgerschaft ist eines der wertvollsten Güter, die ein Land zu geben hat und soll keinesfalls verschleudert werden.“ (BMI-ÖVP Pressemitteilung, 21.8.2007)

Diese Idee der „Staatsbürgerschaft als Endpunkt erfolgreicher Integration“ findet sich in den Presseaussendungen erstmalig ab dem Jahr 2005 und zieht sich konstant durch die integrationsbezogenen *claims*. Allerdings anfangs noch nicht mit dem (später häufiger auftretenden) direkten Bezug auf Sprache und Sprachkenntnisse, sondern mit der Betonung der Notwendigkeit der *„Orientierung des Fremden am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Österreich“*. Weiters wurde von Einbürgerungskandidaten die Akzeptanz der Werte *„eines europäischen demokratischen Staates und seiner Gesellschaft“* eingefordert. (ÖVP Pressemitteilung, 30.11.2005)

Achse	Kriterium	Anzahl	Achse	Kriterium	Anzahl
X	Aberkennung	0	Y	Arbeitsmarkt	1
X	Asyl	1	Y	Ausbildung	0
X	Aufenthalt	6	Y	Gebühren	0
X	Bürgerrechte	2	Y	Ökonomische Situation	8
X	DSP	0	Insg.		9 (+8)
X	Familie	1			
X	Herkunft	0	X/Y	STB-Allg.	8/8
X	Integration	22			
X	Ius Sanguinis	0			
X	Services	0			
X	Sicherheit	4			
X	Soziales Engagement	2			
X	Testung	9			
Insg.		47 (+8)			

Grafik Ö5

Das Kriterium „Testung“ wurde mit neun codierten Fällen am zweithäufigsten angesprochen. Meist konnten dabei „restriktive“ Haltungen codiert werden. Die ÖVP hatte in diesen Testungen mitunter ein Mittel gesehen, um die bereits angesprochenen Integrationsmaßnahmen konkret umzusetzen und zumindest ein gewisses Mindestmaß an Integration abzuprüfen bzw. den Ermessensspielraum der Behörden bei dieser Prüfung einzuschränken oder zu eliminieren. Was die Umsetzung der Testungen betrifft, gab sich die Partei aber auch kritisch:

„Als ein weiteres Beispiel für die "Augen zu und durch"-Politik der Wiener SPÖ in Sachen Integrationspolitik bezeichnete ÖVP Wien-LAbg. Wolfgang Ulm die Vorgehensweise der SP-Alleinregierung. Die neue Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle sah vor, dass künftig bei Staatsbürgerschaftskandidaten unter anderem auch Grundkenntnisse der Geschichte der Stadt Wien geprüft werden. "Ein Schritt, der eindeutig zu begrüßen ist. Leider war der Beschlussakt in dieser

sensiblen Frage äußerst unvollständig, der Opposition wurden wieder einmal wesentliche Entscheidungsgrundlagen vorenthalten.““ (ÖVP-Wien Pressemitteilung, 22.03.2006)

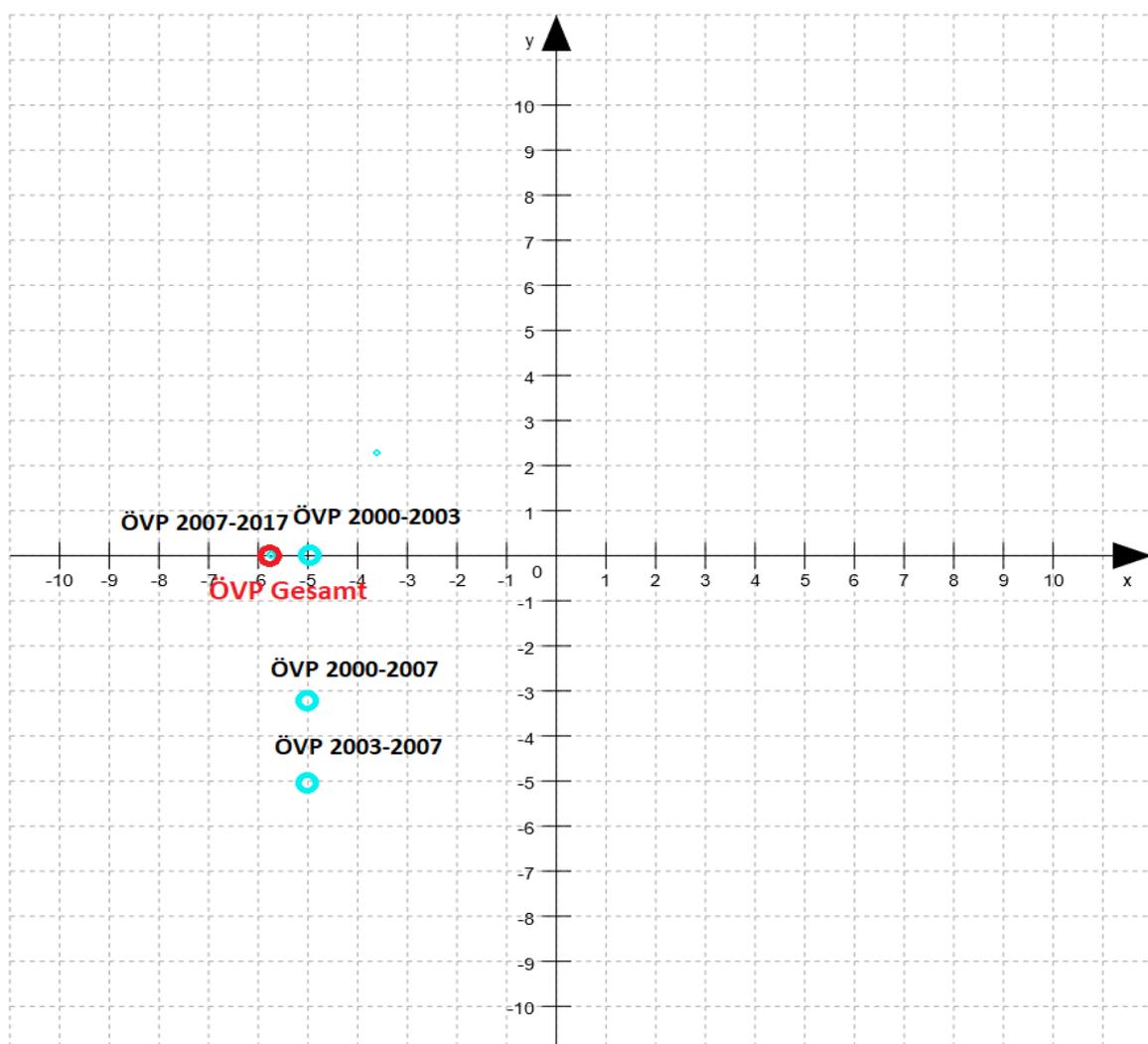
Anfang 2013 führt die ÖVP erstmals explizit die Ausübung von Ehrenämtern und die gesellschaftliche Leistung (Kriterium „Soz. Engagement“) zur beschleunigten Erlangung der Staatsbürgerschaft ins Treffen. Es solle die *„Einbürgerung von fleißigen, gut integrierten Menschen erleichtert werden“*. Menschen *„die ausgezeichnet Deutsch sprechen oder ehrenamtlich engagiert“* seien, könnten *„bereits nach sechs Jahren österreichische Staatsbürger werden“*. Personen, die besser integriert seien, bekämen schneller die Staatsbürgerschaft. Jene, die nicht gut integriert seien, bekämen sie im Gegenzug nicht. (ÖVP Pressemitteilung, 30.04.2013) Es handelte sich aber nicht um ein neues Konzept. Die Idee der „zu erbringenden Leistung“, um sich die Staatsbürgerschaft zu verdienen, war schon seit den ersten untersuchten Pressemitteilungen in der Haltung der ÖVP erkennbar. Ab 2013 hatte sie lediglich konkretere Maße angenommen: Die Erlangung der Staatsbürgerschaft beinhaltet Fristen, diese können jedoch verkürzt werden durch gewisse Leistungen, die die ÖVP als Integrationsfördernd bzw. Integrationsschaffend betrachtet.

Was ökonomische Kriterien betrifft, hat sich die ÖVP in Pressemitteilungen zum größten Teil sehr gemäßigt präsentiert. Nur 2 als „restriktiv“ und 2 als „liberal“ zu codierende Haltungen gegenüber 13 „neutralen“ bzw. „ambivalenten“ Haltungen wurden auf der ökonomischen Y-Achse gefunden. Insgesamt ist die ÖVP also als eine Partei, die „sozial restriktiv“, aber „ökonomisch neutral“ agiert, einzustufen.

Der Leistungsfokus der Partei bezieht sich fast ausschließlich auf gesellschaftliche Leistungen und kaum bis gar nicht auf ökonomische.

5.4.2 Zusammenfassung der Positionen der ÖVP

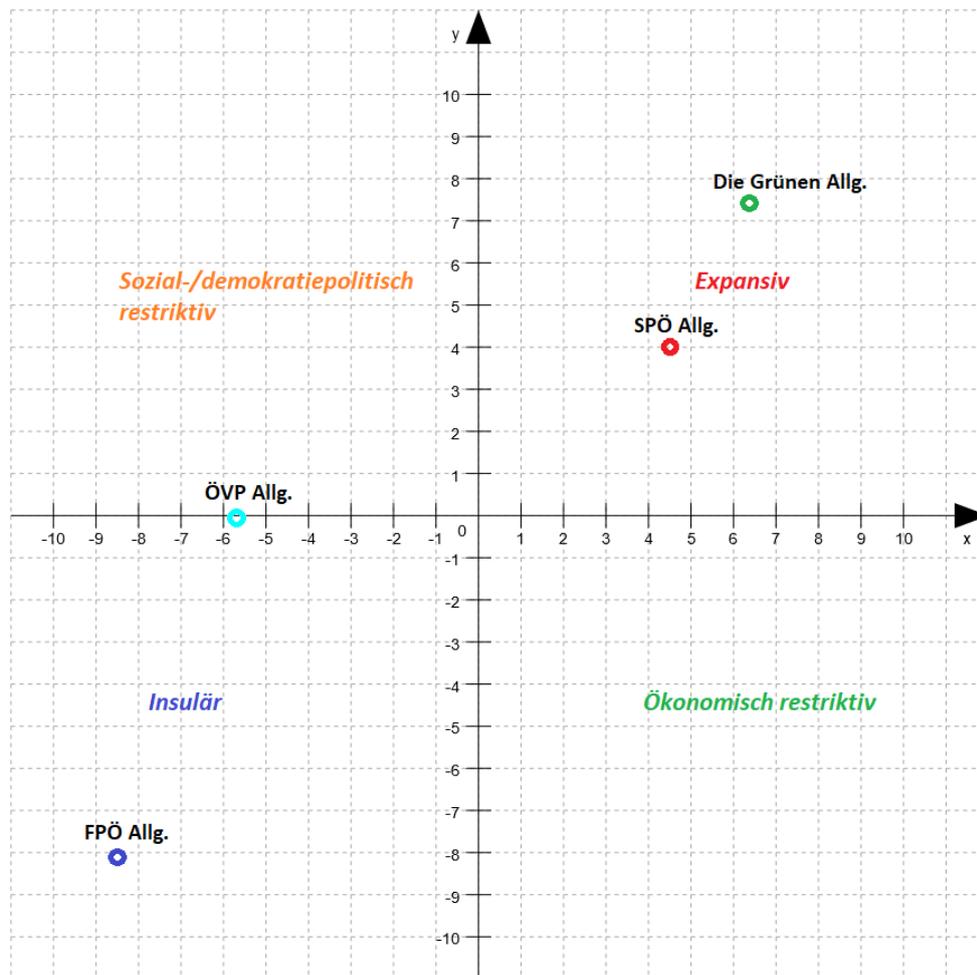
Insgesamt wurden 38 Pressemitteilungen der ÖVP codiert, die direkt mit Staatsbürgerschaftsfragen zusammenhingen. Unter diesen *claims* konnten insgesamt 2 „liberale“ Haltungen (0 auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse und 2 auf der ökonomischen Y-Achse), 28 „neutrale“ bzw. „ambivalente“ Haltungen (15/13) und 22 „restriktive“ Haltungen (20/2) codiert werden. Somit nimmt die ÖVP im allgemeinen Analyseraster eine „**restriktive**“ Haltung auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse und eine „**neutrale**“ bzw. „ambivalente“ Position auf der ökonomischen Y-Achse ein: **(-0,57/0)**. Aufgrund der niedrigen Anzahl an codierten Pressemitteilungen und der Ambivalenz des Haltungswerts, kann die ÖVP allerdings **keinem der Haltungsmuster zweifelsfrei zugeordnet** werden (obwohl die Tendenz der einzelnen Zeitabschnitte eine „insuläre“ Ausrichtung suggeriert).



Die ÖVP zeigt sich somit als Partei, die Einbürgerungen nicht völlig ablehnend gegenübersteht. Vielmehr sieht die ÖVP Einbürgerungen als Risiko der Entwertung des „Hohen Guts“ der Staatsbürgerschaft, welches aber umgangen werden könne, durch die explizite Einforderung von Leistungen zugunsten des Staates bzw. der Bevölkerung durch Staatsbürgerschaftsanwärter. Interessanterweise findet die Einforderung dieser Leistungen nicht auf ökonomischer Ebene (wie etwa durch erhöhte Einbürgerungsgebühren,) statt, sondern vielmehr auf der sozialen und demokratiepolitischen Ebene: Einzubürgernde müssen Wissen über „europäische“ oder „demokratische Grundwerte“ beweisen, sich zu Kultur und gesellschaftlichen Werten bekennen und sich gut und aktiv „integrieren“, insbesondere über den Nachweis von Sprachkenntnissen. Zusätzlich können sie durch das Erbringen ehrenamtlicher Leistungen die Wartezeit für die Einbürgerung deutlich verringern. Die ÖVP kann anhand der Analyse der Pressemitteilungen zu Einbürgerung und Staatsbürgerschaft als „sozial restriktive und Leistungs-thematisierende“ Partei bezeichnet werden.

5.5 Die Ergebnisse der untersuchten Parteien im Vergleich

Für den Vergleich der Positionen der Parteien wurde erneut das zweidimensionale Spektrum verwendet. Um die Positionierung der Parteien besser zu verdeutlichen, wurden einige Zusatzinformationen eingezeichnet. Die vier Haltungstypologien sind fett und kursiv in orange, rot, blau bzw. grün in ihren jeweiligen Quadranten des Koordinatensystems vermerkt („Sozial-/demokratiepolitisch restriktiv“ im linken oberen, „Expansiv“ im rechten oberen, „Insulär“ im linken unteren und „Ökonomisch restriktiv“ im rechten unteren Quadranten).



Grafik V1

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Grafik V1 stellt die Haltung/ Position, die die Parteien über den Untersuchungszeitraum gezeigt haben, dar. Die FPÖ, für die insgesamt 132 Presseaussendungen codiert wurden, kann mit einem Haltungswert von -0,85/-0,81 (-0,85 auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse und -0,81 auf der ökonomischen Y-Achse) als dem Haltungstyp „Insulär“ zugehörig bezeichnet werden. Keine der Parteien äußerte sich zu Einbürgerung so häufig und so konstant „restriktiv“ wie die Freiheitlichen. Die FPÖ

kann dementsprechend nicht nur als „insuläre“ Partei betitelt werden, sie ist auch die einzige Partei, die auf beiden Achsen in die Einteilung „sehr restriktiv“ einzuordnen ist.

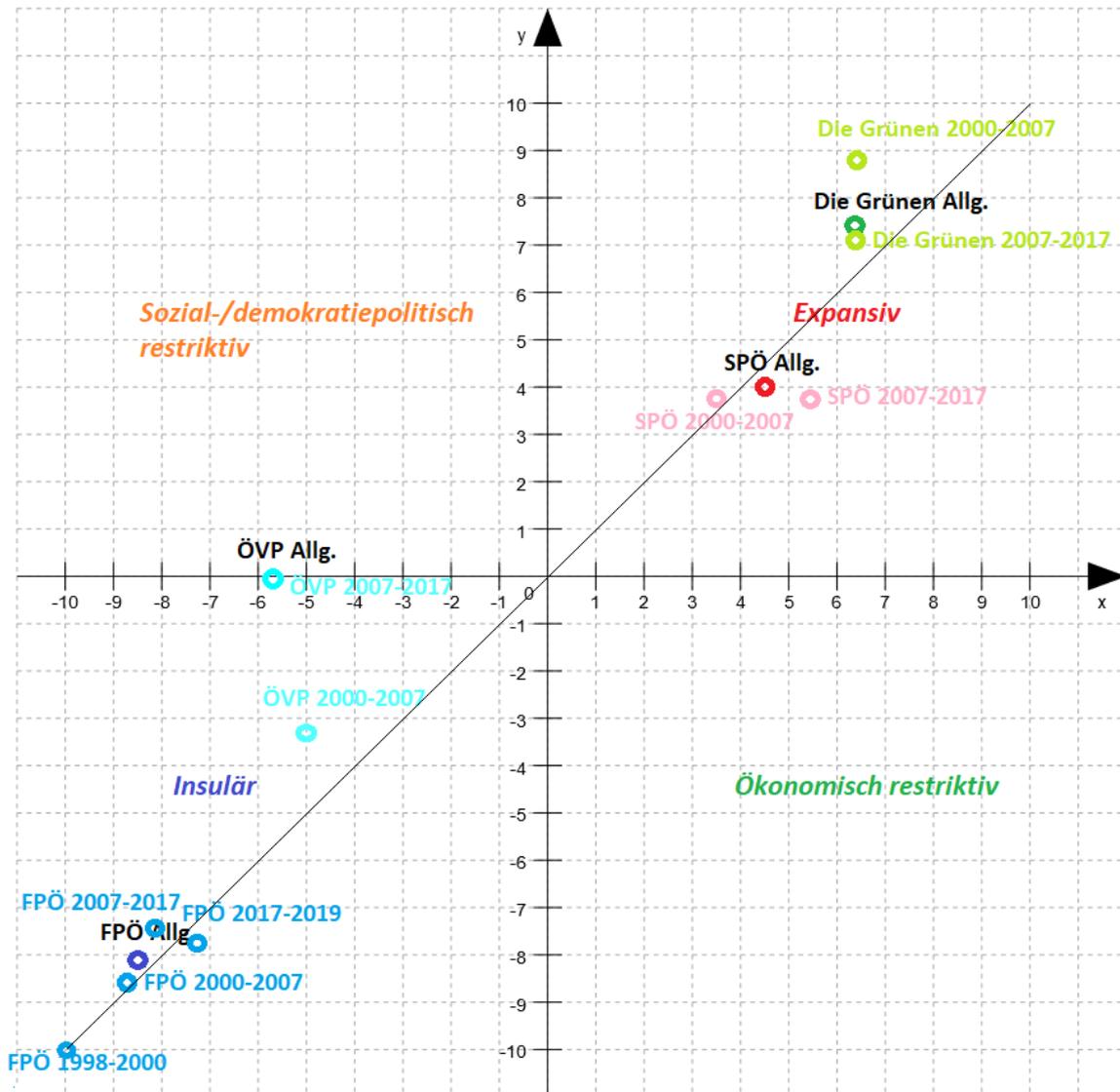
Die Grünen sendeten im Untersuchungszeitraum die zweitmeisten (78) Pressemitteilungen aus. Es konnte ein Haltungswert von 0,64/0,74 festgestellt werden. Es handelt sich somit um einen „expansiven“ Haltungstypus, welcher allerdings auf keiner der Achsen über „liberal“ hinausgeht. Die Grünen nehmen also eine Gegenposition zur FPÖ ein, da sie von allen Parteien die „liberalste“ Haltung zeigen. Jedoch sind sie nicht in derselben Intensität als „liberal“ einzustufen, mit welcher die FPÖ sich als „restriktiv“ bewies.

Ebenso eindeutig im „liberalen“ „expansiven“ Haltungstypus befindet sich die SPÖ mit 71 codierten Pressemitteilungen. Es kann somit ein zweiter diametraler (wenn auch ebenfalls nicht so intensiver) Gegenspieler zur „insulären“ Haltung der FPÖ festgehalten werden.

Die ÖVP kann mit den Haltungswerten -0,57/0,0 keiner Haltungstypologie eindeutig zugeordnet werden. Zwar zeigt sie sich auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse als „restriktiv“, allerdings ist der Haltungswert Null auf der ökonomischen Y-Achse als „neutral“ einzustufen. Ein Grund dafür ist mit hoher Wahrscheinlichkeit die geringe Anzahl an codierten Pressemitteilungen (38). Betrachtet man die ÖVP in einzelnen Zeitabschnitten (siehe Grafik V2), kann eine Tendenz in Richtung „insulär“ beobachtet werden, dies reicht jedoch nicht für eine klare Zuordnung der Partei.

In den Grafiken V1 und V2 nimmt die ÖVP somit den Platz des „Ausreißers“ ein. Die für Grafik V2 eingefügte Linie von -1/-1 bis +1/+1 zeigt die FPÖ, SPÖ und Die Grünen (und auch die Parteien in ihren jeweiligen Zeitabschnitten) als Teil des Gegensatzpaares „Expansiv-Insulär“. Die untersuchten Parteien (in diesem Fall jene drei Parteien mit den meisten codierten Presseausendungen) neigten dazu, sich entweder „restriktiv“ oder „liberal“ auf *beiden* Achsen einzuordnen. Mit Ausnahme der ÖVP, die zumindest von 2000 bis 2007 eine als „insulär“ einzuordnende Haltung zeigt, können keine gravierenden Differenzen in der Haltung in den unterschiedlichen Zeitabschnitten festgestellt werden: Die FPÖ 1998-2000 hält aufgrund der geringen Fallzahl während dieser Jahre eine „sehr restriktive“ Position. Die Grünen zeigen sich von 2000 bis 2007 auf der ökonomischen Achse als „sehr liberal“.

Je mehr eine Partei ihre Haltung über die Pressemitteilungen kommuniziert hat, desto stärker „restriktiv“ bzw. „liberal“ zeigt sie sich im zweidimensionalen Schema auf beiden Achsen. Es muss jedoch angemerkt werden, dass es sich hierbei lediglich um eine Korrelation handelt. Um einen Kausalzusammenhang feststellen zu können, bräuchte es eine andere Untersuchung.



Grafik V2

Die Haltungswerte wurden skaliert und dem Koordinatensystem angepasst

Wie bereits angesprochen, wurde der Untersuchungszeitraum, der Vergleichbarkeit halber, in fünf (unterschiedliche) Zeitabschnitte geteilt: 1998-2000 (Beginn des Untersuchungszeitraums/ Regierung Klima I), 2000-2007 (Schüssel I und Schüssel II), 2007-2017 (Gusenbauer I, Faymann I und II und Kern I), 2017-2019 (Kurz I) und 2019-2020 (Post-Kurz I/ Ende des Untersuchungszeitraums). Was diese einzelnen Zeitabschnitte betrifft, zeigen sich einige Überschneidungen zwischen den Parteien:

Zeitabschnitt (% des Untersuchungszeitraums) / Partei (% der Gesamtaussendungen)	1998-2000 (9,1%)	2000-2007 (30,3%)	2007-2017 (48,2%)	2017-2019 (6,2%)	2019-2020 (6,2%)
FPÖ	4 (3,0%)	57 (43,2%)	56 (42,5%)	11 (8,3%)	4 (3,0%)
Die Grünen	0 (0%)	23 (29,4%)	54 (69,3%)	0 (0%)	1 (1,3%)
SPÖ	0 (0%)	29 (40,9%)	40 (56,3%)	0 (0%)	2 (2,8%)
ÖVP	0 (0%)	11 (29,0%)	24 (63,2%)	2 (5,2%)	1 (2,6%)

Grafik V3

Prozentuelle Aussendung von Pressemitteilungen in den jeweiligen Zeitabschnitten

In den Jahren zwischen 1998-2000, dem drittlängsten Zeitabschnitt (ca. 9,1% des Untersuchungszeitraums), wurden von der FPÖ vier Pressemitteilungen (ca. 3,0% ihrer Gesamtaussendungen) zum Thema Einbürgerung ausgegeben. Von allen anderen Parteien null. Es handelt sich um die jeweils niedrigste prozentuelle Aussendung von Pressemitteilungen aller Parteien im Verhältnis zur Länge des Zeitabschnitts. Die Jahre von 2007-2017, die mit 132 von 274 Monaten (48,2%) beinahe die Hälfte des Untersuchungszeitraums ausmachten, brachten auch die meisten Presseaussendungen von Grünen, SPÖ und ÖVP mit sich. Einzige Ausnahme war die FPÖ, welche im zweitlängsten (aber dennoch deutlich kürzeren) Zeitabschnitt 2000-2007 (30,3%) ihre meisten Pressemitteilungen ausgab (43,2%). Dabei sollte angemerkt werden, dass die FPÖ in diesem Zeitabschnitt auch relativ lange eine Regierungsbeteiligung innehatte. Ein weiterer interessanter Aspekt, der während der Jahre eines weiteren Abschnitts mit FPÖ-Regierungsbeteiligung zum Vorschein kommt: von 2017-2019, dem zweitkürzesten Zeitabschnitt (6,2% des Untersuchungszeitraums), hat die FPÖ immer noch 8,3% (ein verhältnismäßig zwar niedriger, aber für die Partei immer noch der dritthöchste Wert) ihrer Pressemitteilungen ausgegeben. Es ergibt sich ein Kontrapunkt zur ÖVP, die während (fast) des gesamten Untersuchungszeitraums Regierungsbeteiligung innehatte, aber mit Abstand die wenigsten Presseaussendungen zum Thema Einbürgerung ausgab. Somit kann zusätzlich festgehalten werden, dass kein Zusammenhang zwischen Regierungsbeteiligung und Menge an Pressemitteilungen (zum untersuchten Thema) erkennbar ist. Allerdings sollte bedacht werden, dass zusätzlich zur unterschiedlichen Länge der Zeitabschnitte, das Thema Staatsbürgerschaft auch ungleichmäßig oft in der tagespolitischen Debatte prävalent war, was die Menge an ausgesendeten Pressemitteilungen zweifelsohne beeinflusste.

Was die von den Parteien behandelten Themen betrifft, konnten nur wenige Überschneidungen der angesprochenen Punkte ausgemacht werden. Es wurde zwar

des Öfteren ein ähnlicher Themenkreis von zwei Parteien angesprochen: etwa „Ausländerwahlrecht in Wien/ Wähleraustausch“ von der FPÖ und „Verteidigung Wien/ Staatsbürgerschaftsrecht ist Bundesrecht“ von der SPÖ. Dies stand im Zusammenhang mit dem Vorwurf der FPÖ, die SPÖ-dominierte Stadt Wien vergäbe die Staatsbürgerschaft willkürlich, um sich Wähler*innenstimmen zu sichern, was von der SPÖ mehrfach zurückgewiesen wurde. An den Überschriften (welche die teils sehr unterschiedlich vermittelten thematischen Narrative zusammenfassen) zeigen sich die verschiedenen Haltungen der Parteien deutlich.⁷

Ein Themenfeld, dessen sich alle Parteien gerne bedienen, ist „Kritik“ (sowohl an Maßnahmen als auch an Parteien). Die Gesamtanzahl der Erwähnungen der fünf meistbehandelten Themen aller Partei beläuft sich auf 238. Von diesen 238 Erwähnungen sind 89 (37,4%) dem Thema „Div. Kritik“, „Kritik an Partei“ oder „Kritik an Maßnahme“ zuzuordnen. Davon stammten über zwei Drittel der Erwähnungen (61 von 89) von den beiden „expansiven“ Parteien (Die Grünen: 35 Erwähnungen, SPÖ: 26 Erwähnungen). Von der FPÖ stammten dagegen nur 16 und von der ÖVP 12. Gleichzeitig konnten für die ÖVP auch 13 Erwähnungen des Themas „Lob STB-Gesetz“ (also ein Lob für das aktuelle bzw. gerade in Veränderung befindliche Staatsbürgerschaftsgesetz) codiert werden. Ein interessanter Aspekt angesichts der fast durchgängigen Regierungsverantwortung der ÖVP.

Ein Thema, bei dem eine Überschneidung gefunden werden konnte, ist die Betonung der Staatsbürgerschaft als „Hohes Gut“. Dies betrifft allerdings ausschließlich die FPÖ und ÖVP (11 bzw. 7 Erwähnungen). Die inhaltlich narrativen Überschneidungen der Parteien betreffen dabei hauptsächlich den Spracherwerb.

Ein interessanter Vergleich kann zwischen den codierten Kriterien gezogen werden. Das Kriterium „Integration“ konnte 42 Mal in *claims* der FPÖ codiert werden und wurde von der Partei mit 18,7% am häufigsten von allen Kriterien verwendet. Dahinter folgt mit 14,2 % das Kriterium „Ökonomische Situation“, sowie mit 13,8% das Kriterium „Aufenthalt“.

Für die Grünen konnten mit „Aufenthalt“ (15,8%), „Integration“ (15,0%) und „Ökonomische Situation“ (11,8% gleichauf mit „Ius Sanguinis“) die exakt gleichen

⁷ Wie diese Themen von den jeweiligen Parteien vermittelt wurden, ist in den jeweiligen Analysekapiteln der Parteien zu finden und soll hier nicht nochmals aufgearbeitet werden.

Kriterien (aus der Liste von insgesamt 18 unterschiedlichen Kriterien) am häufigsten codiert werden.

Auch für die SPÖ wurden die häufigsten Kriterien als „Integration“ (17,5%), „Ökonomische Situation“ (17,5%) und „Aufenthalt“ (16,3%) codiert.

Eine leichte Abweichung betrifft erneut die ÖVP. Zwar wurde das Kriterium „Integration“ am häufigsten codiert, allerdings mit 39,3% verhältnismäßig oft, und vor allem deutlich häufiger als das zweit- („Testung“ 16,1%) und dritthäufigste („Ökonomische Situation“ 14,3%) Kriterium.

Was also die Kriterien (WHY-Ebene) betrifft, kann ein ähnlicher Fokus zwischen FPÖ, Grünen und SPÖ festgestellt werden. Die Analyse der Parteien (sowie ihrer Position im zweidimensionalen Spektrum) zeigt allerdings, dass diese im gleichen Themenfeld sehr unterschiedliche (teils diametral entgegengesetzte) Ansätze verfolgten. Bei dieser Überschneidung gilt, dass „Integration“ sowie „Aufenthalt“ essenzielle Eckpunkte jeder Debatte bezüglich Einbürgerung sind und es somit auch in den Pressemitteilungen bei diesen Kriterien zu Anhäufungen kommt. Weiters ist das Kriterium „Ökonomische Situation“ eines der eher breit definierten Kriterien dieser Arbeit (Grafik M1), was die Anhäufung erklären könnte.

Insgesamt zeigt der Vergleich der Parteien vor allem die Unterschiede zwischen den Positionen auf. Insbesondere die Differenzen zwischen den „expansiven“ (SPÖ, Die Grünen) und „insulären“ (FPÖ) Parteien, sind hervorzuheben. In gewisser Hinsicht kann von einer *Gegenspieler-Mentalität* gesprochen werden, die sich einerseits durch die Analyse der Pressemitteilungen (und den darin erkennbaren Kritiken dieser Gegenspielerparteien untereinander) zeigen lässt, und andererseits im politischen Spektrum umso deutlicher sichtbar wird.

6. Conclusio

Österreich verfolgt ein restriktives Staatsbürgerschaftsrecht (vgl. Stern/Valchars 2013: 45). In diesem Zusammenhang wurden die, von der SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen vermittelten Haltungen/Positionen zum Thema Einbürgerung von 1998 bis 2020 untersucht. Anstatt sich jedoch auf eine Inhaltsanalyse der Parteiprogramme zu verlassen (welche für das gewählte Ziel im Themenfeld nicht als ergiebig erschien), wurden die Haltungen der untersuchten Parteien in medialer Form betrachtet. Ein geeignetes Mittel ist die Untersuchung von Pressemitteilungen mittels der „Political Claims Analysis“. Forderungen und Äußerungen von Parteien bzw. Angehörigen der Parteien sind diesbezüglich in einem klaren (tages-)politischen Kontext zu verorten und Themen wie Staatsbürgerschaft und Einbürgerungsfragen können in konkreten Situationen betrachtet werden. Im folgenden Abschnitt folgt nun mit der Beantwortung der eingangs formulierten Forschungsfragen eine Rekapitulation und Besprechung der Ergebnisse dieser Analyse.

6.1 Beantwortung der Forschungsfragen

1) Inwiefern können die österreichischen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE anhand ihrer Haltungen zu Staatsbürgerschaftsfragen innerhalb des Untersuchungszeitraums (1.1.1998 -22.10.2020) Haltungs-Typologien zugeordnet werden?

Zunächst wurden vier Haltungstypologien, die sich aus der Datenanalyse bzw. aus der Erstellung des zweidimensionalen politischen Spektrums ergaben, erarbeitet. Diese lauten: „Insulär“, „Expansiv“, „Ökonomisch restriktiv“ und „Sozial-/demokratiepolitisch restriktiv“.

Unter den „insulären“ Haltungstypus fallen Parteien, die sowohl auf der sozial-/demokratiepolitischen X-Achse wie auch auf der ökonomischen Y-Achse des politischen Spektrums „restriktive“ Haltungen vertreten. Ein Beispiel hierfür ist die FPÖ mit einem Haltungswert von -0,85/-0,81 (von maximal -1/-1). Die Partei zeigt in der Analyse durchgängig „restriktive“ bis „sehr restriktive“ Positionen auf beiden Achsen. Die **FPÖ** kann somit bezüglich Einbürgerung als „**sehr restriktive insuläre Partei**“ bezeichnet werden.

Dem „insulären“ Haltungstypus diametral entgegengesetzt, befindet sich der „expansive“ Haltungstypus. Hierunter fallen Parteien, die auf beiden Achsen „liberale“ Positionen vertreten. Sowohl die **SPÖ** (0,45/0,4 von maximal 1/1) als auch **die Grünen**

(0,64/0,74) sind diesem Typus eindeutig zuzuordnen. Die Parteien nahmen zwar in ihrer Intensität keine so starke (oder numerisch „extreme“) Position wie die FPÖ im politischen Spektrum ein, sind aber dennoch beide als **„liberale expansive Partei“** in Bezug auf Staatsbürgerschaftsfragen einzuordnen.

Die **ÖVP** bildet den Ausreißer der vier untersuchten Parteien. Mit einem Wert von -0,57/0 ist sie **keinem der Haltungstypen eindeutig zuzuordnen**. Sowohl „sozial-/demokratiepolitisch restriktiv“ als auch „insulär“ kämen in Frage (wobei der Zeitvergleich eine Tendenz in Richtung „insulär“ aufzeigt). Allerdings kann keiner der beiden Typen schlüssig bestätigt werden. Ein Hauptgrund dafür ist die, im Vergleich zu den anderen Parteien, äußerst niedrige Fallzahl. Konnten für die FPÖ noch 132 Pressemitteilungen zu Einbürgerungen codiert werden, waren es für die ÖVP nur 38.

Ein spannender Aspekt ist die Anordnung der Parteien im zweidimensionalen politischen Spektrum. Es ist eine eindeutige Tendenz jener Parteien mit ausreichenden Fallzahlen (FPÖ, Grüne und SPÖ) zu erkennen, sich entlang einer gedachten Linie im Koordinatensystem von -1/-1 bis +1/+1 zu positionieren, somit entweder „expansive“ oder „insuläre“ Haltungen einzunehmen und in der Debatte bezüglich Staatsbürgerschaft diametral entgegengesetzte Rollen zu spielen. Keine der untersuchten Parteien nahm einen „ökonomische restriktiven“ (aber sozial-/demokratiepolitisch liberalen) bzw. einen „sozial-/demokratiepolitisch restriktiven“ (aber ökonomisch liberalen) Haltungstypus ein.

2) Inwiefern können Unterschiede der Haltungen bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik zwischen den Parteien festgestellt werden?

Anhand der Haltungstypologien und des politischen Spektrums konnten die auf beiden Achsen „liberalen expansiven“ Parteien (Grüne, SPÖ) und die auf beiden Achsen „sehr restriktive insuläre“ Partei (FPÖ) bereits als direkte Gegenspieler ausgemacht werden.

Um die Haltungen der Parteien mittels „Political Claim Analysis“ inhaltlich noch besser zu verstehen, wurde neben der Ermittlung der Haltungswerte und der dementsprechenden Einordnung der Parteien auch die WHAT-Ebene (Themen) der getätigten *claims* untersucht. Hier konnten geringe Überschneidungen zwischen den Parteien festgestellt werden. Die FPÖ und die ÖVP kommunizierten beide das Thema Staatsbürgerschaft als „Hohes Gut“ häufig. Beide Parteien bezogen sich dabei auf die

von Einzubürgernden zu erbringenden Integrationsleistungen. Die FPÖ definierte diese Leistungen meist mit Sprachkenntnis und Akzeptanz der österreichischen Kultur, während die ÖVP vor allem die Sprachkenntnis in den Vordergrund stellte (und überraschend selten auf zu erbringende ökonomische Faktoren pochte). Für SPÖ und Grüne wurde dieses Thema dagegen kein einziges Mal codiert.

Ein Thema, das alle Parteien überdurchschnittlich oft ansprachen, war jenes der „Div. Kritik“. Dabei fiel auf, dass die Grünen (als zweitaktivste Partei der Untersuchung), welche im Untersuchungszeitraum nur wenige Monate Regierungsverantwortung hatten, das Thema „Div. Kritik“ am häufigsten ansprachen. An zweiter Stelle lag die SPÖ, an dritter Stelle die FPÖ (als aktivste Partei und mit der zweitkürzesten Regierungsverantwortung) und an letzter Stelle die ÖVP (die am wenigsten aktive Partei mit der längsten Regierungsverantwortung), wobei die ÖVP öfter für das Thema „Lob“ (am Staatsbürgerschaftsgesetz) codiert werden konnte.

Bei den Themen sind die Unterschiede der Parteien am stärksten zwischen der „insulären“ Partei (FPÖ) und den „expansiven“ Parteien (Grüne und SPÖ) auszumachen. Es kann von einer Art **Gegenspieler-Mentalität** gesprochen werden, d.h. die Parteien treten Kritik oder expliziten Forderungen einer (als ideologischen Gegenspieler empfundenen) Partei mit einer gegensätzlichen Forderung entgegen. Ein Beispiel stellen die Grünen und die FPÖ dar. Während die FPÖ beim Thema „Steigende Einbürgerungen“ immer wieder auf vermeintlich steigende Einbürgerungszahlen aufmerksam machte, und damit das ihrer Ansicht nach zu liberale Staatsbürgerschaftsgesetz anprangerte, kritisierten die Grünen besagtes Gesetz als zu restriktiv und wiesen auf vermeintlich sinkende (oder in geringerem Maße steigende) Einbürgerungszahlen hin. Es zeigt sich hier eine grundlegende Ausrichtung beider Parteien bei Einbürgerungsfragen: eine Partei zieht begrenzte und streng kontrollierte Einbürgerungen eindeutig vor und fordert ein dementsprechend restriktives Staatsbürgerschaftsrecht; die andere Partei sieht allgemeine Vorteile in einer steigenden Anzahl an Einbürgerungen und setzt sich für eine liberale Gesetzeslage ein. In diesem Sinne könnte man die beiden Parteien nicht nur erneut als „insulär“ (FPÖ) und „expansiv“ (Grüne) bezeichnen, sondern als Gegenspieler. Eine ähnliche „**Gegenspieler-Mentalität**“ konnte man auch zwischen SPÖ und FPÖ in der Debatte um vermeintlich willkürlich vergebene Staatsbürgerschaften zum Zwecke des „Stimmenkaufs“ in Wien beobachten.

3) Inwiefern können Veränderungen der Haltungen der Parteien bezüglich Staatsbürgerschaftspolitik festgestellt werden?

Betrachtet man den Wandel der Haltungen der FPÖ in einzelnen Zeitabschnitten (vgl. Grafik V2) kann keine gravierende Veränderung festgestellt werden. Der „extreme“ Haltungswert der Jahre 1998-2000 ist mit der niedrigen Fallzahl in diesem Abschnitt zu erklären. Die Zeitabschnitte von 2000-2007 (-0,88/-0,86) und 2007-2017 (-0,83/-0,74) zeichnen dagegen ein eindeutiges Bild des allgemeinen Haltungswerts der Partei (-0,85/-0,81), wobei sich jedoch auch eine Schwankung auf der Y-Achse von 0,12 von 2007 bis 2017 zeigt. Inhaltlich konnte kein signifikanter Wandel ausgemacht werden. Einzig die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft wurde kurzzeitig eher „liberal“ betrachtet. Allerdings nur solange der Fokus auf der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler*innen lag. Sobald sich die tagespolitische Debatte um Personen drehte, die vermeintlich (illegal) sowohl die österreichische als auch die türkische Staatsbürgerschaft hielten, konnten keine „liberalen“ Haltungen der FPÖ mehr festgestellt werden. Trotz dieser thematischen Stabilität ist die FPÖ bezüglich Staatsbürgerschaftsfragen somit als **ökonomisch** (leicht) **schwankende und sozial-/demokratiepolitisch konsequente** sehr restriktive insuläre Partei einzustufen.

Für die Grünen konnte im politischen Spektrum nur ein geringfügiger Wandel festgestellt werden. Nur während eines Zeitabschnitts kam es bei der Partei zu Forderungen, die ihre Haltung auf der ökonomischen Y-Achse von einer „liberalen“ zu einer „sehr liberalen“ änderten (während sich auf der X-Achse keine Veränderungen zeigten). Inhaltlich traten die Grünen als kritische Oppositionspartei auf, sowohl in Bezug auf Veränderungen des Staatsbürgerschaftsrechts als auch auf andere Parteien. Obwohl die liberalen ökonomischen Forderungen zumindest in späteren Jahren gemäßiger wurden, zeugen die Narrative der „Einbürgerung als Hilfsmaßnahme und Beschleuniger von Integration“, „Österreich als Einwanderungsland“ sowie die Forderung von „gleichen Rechten bei gleichen Pflichten“ von einer **sozial-/demokratiepolitisch konsequenten und ökonomisch** (leicht) **schwankenden** liberalen expansiven Partei.

Eine Veränderung der Haltung der SPÖ ist hauptsächlich über die sozial-/demokratiepolitische X-Achse auszumachen. Vom Zeitabschnitt 2000-2007 (0,35/0,39) zum Zeitabschnitt 2007-2017 (0,54/0,38) kam es zu einer „Liberalisierung“

der Parteiposition auf besagter X-Achse um einen Wert von 0,19, während der Wert auf der Y-Achse konstant blieb; ein merklicher, aber nicht gravierender Wandel. Die angesprochene „Wien-Lastigkeit“ der SPÖ wurde anhand der Menge der von der SPÖ-Wien ausgesendeten Pressemitteilungen im Zeitverlauf eher noch stärker. Die leicht liberaler werdenden Tendenzen auf der X-Achse sprechen für eine **sozial-/demokratiepolitisch** (leicht) **schwankende und ökonomisch konsequente** liberale expansive Partei.

Wie bereits angesprochen, litt die Analyse der ÖVP unter einer äußerst geringen Fallzahl, womit sich eine aussagekräftige Interpretation der Haltung und ihres Wandels als schwierig darstellt. Was bei der in Zeitabschnitte eingeteilten Betrachtung der Partei jedoch auffällt, ist die Schwankung auf der ökonomischen Y-Achse welche von -0,33 (2000-2007) auf 0 (2007-2017) steigt, was eine „liberaler“-werdende Haltung im ökonomischen Bereich vermuten ließe. Insgesamt ist die Datenlage für eine Einordnung der ÖVP (und eine Analyse ihres Wandels) allerdings zu schwach. Zumindest eine Tendenz ist erkennbar: die ÖVP als **sozial-/demokratiepolitisch konsequente und ökonomisch schwankende** Partei.

6.2 Fazit und Ausblick

Diese Masterarbeit befasste sich mit den Haltungen von vier österreichischen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE) zu Fragen der Staatsbürgerschaft von 1998 bis 2020. Mit der angewandten Methode der „Political Claims Analysis“ und einem auf Theorien zu zweidimensionalen Schemata basierenden und eigens erstellten politischen Spektrum wurde eine große Anzahl an Pressemitteilungen jener Parteien untersucht und analysiert. Die angewandte Methode sowie das erstellte politische Spektrum eigneten sich hervorragend, um die Daten auszuwerten, in einen nachvollziehbaren Kontext zu setzen und auf klare Weise darzustellen.

Um die Arbeit in einem arbeitsökonomischen Rahmen zu halten, wurden nur Pressemitteilungen untersucht, obwohl die Methode auch eine Analyse von parlamentarischen Debatten erlauben würde. Ein Schwachpunkt der Arbeit geht mit dieser Entscheidung einher: da die ÖVP nur ein geringes Ausmaß an Pressemitteilungen zum Thema ausgesendet hatte, sind die Ergebnisse für sie als vage zu bezeichnen.

Auch was das Herausarbeiten von Narrativen betrifft, hätte eine Betrachtung der Nationalratsdebatten zusätzliche Einblicke liefern können. Ebenso ist klar, dass andere Methoden existieren, die politische Narrative noch präziser hätten erheben können. Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass der Versuch, die Haltungen der Parteien in ein Verhältnis zu bringen, nicht nachteilig beeinflusst wurde.

Auf den Erkenntnissen dieser Arbeit aufbauend, könnte der Rahmen der untersuchten Daten noch ausgeweitet werden. Eine Betrachtung von Wahl- und Parteiprogrammen aber vor allem ein Blick auf Nationalratsdebatten erscheinen erstrebenswert, um auch andere österreichische Parteien (insbesondere BZÖ und NEOS) analysieren zu können. Dementsprechend wäre es spannend zu sehen, ob diese Parteien in einer der Haltungstypologien verortet werden könnten, in die keine der vier untersuchten Parteien fiel. Ein weiteres mögliches Thema für künftige Arbeiten wäre es, einen länderübergreifenden Parteienvergleich zu ziehen. Dies könnte Einblicke darüber liefern, ob die hier beschriebene „Gegenspieler-Mentalität“ von Parteien über Landesgrenzen hinweg beobachtbar ist. Eine Arbeit, die jene festgestellte Korrelation zwischen der Menge an Pressemitteilungen und der „Intensität“ der Haltung bezüglich Staatsbürgerschaft näher untersucht, könnte ebenfalls interessante Erkenntnisse hervorbringen.

7. Literaturverzeichnis

7.1 Literatur

- Ajanovic, Edma/ Mayer, Stefanie/ Sauer, Birgit (2018): Constructing 'the people': An intersectional analysis of right-wing concepts of democracy and citizenship in Austria, In: *Journal of Language and Politics*, 17(5), 636-654.
- Akkerman, Tjitske (2015): Immigration policy and electoral competition in Western Europe: A fine-grained analysis of party positions over the past two decades, In: *Party Politics*, 21(1), 54-67.
- Bauböck, Rainer (2019): Staatsbürgerschaft und Wahlrecht: Österreich im internationalen Vergleich. In: *Migration und Integration* 8, 179-190.
- Bryson, Maurice/ McDill, William (1968): The Political Spectrum: A Bi-Dimensional Approach, In: LeFevre, Robert (Hg.), *Rampart Journal of Individual Thought*, 4(2), 19-26.
- Çinar, Dilek (1999): „Geglückte Integration“ und Staatsbürgerschaft in Österreich, In: *L'Homme*, 10(1), 45-62.
- Çinar, Dilek (2010): *Country Report: Austria*.
- De Benoist, Alain (1995): End of the left-right dichotomy: The French case, In: *Telos*, 102 (winter).
- Dolezal, Martin/ Ennser-Jedenastik, Laurenz/ Müller, Wolfgang/ Winkler, Anna Katharina (2014): How parties compete for votes: A test of saliency theory, In: *European Journal of Political Research*, 53(1), 57-76.
- Gindler, Allen (2019): *A New Approach to the Question of the Political Spectrum Polarization*.
- Harpaz, Yossi/ Mateos, Pablo (2019): Strategic citizenship: negotiating membership in the age of dual nationality, In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 45 (6), 843-857.
- Huebert, Jacob H. (2010): *Libertarianism today*, ABC-CLIO.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*, cambridge university press.

- Koopmans, Ruud/ Statham, Paul (1999): Political claims analysis: Integrating protest event and political discourse approaches, In: *Mobilization: an international quarterly*, 4(2), 203-221.
- Koopmans, Ruud (2002): *Codebook for the analysis of political mobilisation and communication in European public spheres. Codebook from the Project: The Transformation of Political Mobilization and Communication in European Public Spheres*, 5th Framework Program of the European Commission, EUROPUB Project.
- Kroh, Martin/ Tucci, Ingrid (2009): Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, In: *DIW Wochenbericht*, 76(47), 821-827.
- Leifeld, Philip/ Haunss, Sebastian (2010): A comparison between political claims analysis and discourse network analysis: The case of software patents in the european union, In: *MPI Collective Goods Preprint*, 2010/21.
- Lester, J. C. (1994). The evolution of the political compass (and why libertarianism is not right-wing), In: *Journal of Social and Evolutionary Systems*, 17(3), 231-241.
- Nolan, David (1971): *Classifying and Analyzing Politico-Economic Systems*.
- Perchinig, Bernhard (2010, July): Immigration nach Österreich–Geschichte, Demographie und Politik, In: *Migration und Integration in Europa*, Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 97-116.
- Perchinig, Bernhard (2010): Country Report Austria, In: *The INTEC Project: Integration and Naturalisation Tests: The New Way to European Citizenship*.
- Ray, Paul H. (2002): The new political compass, Retrieved 24.4.2010.
- Rußmann, Uta (2012): Themenmanagement der Parteien im Wahlkampf: Eine Analyse der Presseaussendungen, In: Plasser, Fritz (Hg). *Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich*, Wien, facultas wuv, 141-162.
- Stadlmair, Jeremias (2018a): Party Positions on Economic Criteria for Naturalization in Austria. In: *International Migration*, 56(4), 63–78.

Stadlmair, Jeremias (2018b): Demokratische Mitbestimmung von Fremden aus politikwissenschaftlicher Perspektive, In: Salzburger Landtag/Weiser, Katharina (Hrsg.), *Demokratische Zukunft der (Salzburger) Landesgesetzgebung – Festschrift 100 Jahre Erste Republik*, Wien, Jan Sramek Verlag, 121-155.

Stern, Joachim/ Valchars, Gerd (2013): *Country Report: Austria*.

Valchars, Gerd (2017): „... was wir uns von einem Zuwanderer erwarten“ - Die österreichische Staatsbürgerschaftspolitik als Migrationsmanagement, In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 33(1), 47–74.

Vink, Maarten Peter/ Bauböck, Rainer (2013): Citizenship Configurations: Analysing the Multiple Purposes of Citizenship Regimes in Europe, In: *Comparative European Politics*, 11(5), 621–648.

7.2 Internetquellen

Bauböck, Rainer/ Perchinig, Bernhard (2003): Migrations- und Integrationspolitik in Österreich, Stand Dezember. Internetquelle, unter: <https://www.okay-line.at/file/656/osterr-migr-integr-politik.pdf> (abgerufen am 02.01.2021)

Heinrichs, Johannes (1/2011): *Die Antiquiertheit von Links und Rechts*, Internetquelle, unter: https://www.johannesheinrichs.de/media/155/cms_4dd2520bc3952.pdf?PHPSESSID=d3056b7295d294e541a22dbbb316528a (abgerufen am 03.01.2021)

OTS-Homepage:

<https://www.ots.at/suche?query=einb%C3%BCrgerung&from=01.01.1998&to=22.10.2020&filter=&searchinchannel=on&searchchannel=politik> (abgerufen am 22.10.2020)

Pressemitteilung BMI-ÖVP, 21.8.2007:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070821_OTSO081/innenminister-platter-534-prozent-weniger-einbuengerungen (abgerufen am 3.12.2020)

Pressemitteilung Die Grünen, 31.7.2007:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070731_OTSO138/weinzinger-staatsbuergerschaftsgesetz-rasch-novellieren (abgerufen am 19.11.2020)

Pressemitteilung Die Grünen, 21.8.2007:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070821_OTSO117/weinzinger-zu-einbuengerungen-voellig-verfehlte-integrationspolitik (abgerufen am 19.11.2020)

Pressemitteilung Die Grünen, 27.3.2013:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130327_OTSO056/korun-zu-staatsbuergerschaftsnovelle-schluss-mit-fremd-machen-von-hier-geborenen-kindern (abgerufen 19.11.2020)

Pressemitteilung Die Grünen, 2.5.2013:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130502_OTSO099/korun-zu-staatsbuergerschaftsnovelle-hohe-einkommenshuerde-bleibt (abgerufen am 19.11.2020)

Pressemitteilung FPÖ-Wien, 1.8.2007:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070801_OTSO178/fp-herzog-einbuengerungen-gehen-zurueck-erfreulicher-trend-in-die-richtige-richtung (abgerufen am 7.11.2020)

Pressemitteilung FPÖ-Wien, 15.5.2013:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130515_OTSO239/fp-gudenus-sozialisten-treiben-osmanisierung-oesterreichs-weiter-voran (abgerufen am 8.11.2020)

Pressemitteilung FPÖ-Wien, 21.2.2018:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180221_OTSO141/gudenus-rot-gruen-laesst-einbuengerungen-in-wien-erneut-explodieren (abgerufen am 8.11.2020)

Pressemitteilung FPÖ-Wien, 26.7.2018:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180726_OTSO084/nepp-hohe-arbeitslosigkeit-wiens-ist-produkt-von-rot-gruen (abgerufen am 8.11.2020)

Pressemitteilung ÖVP, 30.11.2005:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20051130_OTSO287/prokop-staatsbuergerschaft-muss-integration-beinhalten (abgerufen am 3.12.2020)

Pressemitteilung ÖVP-Wien, 22.03.2006:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060322_OTS0189/vp-ulm-zu-einbuengerungs-pruefungsfragen-spoee-legt-wieder-einmal-unvollstaendigen-akt-vor (abgerufen am 3.12.2020)

Pressemitteilung ÖVP, 21.8.2007:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070821_OTS0095/missethon-zu-einbuengerungen-positive-wirkung-des-oevp-kurses-eindrucksvoll-unter-beweis-gestellt (abgerufen am 1.12.2020)

Pressemitteilung ÖVP, 13.2.2008:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080213_OTS0123/koessl-zahl-der-einbuengerungen-belegt-verantwortungsvollen-weg-platters (abgerufen am 1.12.2020)

Pressemitteilung ÖVP, 30.04.2013:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130430_OTS0212/raedler-reform-des-staatsbuergerschaftsgesetzes-wichtiger-meilenstein (abgerufen am 3.12.2020)

Pressemitteilung ÖVP-Wien, 22.2.2018:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180222_OTS0142/bluemelwoelbisch-zahl-der-einbuengerungen-in-wien-ueberdimensional-gestiegen (abgerufen am 1.12.2020)

Pressemitteilung SPÖ, 5.08.2005:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050805_OTS0055/wehsely-ma-61-informiert-beratungsstellen-fuer-migrantinnen (abgerufen am 17.11.2020)

Pressemitteilung SPÖ, 6.12.2005:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20051206_OTS0227/hlavac-novelle-zum-staatsbuergerschaftsgesetz-ist-unnoetig-und-kontraproduktiv (abgerufen am 15.11.2020)

Pressemitteilungen SPÖ-Wien, 24.06.2008:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080624_OTS0242/wiener-rechnungsabschluss-sp-yilmaz-wiener-integrationspolitik-international-vorbildlich (abgerufen am 17.11.2020)

Pressemitteilung SPÖ-Wien, 20.06.2009:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090620_OTS0010/frauenberger-willkommensfest-fuer-neue-staatbuergerrinnen-bild (abgerufen am 15.11.2020)

Pressemitteilung SPÖ-Wien, 5.10.2010:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0346/haeuapl-auf-puls-4-das-volk-hat-immer-recht (abgerufen am 15.11.2020)

Pressemitteilungen SPÖ-Wien, 29.10.2012:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121029_OTS0152/gruene-wien-spoee-wienakkilic-yilmaz-kurz-verhoeht-bereits-eingebuergerte (abgerufen am 17.11.2020)

Pressemitteilung SPÖ-Wien, 30.04.2015:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150430_OTS0159/frauenberger-zu-mipex-oesterreich-hinkt-der-realitaet-hinter-her (abgerufen am 17.11.2020)

Republik Österreich (2020): Geltende Fassung des Bundesgesetzes über die österreichische Staatsbürgerschaft:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10005579> (abgerufen am 02.10.2020)

Republik Österreich (2017): Gesamte Rechtsvorschrift für Integrationsgesetz:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung/Bundesnormen/20009891/IntG%2c%20Fassung%20vom%2002.10.2020.pdf> (abgerufen am 01.10.2020)

Republik Österreich (1983): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983 lt.

Bundesgesetzblatt vom 22.3.1983:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1983_168_0/1983_168_0.pdf
(abgerufen am 30.09.2020):

Republik Österreich (1986): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1986 lt.

Bundesgesetzblatt vom 24.07.1986:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1986_386_0/1986_386_0.pdf
(abgerufen am 30.09.2020)

Republik Österreich (1993): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1993 lt.

Bundesgesetzblatt vom 30.07.1993:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1993_521_0/1993_521_0.pdf

(abgerufen am 30.09.2020)

Republik Österreich (1998): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1998 lt.

Bundesgesetzblatt vom 14.09.1998:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1998_124_1/1998_124_1.pdf

(abgerufen am 01.10.2020)

Republik Österreich (2006): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 2005 lt.

Bundesgesetzblatt vom 22.03.2006:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2006_I_37/BGBLA_2006_I_37.pdfsig (abgerufen am 01.10.2020)

Website des österreichischen Parlaments:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0712/#XXVI_I_00189

(abgerufen am 2.10.2020):

8. Anhang

8.1 Codierungstabellen

8.1.1 Die Codierung der FPÖ

N R.	WHO	WHEN	AT WHO M	WHAT	FOR/AGAIN ST	HO W	WHY	X/Y- Werte
1	FPÖ NÖ (NÖ)	17.03.98	SPÖ	Steigende Einbürgerungen (NÖ)	Osteuropäer	Pressemitteilung (P)	Arbeitsmarkt	x/-1
2	X	x	x	<i>Nicht zutreffend, herausgenommen</i>	x	x	x	x
3	FPÖ (F)	30.9.99		Vorzeitige Einbürgerung		P	Aufenthalt	-1/x
4	F	1.10.99		Vorzeitige Einbürgerung		P	Aufenthalt	-1/x
5	F	24.11.99		Vorzeitige Einbürgerung		P	Aufenthalt	-1/x
6	F	9.3.2000		Steigende Einbürgerungen		P	Familie, Öko. Situation	-1/-1
7	F	25.11.00		Steigende Einbürgerungen, Vorzeitige Einbürgerung		P	Familie, Aufenthalt	-1/x
8	F	26.4.01	Grün	Vorzeitige Einbürgerung		P	Integration, Arbeitsmarkt	-1/-1
9	FPÖ Wien (W)	06.07.01		Sozialer Wohnbau		P	Öko. Situation	x/-1
10	W	14.12.01		Ausländer-Wahlrecht (W)		P	Integration, Bürgerrechte	-1/x
11	F	29.1.02	SPÖ W	Ermessens-einbürgerung		P	Integration	0/x
12	F	14.2.02	Grün W	Einbürgerungsoffensive (W)		P	Integration	-1/x
13	F	20.02.02	SPÖ W	Ermessens-einbürgerung		P	STB-Allg.	0/0
14	F	11.11.02	Grün	Steigende Einbürgerungen (W)		P	Familie	-1/x
15	F	13.12.02	SPÖ W	Ausländer-Wahlrecht in Wien		P	Bürgerrechte	-1/x
16	W	13.12.02	SPÖ W	Ausländer-Wahlrecht in Wien			Bürgerrechte	-1/x
17	F	14.2.03	SPÖ W	Ausländer-Wahlrecht in Wien		P	Bürgerrechte	-1/x
18	FPÖ Kärnten (K)	11.03.03		Verschärfung STB Haider		P	Familie, Arbeitsmarkt, Öko. Situation	-1/-1
19	K	28.05.03		Verschärfung STB Haider		P	Familie, Arbeitsmarkt, Öko. Situation, Aufenthalt	-1/-1
20	F	29.5.03		Verschärfung STB Haider		P	STB-Allg.	-1/-1
21	K	7.6.03		Verschärfung STB Haider		P	Familie, Arbeitsmarkt, Öko. Situation, Aufenthalt	-1/-1
22	K	15.8.03		Verschärfung STB Haider		P	Sicherheit, Öko. Situation	-1/-1
23	F	16.08.03		Verschärfung STB Haider		P	Integration, Aufenthalt	-1/x
24	K	18.08.03		Verschärfung STB Haider		P	Öko. Situation, Aufenthalt, Familie, Sicherheit	-1/-1
25	RFJ OÖ	19.8.03	Grün	Einwanderungs-land		P	STB-Allg.	-1/-1
26	F	19.8.03		Verschärfung STB Haider		P	Integration	-1/x
27	K	31.8.03		Kärnten Vorbild		P	Öko. Situation	x/-1
28	F	1.9.03		Steigende Einbürgerungen		P	Familie	-1/x
29	W	29.10.03	SPÖ W	Ausländer-Wahlrecht in Wien		P	Bürgerrechte, Integration	-1/x

30	RFJ	30.3.04		„Umvolkung“		P	Herkunft, Arbeitsmarkt	-1/-1
31	RFJ	31.04.04	RFJ	„Umvolkung“		P	STB-Allg.	0/0
32	F	2.4.04		Hohe Zuwanderung		P	Sicherheit, Aufenthalt	-1/x
33	F	2.4.04	SPÖ W	Häupl nervös		P	Aufenthalt	-1/x
34	F	30.6.04	SPÖ W, Grün W	Ausländer- Wahlrecht in Wien		P	Bürgerrechte	-1/x
35	F	17.9.04		Steigende Einbürgerungen		P	Öko. Situation, Herkunft	-1/-1
36	W	3.12.04	SPÖ W	Steigende Einbürgerungen (W)		P	Integration, Herkunft	-1/x
37	F	19.3.05		Verschärfung STB		P	Integration, Öko. Situation, Aufenthalt	-1/-1
38	F	29.3.05		Verschärfung STB		P	Integration, Öko. Situation, Aufenthalt	-1/-1
39	F	4.7.05		Verschärfung STB		P	STB-Allg.	-1/-1
40	F	25.8.05		Verlängerung Wartefrist (auf 15J), Integrationsvereinbarung Neu		P	Aufenthalt, Integration	-1/x
41	F	25.08.05	BZÖ	Verlängerung STB- Wartezeit		P	Aufenthalt	-1/x
42	F	26.8.05	Grün	Verlängerung STB- Wartefrist, Ius Soli		P	Ius Sanguinis, Aufenthalt	-1/x
43	F	2.9.05		STB Hohes Gut		P	Familie, Aufenthalt	-1/x
44	F	6.9.05		Verschärfung STB		P	Familie, Arbeitsmarkt	-1/-1
45	F	13.9.05		Kritik neues STB- Gesetz		P	Aufenthalt, Integration, Arbeitsmarkt	-1/-1
46	W	20.9.05		FPÖ-Wahlprogramm		P	Integration, Aufenthalt	-1/x
47	F	22.9.05		STB-Gesetz		P	STB-Allg.	-1/-1
48	F	23.9.05	SPÖ	Kritik an Darabos		P	Integration	-1/x
49	F	26.9.05	SPÖ	Kritik an Posch		P	Integration, Ius Sanguinis, Aufenthalt	-1/x
50	F	29.9.05		Terrorismus		P	Herkunft	0/x
51	F	11.11.05		Kritik an neuem STB-Gesetz		P	Öko. Situation, Integration	-1/-1
52	F	14.11.05		Verschärfung STB		P	Öko. Situation	x/-1
53	F	15.11.05		STB-Gesetz		P	Integration, Öko. Situation, Aufenthalt	-1/-1
54	F	6.12.05		Kritik neues STB- Gesetz		P	Aufenthalt, Asyl	-1/x
55	F	6.12.05		Kritik neues STB- Gesetz		P	Arbeitsmarkt, Integration, Sicherheit, Asyl	-1/-1
56	F	14.12.05		Kritik neues STB- Gesetz		P	Arbeitsmarkt, Integration, Sicherheit, Asyl	-1/-1
57	F	24.1.06		STB-Test		P	Testung	-1/x
58	F	25.2.06		STB-Test		P	Testung	-1/x
59	F	1.3.06		Kritik neues STB- Gesetz		P	Arbeitsmarkt, Integration, Sicherheit, Asyl	-1/-1
60	F	16.3.06		Kritik an STB-Test		P	Testung, Integration	-1/x
61	F	4.7.06	SPÖ W	Arbeitslosigkeit		P	STB-Allg.	0/0
62	K	23.8.06	BZÖ K	Kritik an LH Haider		P	STB-Allg.	0/0
63	W	24.1.07		Islamismus	Muslimen	P	Testung, Aberkennung	-1/x
64	F	15.3.07		Einbürgerungs- rückgang		P	Familie	-1/x
65	W	1.8.07		Einbürgerungs- rückgang		P	Integration, Herkunft	-1/x
66	W	2.8.07	SPÖ W	Einbürgerungs- rückgang		P	Ausbildung, Integration, Herkunft	-1/-1
67	W	3.8.07	SPÖ W	Gemeindebau- vergabe Stopp gefordert		P	Öko. Situation, Integration, Herkunft	-1/-1
68	F	20.5.08		Verschärfung STB		P	Integration	-1/x
69	F	9.9.08		Hohes Gut		P	Integration, Arbeitsmarkt	-1/-1
70	F	18.3.09		Druck auf Frauen		P	Integration, Herkunft	-1/x
71	FPÖ ÖÖ (ÖÖ)	20.8.09		Landtagswahl ÖÖ		P	Integration, Herkunft, Arbeitsmarkt	-1/-1
72	ÖÖ	22.8.09	ÖVP ÖÖ	Landtagswahl ÖÖ		P	STB-allg.	0/0
73	ÖÖ	29.8.09		Landtagswahl ÖÖ		P	STB-allg.	-1/-1

74	OÖ	13.9.09		Landtagswahl OÖ		P	Integration	-1/x
75	OÖ	16.9.09		Landtagswahl OÖ		P	Integration	-1/x
76	NÖ	5.11.09	ÖVP NÖ	Kritik an ÖVP	Muslime	P	Herkunft	-1/x
77	F	21.10.10	SPÖ W Grün W	Steigende Einbürgerungen (Wien)		P	Sicherheit, Herkunft	-1/x
78	F	22.10.10	SPÖ W Grün W	Steigende Einbürgerungen (Wien)		P	Sicherheit, Herkunft	-1/x
79	W	12.11.10		Ausländer- Wahlrecht in Wien		P	Integration, Bürgerrechte	-1/x
80	W	18.2.11	SPÖ W Grün W	Kritik an SPÖ W und Grün W	Muslime	P	Herkunft, Sicherheit, Ausbildung, Öko. Situation	-1/-1
81	W	10.8.12	SPÖ W Grün W	Wähleraustausch (Wien)		P	Bürgerrechte	-1/x
82	F	29.10.12	ÖVP	Hohes Gut (Kurz)		P	Integration, Asyl, Aufenthalt	-1/x
83	F	5.11.12	ÖVP	Hohes Gut (Kurz)		P	lus Sanguinis, Aufenthalt, Soz. Engagement	-1/x
84	W	5.11.12	ÖVP	Hohes Gut (Kurz)		P	Aufenthalt	-1/x
85	F	5.2.13		STB Verschärfen		P	Integration, Sicherheit, STB-Verlust, Aufenthalt	-1/x
86	W	19.2.13	SPÖ W	Wähleraustausch (Wien)		P	Herkunft, Öko. Situation	-1/-1
87	W	23.2.13	SPÖ W	Wähleraustausch (Wien)		P	STB-Allg.	-1/-1
88	F	20.4.13	ÖVP	Hohes Gut (Kurz)		P	Integration, Aufenthalt	-1/x
89	F	24.4.13	ÖVP	Hohes Gut (Kurz)		P	Testung, Öko. Situation	+1/0
90	W	25.4.13		Staatsbürgerschaft für Südtiroler	Südtiroler	P	DSP	+1/x
91	W	15.5.13	SPÖ W	Wähleraustausch (Wien)	Muslime	P	Herkunft	-1/x
92	F	20.6.13		STB-Verschärfung		P	Integration, Aufenthalt	-1/x
93	F	2.7.13		Kritik neues STB- Recht		P	Aufenthalt, Integration	-1/x
94	F	4.7.13		Hohes Gut	Türken/Muslime	P	Herkunft, Aufenthalt, Integration	-1/x
95	F	18.7.13	ÖVP	Kritik neues STB- Recht		P	Soz. Engagement, Aberkennung	-1/x
96	W	28.7.13	SPÖ W, Grün W	Wähleraustausch (Wien)		P	Öko. Situation, Wahlrecht	-1/-1
97	F	31.7.13		Asylbetrug, NGO Kritik		P	Asyl	-1/x
98	W	13.8.13	SPÖ W, NGO	Hohes Gut, NGO Kritik		P	Herkunft, Ausbildung, Bürgerrechte	-1/-1
99	W	20.8.13	SPÖ, ÖVP	Wähleraustausch	Türken/Muslime	P	Herkunft, Bürgerrechte, Integration, Öko. Situation, Arbeitsmarkt, Sicherheit	-1/-1
100	W	26.8.13		STB-Anträge Südtiroler	Südtiroler	P	STB-Allg.	+1/+1
101	W	11.7.14	SPÖ W, Grün W	Islamismus- Taskforce		P	Aberkennung, Testung	-1/x
102	W	29.8.14		Islamismus	Muslime	P	Sicherheit, Testung, Aberkennung	-1/x
103	W	19.2.15	SPÖ W, Grün W	Islamismus	Muslime	P	Herkunft, Sicherheit	-1/x
104	F	13.5.15	SPÖ ÖVP	Arbeitslosigkeit		P	Arbeitsmarkt, Öko. Situation	x/0
105	OÖ	13.4.16		Steigende Einbürgerungen		P	STB-Allg.	-1/-1

106	F	14.4.16		Steigende Einbürgerungen		P	STB-Allg.	-1/-1
107	F	22.7.16		Türkische DSP	Türken	P	DSP, Integration, Herkunft	-1/x
108	W	6.8.16	SPÖ W, Grün W	Armutszuwanderung		P	Öko. Situation, Bürgerrechte	-1/-1
109	F	8.2.17		Hohes Gut	Syrer, Afrikaner, Araber	P	Öko. Situation, Ausbildung, Herkunft	-1/-1
110	W	8.2.17	SPÖ W	Wähleraustausch		P	Bürgerrechte, Aufenthalt	-1/x
111	F	19.4.17		Verfassungsreferendum in Türkei, Einbürgerungsstopp für Türken	Türken	P	STB-Allg.	-1/-1
112	OÖ	1.5.17		Verfassungsreferendum in Türkei, Einbürgerungsstopp für Türken	Türken	P	STB-Allg.	-1/-1
113	F	1.5.17		Verfassungsreferendum in Türkei		P	DSP	-1/x
114	W	18.5.17	SPÖ	Türkische DSP		P	DSP	0/x
115	W	11.7.17		Mindestsicherung (Wien)		P	Öko. Situation	x/0
116	F	10.10.17	SPÖ	Arabischer Wahlkampfaufruf		P	Integration	-1/x
117	W	20.10.17	SPÖ	Wahlrecht nur für STB		P	Bürgerrechte, Öko. Situation	-1/-1
118	W	4.12.17	SPÖ	Flüchtlinge in Wiener Jugendwohnhäuser	Flüchtlinge	P	Asyl	0/x
119	W	21.2.18	SPÖ W, Grün W	Steigende Einbürgerungen (Wien)		P	Öko. Situation, Ausbildung, Sicherheit, Asyl	-1/-1
120	K	22.2.18	SPÖ K, ÖVP K, Grün K	Wahlkampf K, Steigende Einbürgerung	Asylberechtigte	P	Asyl, Öko. Situation	-1/-1
121	W	17.5.18	SPÖ W, Grün W	Wähleraustausch (Wien)		P	Öko. Situation, Bürgerrechte	-1/-1
122	W	31.5.18	SPÖ W	Mindestsicherungsreform, Wähleraustausch (Wien)		P	Aufenthalt, Bürgerrechte	-1/x
123	W	26.7.18	SPÖ W, Grün W	Wähleraustausch (Wien)		P	Bürgerrechte, Öko. Situation	-1/-1
124	W	19.10.18	SPÖ W	DSGVO Türschilder		P	STB-Allg.	0/0
125	F	15.12.18	SPÖ W	Wähleraustausch (Wien)		P	Bürgerrechte, Öko. Situation	-1/-1
126	W	12.2.19	SPÖ W, Grün W	Wähleraustausch (Wien)	Muslimen	P	Bürgerrechte, Öko. Situation, Sicherheit, Herkunft	-1/-1
127	W	21.2.19	SPÖ W, Grün W	Wähleraustausch (Wien), Islamismus		P	Öko. Situation, Bürgerrechte, Integration, Sicherheit	-1/-1
128	BM Sport (FPÖ)	25.2.19		Einbürgerung für Fußballer Barnes		P	STB-Allg.	0/0

12 9	F	12.3.19	SPÖ	STB-Entzug für IS-Kämpfer nicht rechters		P	Aberkennung	0/x
13 0	W	9.8.19	SPÖ W, Grün W	Steigende Einbürgerungen (Wien)		P	Integration	-1/x
13 1	F	5.12.19	EUGH	EUGH schützt illegale DSP		P	DSP, Aberkennung	0/x
13 2	F	14.2.20	ÖVP, Grün	Hohes Gut, steigende Einbürgerungen		P	STB-Allg.	-1/-1
13 3	W	3.7.2020	Türkische Botschaft	Türkische Einbürgerungen stoppen	Türken	P	STB-Allg.	-1/-1

8.1.2 Die Codierung der Grünen

NR.	WHO	WHEN	AT WHOM	WHAT	FOR/AGAINST	HOW	WHY	X/Y-Werte
1	Grüne (G)	1.3.2001	FPÖ	Kritik an FPÖ		Pressemitteilung (P)	Aufenthalt, Gebühren	+1/+1
2	G	26.9.01	ÖVP	Kritik an ÖVP Integrations-Entwurf (IM Strasser)		P	Services	+1/x
3	G	6.2.02	ÖVP	Kritik an ÖVP-Ausländerpaket (IM Strasser)		P	Aufenthalt, Familie, Bürgerrechte, Arbeitsmarkt, Öko. Situation	+1/+1
4	W	13.2.02	ÖVP, FPÖ	Soforteinbürgerung		P	STB-Allg.	+1/+1
5	W	13.2.02	ÖVP, FPÖ	Soforteinbürgerung		P	STB-Allg.	+1/+1
6	W	4.3.02	ÖVP, FPÖ	Kritik an Integrationsvereinbarung, Idee Stadtbürgerschaft		P	Services, Familie, Bürgerrechte, Aufenthalt, Öko. Situation	+1/+1
7	G	15.3.02	ÖVP, FPÖ	Ö ist Einwanderungsland		P	STB-Allg.	+1/+1
8	G	5.7.02	ÖVP, FPÖ	Kritik an Integrationsvereinbarung/ Fremdengesetz		P	Services	+1/x
9	G	17.8.03	ÖVP T, FPÖ K	Kritik an STB-Verschärfungsforderung (van Staa, Haider)		P	Aufenthalt, DSP	0/x
10	G	30.3.04		Einwanderungsland, DSP		P	DSP, Herkunft	+1/x
11	G	31.3.04	ÖVP, FPÖ	Kritik an „Umvolkung“-Sager		P	Herkunft	0/x
12	G	14.4.04	ÖVP, FPÖ	Kritik an „Umvolkung“-Sager		P	Herkunft	0/x
13	W	24.2.05	BZÖ	Kritik an STB auf Zeit		P	DSP, Gebühren	+1/+1
14	G	24.2.05		STB Europäisierung		P	DSP, Services, Gebühren	+1/+1
15	G	13.9.05		Erleichterung STB, lus Soli		P	Aufenthalt, lus Sanguinis	+1/x
16	G	15.11.05		Kritik an STB-Verschärfung		P	Integration, Aufenthalt	0/x
17	W	21.3.06		Kritik an Art der Einbürgerungsprüfung		P	Testung	0/x
18	W	9.5.06	ÖVP, BZÖ	Kritik an Regierung, STB-Verzögerung		P	Testung	0/x
19	NÖ	14.5.06	ÖVP	Fehlende Integrationsanreize		P	Integration, Herkunft, Aufenthalt	+1/x
20	W	22.5.06	ÖVP	Kritik an ÖVP-Linie		P	Integration, Herkunft	0/x
21	G	1.6.06	FPÖ	Skandalisierung von Einbürgerungen		P	STB-Allg.	0/0
22	G	22.8.06		Kritik an STB-Gesetz		P	Familie	+1/x
23	W	20.9.06		Kritik an STB-Tests		P	Testung	+1/x
24	W	14.3.07		Geringere Einbürgerungen/ Integrationsfehler (IF)		P	Integration	+1/x
25	W	24.5.07		Kritik an Fremdenrecht		P	Familie	0/x
26	G	31.7.07		Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Aufenthalt, lus Sanguinis, DSP, Öko. Situation, Gebühren	+1/+1
27	NÖ	1.8.07		Geringere Einbürgerungen/ IF (NÖ)		P	lus Sanguinis, Service, Aufenthalt	+1/x

28	G	21.8.07		Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Aufenthalt, Integration, Gebühren	+1/+1
29	NÖ	29.8.07	ÖVP NÖ	Kritik an ÖVP NÖ (Pröll)		P	STB-Allg.	0/0
30	W	11.10.07	FPÖ	Kritik an FPÖ		P	Testung	0/x
31	G	13.11.07		Geringere Einbürgerungen		P	Aufenthalt/ Gebühren	+1/+1
32	NÖ	13.12.07		Kritik an ÖVP-Aussagen		P	Integration	0/x
33	W	13.2.08	SPÖ W	Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Integration	+1/x
34	G	13.2.08	ÖVP	Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Integration	-1/x
35	W	17.5.08	ÖVP	IF		P	Integration	+1/x
36	G	20.5.08		Glawischnig, EURO 2008		P	STB-Allg.	0/0
37	W	30.10.08		Begleitung		P	Service, Ausbildung	+1/+1
38	G	27.12.08	ÖVP, SPÖ	Fall Zogaj		P	Integration	+1/x
39	G	13.2.09		Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Gebühren, Aufenthalt, Integration	+1/+1
40	OÖ	4.10.09		Staatssekretariat für Mig. und Integration gefordert		P	Integration	-1/x
41	G	13.10.09		Kritik neues Fremdenrecht		P	STB-Allg.	0/0
42	G	16.10.09	ÖVP, SPÖ	Kritik neue STB-Verschärfung		P	STB-Allg.	0/0
43	G	17.11.09		Geringere Einbürgerungen/ IF		P	Integration	-1/x
44	G	21.1.10		Investoren/Promis	Investoren/ Promis	P	STB-Allg.	+1/+1
45	G	12.2.10		IF/ Gleiche Rechte/Pflichten		P	Aufenthalt, Gebühren	+1/+1
46	G	26.8.10	ÖVP	Kritik an IM Fekter		P	STB-Allg.	0/0
47	G	30.9.10	ÖVP	Investoren/Promis	Investoren/ Promis	P	STB-Allg.	0/0
48	G	30.9.10	ÖVP	Investoren		P	STB-Allg.	0/0
49	G	9.2.11	ÖVP	Kritik neue STB-Verschärfung		P	Services, Ausbildung	+1/+1
50	G	18.2.11	ÖVP, SPÖ	Kritik neue STB-Verschärfung		P	STB-Allg.	+1/+1
51	G	27.2.11	ÖVP	Kritik neue STB-Verschärfung		P	Integration	+1/x
52	G	1.7.11	ÖVP	Kritik neue STB-Verschärfung		P	STB-Allg.	+1/+1
53	G	11.11.11	ÖVP, SPÖ	IF/ Gleiche Rechte/Pflichten		P	Integration, Bürgerrechte	+1/x
54	W	3.10.12		Rot-Grün W, erleichterte STB-Forderung		P	DSP, lus Sanguinis Integration, Öko. Situation	+1/+1
55	G	28.10.12		erleichterte STB-Forderung		P	lus Sanguinis, Aufenthalt Integration, Öko. Situation	+1/+1
56	G	29.10.12	ÖVP	erleichterte STB-Forderung, Gleiche Rechte/ Pflichten		P	Aufenthalt, Bürgerrechte	+1/x
57	W	29.10.12	ÖVP	Kritik ÖVP (Kurz)		P	DSP, Familie, Öko. Situation	+1/+1
58	G	2.11.12	ÖVP	Investoren/Promis	Investoren/ Promis	P	STB-Allg.	0/0
59	G	6.11.12	ÖVP, SPÖ	VFGH-STB-Beschluss		P	Öko. Situation	x/+1
60	G	17.1.13	ÖVP, SPÖ	VFGH-STB-Beschluss, Gleiche Rechte/Pflichten		P	lus Sanguinis, Bürgerrechte, Gebühren	+1/+1
61	G	4.2.13		erleichterte STB-Forderung		P	lus Sanguinis, Öko. Situation	+1/+1

62	G	5.2.13	ÖVP, SPÖ	Kritik neues STB-Recht, erleichterte STB-Forderung		P	Ius Sanguinis, Aufenthalt, Öko. Situation	+1/+1
63	G	6.2.13	ÖVP, SPÖ	Kritik neues STB-Recht		P	Öko. Situation	x/ +1
64	G	5.3.13		Kritik neues STB-Recht, erleichterte STB-Forderung	Investoren/ Promis	P	DSP	+1/x
65	W	6.3.13	SPÖ, ÖVP	Kritik neues STB-Recht			DSP, Familie, Integration, Öko. Situation	+1/+1
66	G	27.3.13	ÖVP, SPÖ	Kritik neues STB-Recht, erleichterte STB-Forderung		P	Familie, Ius Sanguinis, Aufenthalt	+1/x
67	G	30.3.13	ÖVP, SPO	VFGH-STB-Beschluss		P	Öko. Situation	x/+1
68	G	22.4.13	ÖVP, SPÖ	erleichterte STB-Forderung		P	Ius Sanguinis, Aufenthalt	+1/x
69	G	30.4.13	ÖVP	Kritik neues STB-Recht, Gleiche Rechte/Pflichten		P	Ius Sanguinis, Bürgerrechte	+1/x
70	G	2.5.13		Kritik neues STB-Recht		P	Öko. Situation	x/+1
71	G	14.5.13		Geringere Einbürgerungen/IF		P	Aufenthalt, Ius Sanguinis, Öko. Situation, Gebühren	+1/+1
72	G	27.6.13		Kritik neues STB-Recht, Gleiche Rechte/Pflichten		P	Aufenthalt, Ius Sanguinis, Öko. Situation	+1/+1
73	G	4.2.14		Investoren/Promis	Investoren/ Promis	P	DSP	+1/x
74	G	19.2.14		Reform STB-Tests		P	Services, Testung	+1/x
75	W	28.7.14		Integrationsbericht 2013		P	Bürgerrechte, Integration, Arbeitsmarkt, Ausbildung	0/0
76	G	19.2.15		Geringere Einbürgerungen		P	Ius Sanguinis	+1/x
77	G	30.4.15	ÖVP	Integrationsindex		P	DSP, Ius Sanguinis	+1/x
78	G	8.6.20		Expertenbericht		P	STB-Allg.	0/0

8.1.3 Die Codierung der SPÖ

NR.	WHO	WHEN	AT WHOM	WHAT	FOR/A GAINS T	HOW	WHY	X /Y- Werte
1	SPÖ Wien (W)	20.3.2001	FPÖ	Kritik an FPÖ, Verteidigung Wien		Pressemitteilung (P)	STB-Allg.	0/0
2	W	29.1.02	FPÖ	Kritik an FPÖ, Verteidigung Wien		P	STB-Allg.	0/0
3	SPÖ (S)	11.3.03		Familiennachzug		P	Familie	+1/x
4	IWF, SPÖ	13.3.03		Kritik neues Fremdenrecht		P	Bürgerrechte, Aufenthalt, Familie, Arbeitsmarkt, Öko. Situation	+1/+1
5	S	20.11.03	Caritas	Einbürgerung von hier Geborenen		P	Ius Sanguinis, Familie	+1/x
6	S	9.12.03	ÖVP	Kritik an ÖVP		P	Familie	0/x
7	W	17.9.04	FPÖ	Kritik an FPÖ		P	STB-Allg.	0/0
8	OÖ	14.10.04	ÖVP, FPÖ, BZÖ	Kritik an Reg.		P	STB-Allg.	0/0
9	W	3.12.04	FPÖ	Verteidigung Wien		P	Testung	0/x
10	W	20.1.05		Wien als Int. Stadt		P	Services	0/x
11	S	29.3.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt	+1/x
12	W	29.3.05	BZÖ	STB-Recht ist Bundesrecht		P	Aufenthalt	0/x
13	S	2.5.05		Armutgefährdung		P	Öko. Situation	x/0
14	W	12.7.05	FPÖ W	STB-Recht ist Bundesrecht, Verteidigung Wien		P	Aufenthalt	0/x
15	W	5.8.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt	0/x
16	S	13.9.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt, Arbeitsmarkt	0/+1
17	W, Sbg	13.9.05		STB-Recht ist Bundesrecht, Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt	0/x
18	S	22.9.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Familie	+1/x
19	S	26.9.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt, Bürgerrechte, Gebühren	+1/+1
20	W	15.11.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Öko. Situation	x/+1
21	S	6.12.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Öko. Situation, Gebühren	x/+1
22	S	6.12.05		Kritik STB-Verschärfung		P	Integration	+1/x
23	W	25.1.06		Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt	0/x
24	W	1.3.06	ÖVP, BZÖ	Kritik STB-Verschärfung		P	Integration	+1/x
25	S	20.3.06	ÖVP	Kritik STB-Tests		P	Testung	0/x
26	S	24.5.06	ÖVP, BZÖ	Sicherheitsfragen		P	STB-Allg.	0/0
27	W	7.6.06		Magistrats-zusammenlegung		P	STB-Allg.	0/0
28	S	22.6.06	ÖVP, FPÖ, BZÖ	Asylfragen		P	STB-Allg.	0/0
29	Sbg	9.10.06		Servicestelle Einbürgerungen		P	Services	+1/x
30	W	14.3.07	Grün W	Verteidigung Wien		P	STB-Allg.	0/0
31	W	21.6.07		Neuevaluierung/ Kritik STB-Verschärfung/ STB-Willkommen		P	DSP	+1/x
32	W	13.2.08		Neuevaluierung/ Kritik STB-Verschärfung		P	Aufenthalt, DSP	+1/x
33	W	27.5.08		Neuevaluierung/ Kritik STB-Verschärfung/ STB-Willkommen		P	Aufenthalt, DSP	+1/x
34	W	24.6.08		Neuevaluierung/ Kritik STB-Verschärfung		P	Familie, DSP, Arbeitsmarkt	+1/+1
35	S	26.3.09		Streichung automatische STB für Uni-Prof. Familie		P	Familie	-1/x
36	W	20.6.09		Neuevaluierung/ Kritik STB-Verschärfung/ STB-Willkommen		P	DSP	+1/x
37	W	26.8.09	FPÖ	Verteidigung Wien/ Kritik FPÖ		P	Integration, Services	+1/x

38	OÖ	14.9.09	ÖVP, FPÖ	Höchste Einbürgerungs- zahlen		P	STB-Allg.	0/0
39	S	15.10.09		Höchste Einbürgerungs- zahlen unter ÖVP/FPÖ		P	STB-Allg.	0/0
40	S	19.11.09	FPÖ, BZÖ	Höchste Einbürgerungs- zahlen		P	STB-Allg.	0/0
41	S	1.2.10	FPÖ	Höchste Einbürgerungs- zahlen		P	STB-Allg.	0/0
42	K	18.2.10	FPK	Kritik an FPK		P	Öko. Situation	x/+1
43	W	23.6.10		STB-Willkommen		P	DSP	+1/x
44	W	5.10.10		Verteidigung Wien		P	STB-Allg.	0/0
45	S	9.1.11	FPÖ	Höchste Einbürgerungs- zahlen FPÖ		P	STB-Allg.	0/0
46	SJ	21.2.11		Kritik STB-Verschärfung		P	Integration	+1/x
47	SJ	27.4.11	ÖVP (Kurz)	Kritik STB-Verschärfung		P	Service, Integration	+1/x
48	W	9.6.11		Neuevaluierung/ STB- Willkommen		P	STB-Allg.	0/0
49	W	23.1.12		Sprach/Bildungsplan		P	Services	+1/x
50	S	14.6.12		VFGH-STB, STB-Reparatur		P	Öko. Situation	x/+1
51	W	20.6.12		STB-Willkommen		P	STB-Allg.	0/0
52	W	29.10.12	ÖVP (Kurz)	Kritik ÖVP (Kurz)		P	DSP, Familie, Öko. Situation	+1/+1
53	BM- ASK	5.2.13		Neues STB-Gesetz		P	Integration, Öko. Situation	0/0
54	W	6.3.13	SPÖ, ÖVP	Kritik neues STB-Gesetz		P	DSP, Familie, Integration, Öko. Situation	+1/+1
55	SJ	24.4.13	ÖVP (Kurz)	Neuevaluierung/ Kritik neues STB-Gesetz		P	Öko. Situation	x/+1
56	BK	30.4.13		Neues STB-Gesetz		P	STB-Allg.	0/0
57	S	30.4.13		Neues STB-Gesetz		P	STB-Allg.	0/0
58	SJ	30.4.13	ÖVP (Kurz)	Kritik neues STB-Gesetz		P	Integration, Aufenthalt, DSP, Öko. Situation	+1/+1
59	W	15.5.13	FPÖ	Kritik an FPÖ		P	STB-Allg.	0/0
60	W	16.5.13		STB-Willkommen/ Kritik neues STB-Gesetz		P	Integration, Öko. Situation	+1/+1
61	W	20.6.13	Grün	Kritik an Grüne		P	STB-Allg.	0/0
62	W	22.5.14		STB-Willkommen		P	Integration	+1/x
63	W	28.7.14		Integrationsbericht		P	Integration	+1/x
64	W	15.4.15		STB-Willkommen		P	Integration, Ausbildung	+1/0
65	W	30.4.15		MIPEX/ Kritik STB-Gesetz		P	Bürgerrechte, DSP, Öko.Situation,	+1/+1
66	W	13.5.16		STB-Willkommen		P	Integration	+1/x
67	S	15.11.16		Kritik STB-Gesetz		P	Familie, Aufenthalt, Öko. Situation	+1/+1
68	W	23.10.17		Bürokratie		P	STB-Allg.	0/0
69	S	16.11.17		Neuevaluierung		P	Bürgerrechte, Integration	+1/x
70	W (LH)	1.9.20		Erleichterte STB für NS-Opfer Nachfahren		P	Familie	0/x
71	S	29.9.20	ÖVP	Kritik STB-Gesetz		P	Gebühren	x/+1

8.1.4 Die Codierung der ÖVP

NR.	WHO	WHEN	AT WHOM	WHAT	FOR/AG-AINST	HOW	WHY	X/Y-Werte
1	AM-ÖVP	17.7.2002		Stellungnahme		Pressemitteilung (P)	STB-Allg.	0/0
2	ÖVP (Ö)	2.8.02		Ausländerwahlrecht Wien		P	Bürgerrechte	-1/x
3	ÖVP Wien (W)	22.8.03		Integration Wien		P	Integration	0/x
4	Ö	22.11.05		Neues STB-Gesetz		P	Arbeitsmarkt	x/-1
5	Ö	30.11.05		Neues STB-Gesetz		P	Integration	-1/x
6	Ö	6.12.05		Hohe Einbürgerungen, Neues STB-Gesetz		P	Integration	0/x
7	Ö	25.1.06	SPÖ	Kritik an SPÖ, Neues STB-Gesetz		P	Integration, Testung	-1/x
8	Ö	1.3.06	SPÖ	Kritik an SPÖ, Neues STB-Gesetz		P	Integration, Aufenthalt, Familie, Öko. Situation	0/0
9	W	22.3.06	SPÖ W	Kritik an SPÖ (- Testungen)		P	Testung	-1/x
10	Ö	2.6.06		Sicherheit		P	Sicherheit	-1/x
11	Ö	29.9.06		Sprachenkenntnis		P	Integration	0/x
12	BMI	21.8.07		Lob neues STB-Gesetz, Sprachenkenntnis, Integrationsregeln		P	Integration, Testung	-1/x
13	Ö	21.8.07	SPÖ	Integrationsregeln, Lob neues STB-Gesetz		P	Integration	-1/x
14	ÖVP NÖ (NÖ)	29.8.07	SPÖ, Grün	Kritik an SPÖ/Grünen		P	STB-Allg.	0/0
15	NÖ	21.9.07	FPÖ, BZÖ	Kritik an FPÖ		P	STB-Allg.	0/0
16	Staatssekretariat Sport, Integrationsfond	17.10.07		Sport und Integration		P	Integration	0/x
17	Ö	4.11.07	SPÖ	Lob neues STB-Gesetz		P	STB-Allg.	0/0
18	BMI	13.11.07		Lob neues STB-Gesetz, Hohes Gut		P	Integration, Testung	-1/x
19	BMI	13.2.08		Hohes Gut, Sprachenkenntnis, Integrationsregeln		P	Integration, Sicherheit, Aufenthalt, Testung, Öko. Situation	-1/0
20	Ö	13.2.08		Hohes Gut, Sprachenkenntnis, Integrationsregeln, Lob neues STB-Gesetz		P	Integration, Testung	-1/x
21	BMI	20.5.08		Hohes Gut, Sprachenkenntnis, Integrationsregeln		P	Integration, Sicherheit, Aufenthalt, Testung, Öko. Situation	-1/0
22	Ö	20.5.08		Sprachenkenntnis, Integrationsregeln		P	Integration	-1/x
23	BMI	20.5.08		Integration für sich langfristig Aufhaltende		P	Integration, Aufenthalt, Öko. Situation	0/0
24	Ö	21.5.08		Hohes Gut, Sprachenkenntnis		P	Integration	0/x
25	Ö	20.7.08	SPÖ	Kritik an SPÖ, Sicherheit		P	Sicherheit	-1/x
26	Ö	9.9.08	Grün	Kritik an Grünen, Hohes Gut		P	STB-Allg.	-1/-1
27	ÖVP Vbg. (VBG)	18.1.10		Lob neues STB-Gesetz (immer noch 2006)		P	STB-Allg.	0/0

28	Ö	23.9.10		Lob STB-Gesetz (2006 und 09), Kritik an FPÖ		P	Integration, Testung, Aufenthalt	-1/x
29	VBG	10.11.10		Kritik türkischer Botschafter		P	Integration	-1/x
30	Ö	22.6.11		Volksanwaltschaft		P	STB-Allg.	0/0
31	Ö	4.10.12	Grün	Kritik an Grünen		P	STB-Allg.	0/0
32	VBG	29.10.12		Hohes Gut, Leistungen		P	Integration	-1/x
33	Ö	5.2.13		Neues STB-Gesetz, Leistungen		P	Soz. Engagement, Testung, Integration, Aufenthalt, Öko. Situation	0/0
34	Ö	30.4.13		Lob Neues STB-Gesetz, Leistungen		P	Soz. Engagement, Integration, Öko. Situation	-1/0
35	Ö	4.7.13		Menschen mit Behinderung		P	Öko. Situation	x/+1
36	W	22.2.18	SPÖ W, Grün W	Kritik an Einbürgerungszahlen in Wien		P	Öko. Situation	x/+1
37	Ö	21.6.18		Fremdenrechtsgesetz	Asylwerber	P	Asyl	-1/x
38	W	10.9.20	SPÖ, Grün, NEOS	Kritik an Wien		P	Bürgerrechte, Integration	-1/x

8.2 Abstract

Im europäischen Vergleich weist Österreich ein restriktives Staatsbürgerschaftsregime auf. Die Novellierungen seit der Jahrtausendwende brachten keine relevante Liberalisierung zum Staatsbürgerschaftszugang. Die, seit dieser Zeit am längsten im Parlament vertretenen Parteien - SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen - sind für die Entwicklung der österreichischen Gesetzeslage entscheidende Akteure*innen. Diese Masterarbeit untersucht die genannten Parteien hinsichtlich ihrer öffentlich kommunizierten Haltungen zum Thema. Die zentralen Forschungsfragen lauten kurz: Welche Unterschiede in den Positionen zu Staatsbürgerschaft sind zwischen den Parteien festzustellen? Welche Veränderungen der Haltungen sind im Zeitverlauf zu beobachten? Welchen Haltungs-Typologien können die untersuchten Parteien zugeordnet werden? Um diese Fragen beantworten zu können, werden mittels der Methode der „Political Claims Analysis“ Pressemitteilungen der Parteien von 1998 bis 2020 codiert und ausgewertet. Mit Hilfe eines, in Theorien des zweidimensionalen politischen Spektrums eingebetteten, erarbeiteten politischen Klassifikationssystems, werden die analysierten Daten verortet, diskutiert und verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass die FPÖ sich über den Untersuchungszeitraum als konstant restriktive („insuläre“) Partei verhält, während die SPÖ sowie die Grünen sich als konstant liberale („expansive“) Parteien bezeichnen lassen. Die ÖVP lässt zwar eine Tendenz in Richtung des „insulären“ Haltungs-Typus erkennen, kann diesem aber nicht eindeutig zugeordnet werden. Besonders die FPÖ auf der einen, und die SPÖ sowie die Grünen auf der anderen Seite, zeigen thematisch eine starke „Gegenspieler-Mentalität“, die sie über den gesamten Untersuchungszeitraum beibehalten.